

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808



Aus dem Inhalt

**Lothar Rühl,
Deutschland:**
Die strategische Lage
zum Jahreswechsel

Horst Pleiner/Andreas W. Stupka:
Einsam und doch gemeinsam
Zur Militärstrategie des neutralen
Nationalstaates im neuen Europa
am Beispiel Österreichs

Wolfgang Pusztai:
Von der Strategie
Denkanstöße für Strategen
(Teil 1)

Franz Felberbauer:
Zur Frage der
Maschinengewehre
an der Südwestfront 1915

1/2011

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

Lothar Rühl

Die strategische Lage zum Jahreswechsel

Horst Pleiner/Andreas W. Stupka

Einsam und doch gemeinsam

Zur Militärstrategie des neutralen Nationalstaates im neuen Europa am Beispiel Österreichs

Wolfgang Puztai

Von der Strategie

Denkanstöße für Strategen (Teil 1)

Franz Felberbauer

Zur Frage der Maschinengewehre an der Südwestfront 1915

Zusätzlich in der Printausgabe

Anton Oschep

25 Jahre Abwehramt

Entwicklung, Grundlagen und Ausblick

(Stand: Oktober 2010)

Heino Matzken

Sudan

Angeklagter Kriegsverbrecher erneut zum Präsidenten gewählt

Klaus-Jürgen Bremm

Poltawa 1709 - Schwedens vernichtende Niederlage gegen Zar Peter I.

sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik

Die strategische Lage zum Jahreswechsel

Lothar Rühl

Das Jahr 2010 stand im Zeichen Afghanistans und der amerikanischen Südwestasienpolitik mit der Rückzugsperspektive, die Präsident Barack Obama nach dem Beginn des Abzugs der US-Kampftruppen aus dem Irak 2009 geöffnet hatte. Im August 2010 wurde dieser Abzug abgeschlossen; es blieben mit dem Zeitziel Ende 2011-2014 nur noch rund 50.000 US-Soldaten als Ausbilder und Berater für die irakische Armee, dazu auch zu Sondereinsätzen gegen Terroristen. Das politische Resultat des siebenjährigen Kriegs-, Besatzungs- und Unterstützungseinsatzes für den neuen irakischen Staat unter wechselnden politischen Bedingungen und Umständen im Lande blieb noch unbestimmt. Am Ende des Kampfeinsatzes, zur Jahresmitte 2010, war die Sicherheitslage aber deutlich besser als in den Jahren 2006/07 auf dem Höhepunkt des Aufstands der islamistischen „Al Qaida in Mesopotamien“ mit ihrem sunnitischen „Kalifat“-Ziel und der baathistischen Untergrundkämpfer der im Krieg von 2003 untergegangenen Diktatur Saddam Husseins.

Die weiteren strategischen Probleme

Die westliche Politik von Druck und Angeboten gegenüber dem Iran zur Beendigung der iranischen Urananreicherung als Voraussetzung für Kernwaffenproduktion, die durch amerikanische Vermittlung über ein Jahr vereinbarte Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde über den „Status“ von Palästina, der Abschluss des „Neuen START“-Abkommens zwischen USA und Russland zur weiteren Reduzierung der strategischen Nuklearwaffenarsenale und die Ausarbeitung eines neuen „Strategischen Konzepts“ für die Nordatlantische Allianz zwischen Bündnisverteidigung und militärischen Einsätzen außerhalb des Bündnisgebietes für internationale Sicherheit kamen als strategische Entwicklungen hinzu.

Der Ausgang der in ihrem Ablauf wie in der Dauer 2010 nicht absehbaren Schlusspartien im Irak und in Afghanistan wie der politische Konflikt mit dem schiitischen Iran blieb offen, die Lageentwicklung in Pakistan unberechenbar und bedrohlich.

Die innere Krise Pakistans

Im Hochsommer brachten die Fluten des Indus nach schweren Monsunregenfällen, die im August zeitweilig etwa ein Fünftel des Landes überschwemmten, rund 20 Millionen Menschen in Bedrängnis, davon acht Millionen in Not, lösten große Flüchtlingsströme aus, bedeckten wertvolles Ackerland, vernichteten die Ernten des Jahres und brachten damit auch eine akute

Bedrohung durch Hungersnot, Trinkwassermangel und Seuchen für die betroffene Bevölkerung. Dabei entblößte die Katastrophe die Schwächen des Staates und die Unfähigkeit seiner Regierung, Notstände zu meistern, auch wenn am Ende im Spätherbst die akute Krise notdürftig beherrscht war.

Die wütenden Reaktionen in den Provinzen Sindh und Pandschab mit den Brennpunkten des militanten Islamismus und Teilen des strategisch kritischen, von paschtunischen Stämmen bewohnten Grenzgebietes zu Afghanistan richteten sich gegen die ohnehin weithin umstrittene zivile Staatsführung der sozialen Oberschicht unter generellem Korruptionsverdacht, die auf schwacher Kompromissbasis zwischen rivalisierenden Kräften beruht. Die Regierung verlor in der Flut weiter an Ansehen und Gehör beim Volk.

Auch die internationale Hilfe kam nur schwer und langsam in die abgelegenen Gebiete, zu denen die Straßen unterbrochen waren und die nur eingeschränkt auf dem Luftweg mit Lasten erreicht werden konnten. Allein die pakistanische Armee leistete schnell wirksame Hilfe, wo sie zum Einsatz kommen konnte. Ihr Chef, General Kyani, dessen Amtszeit auf Drängen Washingtons gerade um drei Jahre verlängert worden war, trat darum als nationale Autorität hervor. Das Prestige des Militärs als einzige handfest helfende Staatsmacht wurde nach den Einbußen während der vergangenen Jahre wegen seiner auch die örtliche Bevölkerung hart treffenden Angriffe auf islamistische Milizen im Grenzgebiet und im Swat-Tal wieder gestärkt. Es wurden schließlich sogar Rufe nach Übernahme der Exekutivgewalt durch die Armee laut. Im Überflutungsgebiet kam es auch zu gewaltsamen Konfrontationen zwischen Punjabis, Paschtunen und Belutschen. Belutschische Separatisten griffen paschtunische Flüchtlinge an. Islamisten verschiedener Gruppen bedrohten Regierungsvertreter, örtliche Behörden und internationale Helfer. Im Spätsommer drohte der Westen Pakistans in Chaos und Anarchie zu versinken.¹⁾

Die USA und die NATO unterstützten die Hilfsaktionen von See her und aus Afghanistan mit Hubschraubern. Washington sagte zudem 76 Mio. USD Krisenhilfe für Pakistan zu. Die reguläre Finanzhilfe für Pakistan von 7,5 Mrd. USD im Jahr floss weiter und sollte auf die neue Notlage umverteilt werden. Die UNO forderte von ihren Mitgliedern 460 Mio. USD, und ihr Generalsekretär Ban Ki-Moon drängte die Staaten, die Mittel zügiger nach Pakistan zum Einsatz zu bringen. Weltbank/IWF und EU stellten mehrere hundert Millionen USD in Aussicht.

Der Botschafter Pakistans in London gab im August den Bedarf seines Landes an Hilfe zum Wiederaufbau

mit etwa 15 Mrd. USD an, forderte einen „Marshallplan“ (nach dem Vorbild der 10 Milliarden-Dollar-Hilfe der USA für das vom Krieg zerstörte Europa 1947) für sein Land und machte geltend, dass ohne massive Unterstützung von außen eine „Destabilisierung und Balkanisierung der Region“ drohen würde.²⁾ Was er konkret damit meinte oder welche Vorstellungen die Regierung in Islamabad mit dieser Warnung verband, wurde noch nicht deutlich. Später schätzten internationale Beobachter im Lande den wirtschaftlichen Gesamtschaden auf mehr als 50 Mrd. USD. Es war klar, dass die internationale Staatengemeinschaft noch mehr materielle Hilfe leisten müssen. Unklar und unabsehbar blieben die Voraussetzungen für ihren Erfolg.

Unausgesprochen im Hintergrund aller Überlegungen blieb die Sorge um die Kernwaffen und Raketen Pakistans, die schon seit Jahren angesichts der zunehmenden Gewalt im Lande besteht. Die US-Regierung und die NATO nahmen weiterhin an, dass diese unverändert in sicherem Gewahrsam der pakistanischen Armee und unter zentraler militärischer Kontrolle bleiben würden. Diese Bewertung schloss im Herbst das pakistanische Militär noch immer als verlässlichen Partner und einzig stabile nationale Kraft ein. Auch deshalb wie für die Stabilität des Staates hatte Washington auf der Verlängerung der Dienstzeit des Armeechefs auf seinem Posten bestanden, denn das Vertrauen in die Regierung wie in alle politischen Parteien bleibt begrenzt. Wie der Staat Pakistan aus der verheerenden Naturkatastrophe hervorgehen wird, welches Verhältnis zwischen ziviler politischer und militärischer Gewalt sich aus den weiteren Folgen ergeben wird und welche Konsequenzen für den Gesamtkomplex „Afghanistan/Pakistan“, also für Südwestasien als Region, zu erwarten sind, blieb ungewiss.

Die strategische Bedeutung der Krise

Aber die strategische Bedeutung der landesweiten Zerstörungen in Westpakistan entlang des Indusflusses und der Not der Bevölkerungsmassen in diesem Gebiet angesichts der islamistischen Militanz und der direkten Nachbarschaft zum Kriegsschauplatz Afghanistan und über diesen zu Zentralasien und China ist offenkundig. Auch darum wurde für Oktober auf Initiative der EU eine „Geberkonferenz“ von 22 größeren Staaten der Gruppe „Friends of Pakistan“ anberaumt. Es war signifikant, dass außer den EU-Staaten und den USA, Japan, Kanada auch Russland und China ihre Beteiligung ankündigten.

Neben dieser strategischen Frage war aber auch eine politische der nationalen Verantwortung Pakistans (und anderer Länder in Katastrophen) gegenüber der internationalen Solidarität gestellt: Wo liegt jenseits der Hilfe in der Not für die Bevölkerung die erste Verantwortung für den Wiederaufbau? Welche landeseigenen politischen, kulturellen und sozialen Ursachen trugen zum Entstehen der Naturkatastrophe bei - etwa durch die Vernachlässigung von Wasserwirtschaft und Begrenzung von Siedlungen im Flussgebiet?

Die Frage ist international als Problem der globalen Verantwortung aller Staaten gestellt, ob bei jeder großen Naturkatastrophe andere Länder für die Beseitigung der

Schäden eintreten sollen. Und ob dies ohne Aufsicht über die nationale Politik der Raumordnung, Landesentwicklung, des Naturschutzes und der Investitionen in Infrastruktur und Siedlung, dazu über die Verwendung fremder Wirtschaftshilfe geschehen soll.

In Pakistan wie in China, in Indien, in Indonesien und anderen asiatischen, amerikanischen und afrikanischen Ländern sind in den letzten Jahren große Naturkatastrophen oder die Schäden, die sie anrichteten, auch auf Destabilisierung des Bodens durch Bergbau, Flussregulierungen, Abholzung von Wald, Großbauten an Ufern von Flüssen und an Küsten zurückzuführen. Dies gilt auch für hoch entwickelte und reiche Länder wie die USA (New Orleans) oder Australien und Europa, hier v.a. Spanien und Frankreich. Die Flächenbrände in Russland in der Sommerhitze 2010 sandten ein Alarmsignal für Europa aus wie schon in den Jahren zuvor an den europäischen Mittelmeerküsten oder in Kalifornien für Amerika.

Nach der Brandkatastrophe in Russland und der von Moskau verhängten Exportsperre für Getreide bis Ende 2010 warnte die UNO-Welternährungsbehörde FAO vor Hungersnöten und Hungerunruhen in ärmeren Ländern wegen der Verknappung und Verteuerung von Lebensmitteln. Nach ihrer Berechnung decken Russland, Ukraine und Kasachstan zusammen rund 30% des registrierten Getreideangebots auf dem Weltmarkt.³⁾ Unterbrechungen oder Verminderungen von Getreideexporten können zwar zeitweilig aus Lagerbeständen und Produktionssteigerungen in den westlichen Exportländern ausgeglichen werden, nicht aber die zusätzlich zu erwartende Bedarfssteigerung.

Es handelt sich also um globalstrategische Probleme, die aus solchen Krisen und Fehlentwicklungen entstehen und die neben den weltwirtschaftlichen Folgen auch politische Konsequenzen für die internationale Sicherheit haben können.

Nur eine internationale Ordnungspolitik könnte strukturellen Fehlentwicklungen gegensteuern. Die Kooperation aller betroffenen Länder wäre dafür nötig.

Folgen für Afghanistan und Pakistan

In Pakistan richtete sich in der Flutkatastrophe von 2010 trotz der schon massiven Hilfe die Kritik auch an die internationale Staatengemeinschaft wegen angeblich ungenügenden Beistandes in der Not. Das Dilemma der westlichen Politik gegenüber Pakistan, auf dessen aktive Beteiligung durch Hilfskräfte zur Verteilung der Hilfsgüter die internationale Nothilfe angewiesen blieb, wurde in dieser Krise wieder offenbar: Äußerer Druck führt nicht immer zum Erfolg. Die inneren Verhältnisse lassen sich nicht durch fremde Aktionen rasch verändern. Der kulturelle Trägheitswiderstand und die sozialen Spannungen einer ausgeprägten Klassen- und Stammesgesellschaft erschweren Krisenbeherrschung wie Reform.

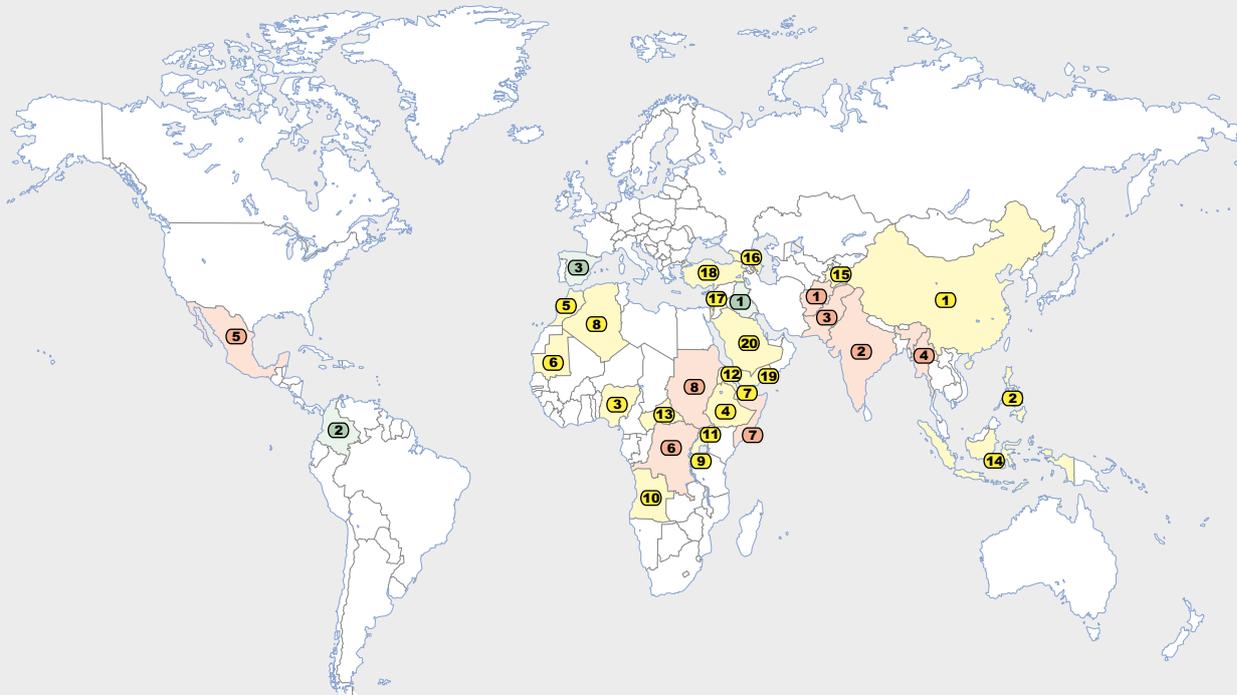
Die konkreten politischen Folgen waren im Herbst in ihrem Ausmaß noch nicht abzusehen. Doch es war schon erkennbar, dass die pakistanischen Islamisten kraft ihrer Nothilfe mit den von ihnen kontrollierten islamischen Stiftungen und Wohlfahrtseinrichtungen in Westpakistan davon profitieren. In welchem Ausmaß und ob nachhaltig, war dagegen noch nicht vorauszu sehen. Jedenfalls war offensichtlich, dass sie mit ihrer Propaganda und einzel-

nen Gewaltaktionen versuchten, in der Notlage die innere Destabilisierung des Staates voranzutreiben.

Die Auswirkungen auf Afghanistan werden sich erst später zeigen, denn nicht alle pakistanischen Islamisten-

gruppen engagieren sich auch jenseits der Westgrenze. Kaschmir bleibt die Hauptfront der Islamisten wie der pakistanischen Armee an der Grenze zu Indien. Im indischen Kaschmir ist der gewalttätige Widerstand gegen

Wesentliche Konfliktherde 2010



OFFENE KONFLIKTE

- 1 AFGHANISTAN:** Krieg zwischen NATO- und Truppen der afghanischen Armee und verschiedenen Taliban-Gruppierungen;
- 2 INDIEN:** Kampf gegen religiöse Separatisten in Kaschmir, rebellische Stämme im Norden und große Offensive gegen Maoisten mit vermutlich längerer Dauer - ebenso kleinere Grenzzwischenfälle mit pakistanischer Armee;
- 3 PAKISTAN:** Kämpfe gegen Taliban im Norden und gegen paschtunische und Belutschen-Rebellen entlang der afghanischen Grenze sowie Fortsetzung des Rüstungswettlaufs mit Indien trotz fortgeführter Friedensgespräche;
- 4 BURMA/MYANMAR:** Kämpfe gegen chinesische Separatisten und rebellische Stämme;
- 5 MEXIKO:** Norden des Landes de facto Kriegsgebiet mit mehr als 6.000 Toten im Kampf der Regierung gegen Drogenbanden;
- 6 DEM. REP. KONGO:** Kämpfe zwischen regulärer Armee und Lord's Resistance Army (LRA), Forces Démocratiques pour la Liberation du Rwanda (FDLR), Patriotes Résistants Congolais (PARECO), Alliance des Patriotes pour un Congo libre et souverain (APCLS) und weiteren Gruppierungen;
- 7 SOMALIA:** Kampf der schwachen Regierung und der AU-Truppen gegen verschiedene islamistische Gruppierungen und Kampf der Gruppierungen gegeneinander, u.a. Al-Shabaab, Hizbul Islam, der Sufi-Miliz Ahlu sunna Wal-jamaca etc., teilweise mit Unterstützung aus Eritrea sowie fortgesetzter Kampf der internationalen Gemeinschaft gegen die Piraterie;
- 8 SUDAN:** fortgesetzte Konfrontationen zwischen Norden und Süden, nach Drosselung der Unterstützung für die Reitermilizen in Darfur verstärkte Banditenaktivität in der Region;

SCHWELENDE KONFLIKTE

- 1 CHINA:** Einsätze der Armee in Uiguren-Provinz gegen Ostturkestanische Islamische Bewegung;
- 2 PHILIPPINEN:** Kämpfe der Armee gegen die Islamisten von Abu Sayyaf und der Moro Islamic Liberation Front und gegen die linksgerichtete Revolutionary Proletarian Army Alex Boncayo Brigade (RPA-ABB);
- 3 NIGERIA:** weitere Aktivitäten des Movement for the Emancipation of the Niger Delta (MEND) und anderer Gruppierungen, vor allem der Islamisten im Norden;
- 4 ÄTHIOPIEN:** fortgesetzte Grenzstreitigkeiten mit Eritrea und Kampf gegen somalische Islamisten in der Provinz Ogaden;
- 5 MAROKKO:** Kampf gegen Polisario, die von mauretanischen und algerischen Islamisten unterstützt wird, in der besetzten Westsahara;
- 6 MAURETANIEN:** Kampf der Armee gegen Al Qaida im islamischen Maghreb (AQIM);
- 7 DSCHIBUTI:** Grenzstreit mit Eritrea und Aktivitäten kleinerer Rebellen Gruppen in den entlegenen Provinzen;
- 8 ALGERIEN:** Kampf der Armee gegen Al Qaida im islamischen Maghreb (AQIM);
- 9 RUANDA:** Kampf der Armee gegen Hutu-Milizen;
- 10 ANGOLA:** fortgesetzter Bürgerkrieg in der Exklave Cabinda und Sprengstoffanschlag auf togoische Fußballmannschaft im Zuge des Afrika-Cup im Jänner;
- 11 UGANDA:** fortgesetzter Kampf mit verstärkter finanzieller Unterstützung der USA gegen Lord's Resistance Army (LRA);
- 12 ERITREA:** neben Grenzstreit mit Dschibuti und Äthiopien Kampf gegen verschiedene Rebellen Gruppen;

SCHWELENDE KONFLIKTE

- 13 ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK:** wegen Angriffen der Lord's Resistance Army (LRA) und Kampf gegen verschiedene Rebellen Gruppen für Mai geplante Präsidentschaftswahlen auf unbestimmte Zeit verschoben;
- 14 INDONESIEN:** Ausschreitungen von Islamisten gegen Christen nach Einführung der Scharia und fortgesetzter Guerillakrieg in Papua;
- 15 TADSCHIKISTAN:** Kampf gegen bewaffnete Extremisten im Osten des Landes;
- 16 ARMENIEN/ASERBAIDCHAN:** Grenzzwischenfälle im Streit um die Provinz Berg-Karabach;
- 17 ISRAEL:** fortgesetzter Nahost-Konflikt mit laufenden Konfrontationen mit Palästinenser- und islamistischen Gruppierungen;
- 18 TÜRKEI:** fortgesetzte Kurdenproblematik mit bewaffneten Konfrontationen;
- 19 JEMEN:** Kämpfe der schwachen Zentralregierung gegen verschiedene islamistische Rebellen Gruppierungen, u.a. Al-Houthi und Al Qaida auf der Arabischen Halbinsel;
- 20 SAUDI-ARABIEN:** Gefechte der Armee mit Al-Houthi-Rebellen;

EINGEDÄMMTE KONFLIKTE

- 1 IRAK:** Terroraktivitäten verschiedener Islamistengruppen nach Abzug der westlichen Truppen und offizieller Kriegsbeendigung zum „Polizeiproblem“ erklärt;
- 2 KOLUMBIEN:** nach Enthauptungsschlag von Regierungstruppen gegen linksextreme FARC Wegfall der ideologischen Grundlage des Kampfes und somit fortgesetzte Bekämpfung „normaler“ Drogenbanden;
- 3 SPANIEN:** ETA verkündet Waffenruhe unbestimmter Dauer;

die indische Herrschaft seit drei Jahren wieder stärker geworden. 2010 flammte er in zahlreichen Anschlägen auf, obwohl der Aufstand für Unabhängigkeit von Indien und Vereinigung mit Pakistan seine Dynamik längst verloren hat und es derzeit mehr um regionale Autonomie und ein Ende der indischen Militärkontrolle geht.⁴⁾

Der Gegensatz Indien/Pakistan

Aber Kaschmir und Indien bestimmen die pakistanische Politik noch immer in stärkerem Maße als Afghanistan. 350.000 Mann der pakistanischen Armee stehen nach zwei Kriegen im latenten Dauerkonflikt mit Indien im Osten, nur 150.000 im Westen an oder nahe der afghanischen Grenze. Die Operationen der US-Truppen im Grenzgebiet Afghanistans gegen die Rückzugsstellungen der afghanischen Insurgenten auf der pakistanischen Seite, v.a. Drohnenangriffe der Amerikaner von See und über die Grenze aus Afghanistan gegen „terroristische Ziele“, werden von der pakistanischen Armeeführung als notwendiges Übel gebilligt und von der Regierung widerwillig hingenommen, schaden aber beider Ansehen in der pakistanischen Bevölkerung, v.a. in den jeder zentralen Autorität feindseligen Grenzstämmen, und führen dem islamistischen Widerstand neue Kräfte zu.

Hier liegen die Hauptgründe für Feindseligkeit gegenüber Amerika und dessen Verbündeten. Sie werden in Teilen der Bevölkerung als Feinde des Islam (im Herbst laut Meinungsumfragen von etwa 85%) und ihre Präsenz als „imperialistische“ Herausforderung angesehen, so wie die Islamisten aller Schattierungen dies seit Jahren aus den Moscheen verbreiten. Die gesamte westliche Sicherheitspolitik in Südwestasien kommt so stärker auch von Pakistan her unter Druck, und es ist nicht abzusehen, wie sie das Dilemma „Afpak“, wie das Ensemble Afghanistan/Pakistan in der offiziellen amerikanischen Kürzelsprache genannt wird, zum Vorteil der angestrebten „Stabilisierung“ durch eine „regionale Lösung“ auflösen könnte.

Hinzu kommt das Interesse Pakistans, Einfluss auf Afghanistan auszuüben und fremde Einflüsse, besonders indische und russische, aus dem Nachbarland fernzuhalten. Islamabad sucht auch jede Friedensregelung, die über pakistanische Interessen hinweg oder ohne Pakistan vereinbart würde, zu verhindern, Friedensfühler zwischen Taliban und der Regierung in Kabul zu vereiteln, solange dabei keine pakistanische Vermittlung mitwirken kann, sondern nur amerikanische wie im Frühjahr 2010.

Die geopolitische Gesamtlage

Im globalen Bild verdeutlicht sich die Bedeutung Chinas als aufstrebende Großmacht weiter, insbesondere auch in Zentralasien und in Richtung auf Südasiens. Die Öffnung Zentralasiens wird seit Jahren v.a. von Peking aus durch den Bau von Eisenbahnen, Straßen, Erdöl- und Erdgasleitungen zwischen West und Ost betrieben, nach Süden mit den Durchgangszielen Iran und Pakistan zum Indischen Ozean und damit für eine großräumige infrastrukturelle Verbindung zwischen der Golfregion, der kaspischen Region im Westen, China im Osten und dem indischen Subkontinent im Süden.

Zwei Großprojekte geopolitischer Bedeutung sind die beiden von der Asian Development Bank unterstützten internationalen Pipeline-Vorhaben TAPI von Turkmenistan über Afghanistan und Pakistan nach Indien und IPI von Iran über Pakistan nach Indien. Iran und Pakistan haben gegen amerikanische Opposition ein erstes Abkommen darüber unterzeichnet.⁵⁾

Das auch 2010 unverändert große Wirtschaftswachstum Chinas um die 10% BIP, das China seit 2009 zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt nach den USA und vor Japan erhoben hat, der zunehmende Export chinesischer Waren, der China 2010 zum ersten Exporteur der Welt aufsteigen ließ, und die zunehmenden Innovationen mit Hilfe des Technologietransfers v.a. aus Europa (inklusive systematischer Industriespionage) haben auch den Aufwand für das Militär entsprechend auf etwa 7,5% des BIP ansteigen lassen. Im Jahresbericht des US-Verteidigungsministeriums 2010 an den Kongress über Chinas militärisches Potenzial wird darauf hingewiesen und insbesondere vermerkt, dass mit dem Bau von Flugzeugträgern, zusätzlichen modernen nukleargetriebenen Unterseebooten und großen Flugkörper-Fregatten ab 2011 zu rechnen sei. Auch die Raketen und anderen Offensivkapazitäten an der Küste Chinas gegenüber Taiwan würden wie die chinesische Flotte und Luftwaffe modernisiert.

Diese Nachrichten waren 2010 nicht neu.⁶⁾ So hatte der chinesische Verteidigungsminister schon in den letzten Jahren mehrmals öffentlich Flugzeugträgerbeschaffung für die chinesische Marine angedeutet und dabei auch erklärt, dass China sich nicht auf die Küstenverteidigung in seinen Randmeeren beschränken, sondern auf die Ozeane ausgreifen werde, um seine Großmachtposition auch maritim auszubauen und seine Hochseeschifffahrt zu stützen. Auch eine Satelliten- und Raketenabwehrfähigkeit im inneren Weltraum wurde mit ersten Versuchen vorbereitet.

Es war seit Längerem klar, dass Peking sich nicht weiterhin ohne Gegenrüstung zur See mit der Dauerpräsenz der amerikanischen Seemacht nahe den Küsten Chinas und im Westpazifik mit Zugang zum Indischen Ozean abfinden würde und dass es auch über eine Hochseeflotte militärische Macht in Südostasien demonstrieren, zudem den eigenen Seehandel durch die Meerengen und entlang den Küsten Asiens sichern können will. Hinzu kommen die territorialen Konflikte im Ostchinesischen Meer mit Japan und im Südchinesischen mit Vietnam. Die Auswirkungen solcher Seemachtpolitik einer Landmacht kontinentaler Ausbreitung in Ostasien auf Japan, Indien, Australien und Südostasien lassen sich geopolitisch leicht erschließen.

Für die USA als Schutzmacht Japans, Südkoreas, Taiwans, der südostasiatischen Staaten und Australiens und als neuer Partner Indiens ist eine solche chinesische Seemachtpolitik eine reale strategische Herausforderung in der Perspektive des kommenden Jahrzehnts.

Die Herausforderung durch den Iran

Washington versucht die Isolation des Irans wegen des Atomprogramms zu verstärken und widersetzt sich deshalb allen Plänen, die Iran beteiligen.

Peking sucht Straßen aus Zentralasien über den Norden Afghanistans zum Iran zu bauen - ein Vorhaben, das

eine Befriedung Afghanistans und dessen Fähigkeit zu regionaler und internationaler Kooperation, also innere Stabilität und Grenzsicherheit, voraussetzt, damit den Erfolg der amerikanischen und alliierten Politik in Afghanistan durch Kriegsbeendigung im Sinne der UNO-Beschlüsse seit 2001.

Die USA haben ihrerseits mit einer breiteren Nutzung Zentralasiens im Norden Afghanistans für ihren Nachschub aus Europa auf den Kriegsschauplatz begonnen, nachdem die Route von Karatschi an der Küste Pakistans über den Kyberpass nach Afghanistan überladen und unsicher geworden ist. Indien wiederum investiert in Infrastruktur und Industrie in Afghanistan und steigert damit auch das pakistanische Misstrauen. So treffen sich tendenziell die Interessen Amerikas, Chinas, Indiens, Russlands, Kasachstans und Pakistans in vielfachen Überschneidungen in Südwest- und Zentralasien mit Afghanistan als dem aktuellen Brennpunkt. Iran hat an seiner afghanischen Grenze ein Sicherheitsinteresse an stabilen politischen Verhältnissen in Afghanistan ohne Beteiligung der sunnitischen Taliban und einer soliden wirtschaftlichen Entwicklung ohne Drogenhandel, der Iran zu unterminieren droht.

Aber Teheran fürchtet auch aus nachvollziehbaren Gründen eine amerikanische Kontrolle Afghanistans neben einer amerikanischen Kontrolle des Iraks und der arabischen Golfküste.

Ein neues „Great Game“ im strategischen Dreieck China-Indien-Amerika?

Damit stellt sich über Südwestasien hinaus die Frage im geopolitischen Dreieck China-Indien-Amerika und im Verhältnis zu Russland: Konfrontativ oder kooperativ? Die strategischen Achsen, entlang denen die Interessen der Mächte verfolgt werden, überschneiden sich. Die Länder des „Weiteren Mittleren Ostens“ vom Persischen Golf und Kaspischen Meer bis nach China und Indien über Iran und Kasachstan haben ein gemeinsames Interesse daran, dass sich das alte Spiel der früheren imperialen Mächte Russland und England mit Britisch-Indien, das „Great Game“ der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, das bis nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in die 1950er-Jahre fortgesetzt wurde, nicht in einer neuen Konfiguration mit Amerika, China, Russland und Indien als ungleichen Kontrahenten wiederholt. Das wirtschaftliche Wachstum und die Modernisierung Chinas haben eine neue treibende Kraft entfesselt, die über den ganzen asiatischen Kontinent, aber auch direkt auf Japan, Amerika und Europa wirkt. Die noch verzögerte, aber sich entfaltende Entwicklung Indiens wird in Konkurrenz zur chinesischen treten. Japan wird irgendwann aus seiner strategischen Passivität und politischen Reserve herausgezwungen werden.

In diesem weiteren geopolitisch-ökonomischen Kontext sind die Nuklearpolitik der USA gegenüber Iran und Indien, künftig auch gegenüber Pakistan, das bilaterale Nuklearmachtverhältnis USA/Russland und die Kooperationen zwischen Russland und Iran, China und Iran,

China und Pakistan, USA und Indien, schließlich Japan und Indien (in einer Veränderung der japanischen Politik um 180 Grad) zu verstehen. Russland engagierte sich im August für die Wiederaufnahme früherer sowjetischer Infrastrukturvorhaben und eine technisch-industrielle Kooperation mit Afghanistan, zugleich für einen umfassenden Handelspakt mit Iran, der zum beiderseitigen Vorteil auch gegen die westlichen Sanktionen und weitere Sanktionsbeschlüsse der UNO gerichtet war, selbst wenn Russland im UNO-Sicherheitsrat die jüngsten Sanktionsbeschlüsse mittrug.⁷⁾ Dies gilt auch für die Politik der mit den USA und den EU-Staaten in der NATO verbündeten Türkei.

Der Machtfaktor China

Chinas Aufstieg zur Großmacht mit regionalen und globalen Wirkungen über Handel, Kapitalinvestition und politische Einflussexpansion, aber zunehmend auch auf nukleare, maritime und militärische Weltraumsatelliten, strategische Raketen und Raketenabwehr gerichtete Rüstungen ist die Ursache für Verschiebungen in der globalen Machtverteilung wie der Veränderungen in der Korrelation der ökonomischen, technologischen und militärischen Kräfte zwischen den großen Ländern Asiens seit dem ersten chinesischen Atomwaffentest 1964. Indien sah sich davon strategisch herausgefordert, dazu an seiner Nordgrenze von der chinesischen Armee bedroht. Mit der ersten, in Delhi als „friedlich“ bezeichneten Atomexplosion 1974 trat Indien auf die nukleare Rüstungsschwelle und unternahm 1998 Kernwaffenversuche. Der Raketenbau ergänzte dies zu einer strategischen Nuklearrüstung im kontinentalen Maßstab. Pakistan folgte in kurzem Abstand. Beide Nuklearmächte dritter Ordnung setzen ihre Rüstungen fort, insbesondere mit weitreichenden Raketen, die militärisch sinnvoll nur mit Kernsprengköpfen gegen Bodenziele eingesetzt werden könnten. Dem internationalen Kernwaffensperrvertrag NPT bleiben sie weiter fern.

China unterstützt die pakistanische Rüstung konventionell und mit nuklearer Technologie, Flugkörper eingeschlossen. Der Konflikt Indien/Pakistan trieb die Kooperation zwischen China und Pakistan an und umgekehrt diese die indische Rüstung. Dieses Dreiecksverhältnis dauert hinter der Kulisse diplomatischer Entspannungsgesten und vorsichtiger Annäherungsversuche an.

Ein entscheidendes Moment trug Präsident Bush Junior ab 2005 zur Ausbreitung der nuklearen Technologien und zur chinesischen Unterstützung Pakistans in diesem Bereich bei, indem er einen nuklearen Kooperationspakt der USA mit Indien außerhalb des Rahmens des internationalen Vertrags NPT gegen die Weiterverbreitung nuklearer Rüstungen schloss und Indien dabei dieselben Zugangsmöglichkeiten zu nuklearer Technologie und radioaktivem Material öffnete wie den „Nichtkernwaffenstaaten“, die durch Beitritt zum NPT auf nukleare Waffen verzichtet und sich internationalen Kontrollen durch die IAEA der UNO unterworfen haben.

Mit der Sonderbehandlung Indiens, die 2008 durch Freigabe des Exports ziviler nuklearer Technologie nach Indien auch politisch gekrönt wurde und für die Politik der USA eine Schiefelage zwischen Indien und Pakistan geschaffen hat, schwächten die USA nicht nur den NPT

und das Regime der Exportbeschränkungen im internationalen „Nuclear Suppliers' Club“, sondern stärkten die Tendenzen in Peking und Moskau, nukleare Technologie zu exportieren. Davon profitieren Pakistan und Iran auch für nukleare Rüstung, möglicherweise verdeckt auch noch immer Nordkorea.

Indien hat inzwischen derartige zivile Nuklearabkommen auch mit Russland, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Argentinien, Kasachstan, der Mongolei und Namibia für Export oder Import abgeschlossen. Die chinesischen Rüstungslieferungen an Pakistan sind angestiegen: Pakistan ist der erste Importeur chinesischer Rüstungsgüter inklusive nuklearer Komponenten, Iran der zweite.⁸⁾

Die große NPT-Konferenz vom Mai 2010 mit dem allgemeinen Abrüstungsziel „global zero“ für „eine Welt ohne Kernwaffen“, die Präsident Obama in Washington veranstaltete, um die Führungsrolle der USA in der globalen Nuklearpolitik zu sichern, ändert nichts an den verstärkten nuklearen Proliferationstendenzen. Die iranische Atompolitik wurde trotz verschiedener Vermittlungsversuche und Kompromissangebote nicht aufgehoben, zumal Moskau im August ankündigte, dass Russland den von ihm Mitte der 1990er-Jahre gebauten Atomreaktor bei Bushehr im Südiran mit niedrig angereichertem Uran-Brennstoff aufladen werde. Das russische Angebot, Brennstäbe aus iranischen Anlagen in Russland wieder anzureichern, steht. Damit sind die internationale Position für Druck auf Teheran, die Anreicherung von Uran einzustellen, und der amerikanische Einfluss weiter geschwächt wie die westliche Politik gegenüber Iran.

Es bleibt unklar, was Washington tun würde, wenn Iran die Schwelle zur Kernwaffenherstellung betreten sollte, also das iranische Atomprogramm die vermutete militärische Dimension ausfüllte. Die russische Politik könnte aber auch einen gangbaren Weg aus dem Dilemma bieten, wenn Teheran bereit wäre, die Wiederaufbereitung in Russland zu belassen und die Anreicherung von Uran internationaler Kontrolle durch Inspektionen der IAEA gemäß dem „Safeguard“-Abkommen und dem NPT wieder zu unterstellen. Diese politische Kernfrage blieb im Herbst 2010 noch offen. Sie spielt aber in die geopolitischen Entwicklungen in Asien und weltweit hinein wie die der nuklearen Aktivitäten Indiens und Pakistans.

Das geopolitisch-strategische Grundmuster entstehender Rivalitäten und Konflikte ist vorgezeichnet. Wie wird die von ihrer eigenen Finanz- und Wirtschaftskrise geschwächte Weltmacht USA ihr noch immer großes Gewicht auf die Wage und politischen Einfluss im kontinentalen Asien im Interesse geordneter internationaler Beziehungen zur Geltung bringen können?

Der Ausgang des Krieges in Afghanistan und die Auswirkungen auf Pakistan werden die erste Antwort geben. Südwestasien rückt zudem auch mehr in das Zentrum der Erschließung der Bodenschätze Zentralasiens und ihres Transports bis zum Meer und nach China. Afghanistan kommt als Verbindungsglied in eine Schlüsselstellung (von eigenen Erzlagern, deren Wert und wirtschaftliche Abbaufähigkeit noch nicht kalkulierbar und deshalb vorläufig für strategische Planungen noch nicht erheblich

sind, ganz abgesehen). Auch darum sind Afghanistans und Pakistans innere Stabilität und außenpolitische Orientierung kritische Faktoren in einer langfristigen strategischen Perspektive. China und Indien haben wie Russland⁹⁾ und Kasachstan ein langfristiges Sicherheitsinteresse an einem Erfolg der westlichen Politik in Südwestasien, selbst wenn dieser nur bescheiden und nur schwer zu konsolidieren sein würde.

Die Lageentwicklung in Afghanistan

Vor dem in Washington und Brüssel ab Sommer 2011 anvisierten „end game“, der Schlusspartie am Hindukusch mit Beginn des strategischen Rückzugs aus Afghanistan, geplant als mehrjähriger „Prozess“ der Überwälzung der Sicherheitslast auf afghanische Schultern, offiziell „Übergabe der Verantwortung“ genannt, erklärte der neue US-Oberkommandierende, General David Petraeus, man stehe „am Wendepunkt“ der Lageentwicklung.¹⁰⁾ Ihm war die Aufgabe zuteil geworden, „Stabilität“ darzustellen. Es war klar, dass damit nur eine relative Stabilität im größeren Teil des Landes gemeint sein konnte und dass es v.a. darum gehen sollte, in den kommenden zwei bis drei Jahren die Staatsspitze Afghanistans um Präsident Karzai in Kabul stabil zu halten und in der Hauptstadt Sicherheit auf den Straßen herzustellen, so wie Petraeus dies als Oberkommandierender zuvor im Irak und speziell in Bagdad nach dem verheerenden Jahr 2007 binnen 24 Monaten erreicht hatte.

General Petraeus machte diesen begrenzten Auftrag indirekt auch öffentlich deutlich, als er im Sommer und Herbst 2010 in mehreren Interviews und Fernsehauftritten einerseits auf den ungestörten regen Verkehr und Handel in Kabul hinwies, andererseits mehr Zeit für seinen Auftrag erbat und empfahl, den angekündigten Beginn des US-Truppenabzugs ab Juli 2011 langsam anzugehen. Ende August gab er eine erste neue militärische Direktive „Richtlinien für den Übergang“ (guidelines for transition) aus, deren Fazit es ist, die US-Truppen und die alliierten ISAF-Kräfte in Afghanistan nicht aus ganzen Bezirken abzuziehen, sondern sie zunächst nur „auszudünnen“ (thin out), damit sie den afghanischen Kräften zur Ausbildung im Feld zur Begleitung bei Operationen und als taktische Reserve beistehen könnten (was sie bisher schon getan haben). Truppenverbände, die in einzelnen Landesteilen später nicht mehr gebraucht würden, sollten dann in andere verlegt werden, wo noch eine stärkere militärische Präsenz nötig wäre, nicht als Ganzes abgezogen werden.

Dies erschien umso nötiger, als einerseits die Kämpfe schwerer wurden, die Alliierten ihre Offensive um Kandahar Ende September gegen zähen Widerstand vorantrieben. So würde der Abzug schrittweise nach den operativen Erfordernissen vorbereitet, gelenkt und vollzogen, also nach militärischen Kriterien in Afghanistan, nicht nach politischen Kriterien in den Heimatländern der internationalen Kontingente. In diesem Sinne forderte Petraeus Anfang September bei der NATO in Brüssel für die ISAF weitere 2.000 Soldaten an, von denen 1.200 der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte dienen sollen. Im September war die Gewalt der Taliban, die sich in den afghanischen Gefängnissen ausbreitete, mehr und

mehr auch gegen Entwicklungsprojekte und ausländische Hilfe gerichtet und andererseits konnte General Petraeus mitteilen, dass „sehr hohe Talibanführer Fühler zur höchsten Ebene der afghanischen Regierung ausgestreckt haben“. Er betonte, dass „Präsident Karzais Bedingungen sehr klar und fest“ seien und dass „wir sie unterstützen, wie wir es im Irak getan haben und die Briten in Nordirland. Dies ist der Weg, um Aufstände zu beenden“.¹¹⁾

Im September war die Schutztruppe knapp 115.000 Soldaten stark, davon 71.000 amerikanische,¹²⁾ also weniger als für die Jahresmitte 2010 nach den Plänen vorgesehen. Umso wichtiger waren Verstärkungen und Offensiven, um Karzais Stellung in einer kritischen Situation zu stützen und die Taliban mit einer Position der Stärke zu konfrontieren, um diese zu ernsthaften Verhandlungen und Konzessionsbereitschaft für den von Karzai seit Jahren angebotenen „historischen Kompromiss“ zu bewegen, zugleich aber dem „Reintegrationsprogramm“ der Regierung in Kabul für Taliban einen festen internationalen Rückhalt zu geben. Dabei kommt es auf Zeit und Nachhaltigkeit der Unterstützung an. Ohnehin würden Verhandlungen ein Geduldsspiel mit vielen Unbekannten und Unsicherheiten sein, auch in der Regierung Karzais.

Eine solche operative Strategie des hinhaltenden Rückzugs über längere Zeit muss und wird den alliierten Regierungen und Parlamenten innenpolitische Probleme bereiten, denn die Erwartungen richten sich auf Truppenverminderung und Abzug.

Die Perspektiven des „strategischen Rückzugs“

Es war seit Obamas Einzug in das Weiße Haus 2009 klar, dass der Präsident 2012 ebenso wenig mit einer offenen Flanke in Afghanistan wie im Irak in die Wahlkampagne ziehen wollte und würde. Nach dem im August 2010 verkündeten Ende des „Kampfeinsatzes“ (combat mission) der noch im Irak verbleibenden US-Truppen, die danach auch bis spätestens 2014 abgezogen werden sollen, müsste die Rückkehr der amerikanischen Soldaten aus Afghanistan im Sommer 2011 sichtbar begonnen haben und zügig fortgesetzt werden, um den Präsidenten und seine Demokratische Partei innenpolitisch spürbar und wählerwirksam zu entlasten.

Diese politische Realität für die Strategie in Afghanistan machte einer der Generalstabschefs der US-Streitkräfte, der Kommandant des US-Marinekorps, General James Conway, Ende August 2010 in einem Ausblick auf das Jahr 2011 deutlich, als er zu verstehen gab, dass politische Überlegungen den Präsidenten bewogen hätten, die „deadline“, also die Frist vor dem Beginn des Truppenabzugs auf das Jahr vor dem Wahljahr, zu setzen. General Conway erklärte, dass dieser angekündigte Beginn des US-Truppenabzugs „unserem Feind wahrscheinlich Unterstützung und Nachhaltigkeit geben wird“.¹³⁾ Der General schätzte, dass der Rückzug aber „einige Jahre dauern“ würde, dass dies die Aufständischen überraschen und so bei ihnen einen lähmenden Schock verursachen könnte, wenn sie erkennen müssten, dass auch nach Abzugsbeginn noch starke US-Truppen in Afghanistan bleiben würden.

Dieses Beispiel zeigt, wie spekulativ die amerikanische Politik und Strategie in Südwestasien ist und wie stark abhängig von der amerikanischen Innenpolitik mit ihren Wahlterminen und heimischen Problemen. Präsident Obama hatte 2009/10 dem Drängen der hohen US-Militärs, an deren Spitze auch General Petraeus als Oberbefehlshaber des für ganz Südasiens, den Indischen Ozean und den Mittleren Osten verantwortlichen „Central Command“, auf eine Verstärkung der US-Truppen in Afghanistan um 60.000-80.000 Soldaten nicht nachgegeben, sondern die Vermehrung auf 30.000 begrenzt. Im Juli 2010, nach Entlassung General McChrystals als Oberbefehlshaber in Afghanistan wegen Kritik an Mitgliedern seiner Regierung, insbesondere am Vizepräsidenten Biden, der sich gegen jede Truppenverstärkung ausgesprochen und einen zügigen Rückzug empfohlen hatte, um künftig nur noch aus der Luft mit Kampfdrohnen Krieg in Südwestasien zu führen, bekräftigte Obama öffentlich, dass es bis Juli 2011 bei der inzwischen erreichten Obergrenze von 100.000 US-Soldaten bleiben werde. Damit war auch den Alliierten der „Internationalen Koalition“ mit der Schutztruppe ISAF politisch die Höchststärke bei etwa 130.000 Soldaten in Afghanistan vorgegeben - es sei denn, die Europäer würden ihre Kontingente vergrößern, was 2010 unwahrscheinlich war. Über den angekündigten Abzug der Niederländer war in Den Haag die Regierung zerfallen. Die niederländische Regierungskrise dauerte noch an. Australische und kanadische Abzugspläne, die schon seit einigen Jahren öffentlich diskutiert wurden, waren zunächst nur aufgeschoben. Polen hatte schon erklärt, dass das eben aufgestockte polnische Kontingent nicht weiter verstärkt, sondern auf die Rückkehr vorbereitet würde. Außer der britischen Beteiligung, die in London ebenfalls kontrovers war, wurde die aller anderen NATO-Partner unsicher. Es war unübersehbar, dass man in Europa sehnlichst auf das Signal aus Washington wartete, um das eigene militärische Engagement zu reduzieren und so schnell wie möglich zu beenden. Ein Termin konnte politisch noch nicht gesetzt werden. Doch hinter der Floskel „Übertragung der Verantwortung“ an die Afghanen „so bald wie möglich“ wurde die Erwartung erkennbar, dass man damit ab 2011 beginnen und dann schrittweise, zunächst Bezirk für Bezirk, mit dem „strategic exit“, dem „strategischen Rückzug“ fortfahren wollte. Ob es angesichts der schwierigen Sicherheitslage bei diesem Vorhaben im Laufe des Jahres 2011 bleiben kann, ist eine offene Frage. General Petraeus jedenfalls suchte nach seiner Kommandoübernahme an einem breit über das Land gezogenen Netz militärischer Präsenz mit wechselnden operativen Aktionsschwerpunkten festzuhalten, um einerseits die afghanische Bevölkerung so gut wie möglich zu schützen, sie bei den Einsätzen auch tunlichst zu schonen, andererseits aber auch die diversen Aufständischen und kriminellen Banden nicht nur reaktiv, sondern auch „proaktiv“ wirksam zu bekämpfen.

Zwar sollten die Etappen dieses Rückzugs von den Fortschritten beim Aufbau und der Ausbildung der afghanischen Streitkräfte abhängig gemacht werden, doch bleibt dieser Erfolg ein unkalkulierbarer Unsicherheitsfaktor, auf den Regierungen und politische Parteien nach neun

oder zehn Jahren militärisch-politischen Engagements nicht weitere Jahre ohne Aussicht auf ein nahes Ende um der Strategie oder des definitiven Erfolgs ihrer Politik in Südwestasien willen Rücksicht nehmen würden.

Diese politischen Faktoren konnten und werden auch künftig den Islamisten in Afghanistan und Pakistan nicht verborgen bleiben, zumal deren Agenten im Westen und deren Analytiker die Diskussionen in den USA und in Europa kontinuierlich verfolgen und propagandistisch begleiten. Auch wenn sie punktuell militärisch oder technisch empfindlich getroffen werden und Probleme für ihren Führungsersatz nach gezielter Ausschaltung von Führern haben, bleibt ihnen doch die Zeit der Einheimischen, die sich auch verbergen oder zurückziehen und Operationen eine Zeitlang ruhen lassen können, um sich zu regenerieren, neue Kräfte zu rekrutieren und verlorene Kontrolle über die Einwohner wichtiger Gebietsteile wiederherzustellen. Die langsamen Fortschritte der alliierten Truppen bei ihren angekündigten Sommeroffensiven in den Provinzen Helmand und Kandahar, die Zunahme der Anschläge in der Provinz Kundus im Laufe des Jahres 2010 und die sich in Gebietsteilen ausbreitende Unsicherheit, auch im Norden und Westen Afghanistans wiesen hin auf die Beharrlichkeit des harten Kerns der Aufständischen und auf die Unterstützung über die pakistanische Grenze hinweg. So war im Herbst 2010 auch jenseits von General Petraeus' „Wendepunkt“ noch keine für den afghanischen Staat und die Alliierten positive Lageentwicklung zu fassen, geschweige denn ein strategischer Durchbruch zum Erfolg in Sicht.

Die von Petraeus eröffnete Aussicht auf Verhandlungen mit den Taliban auf deren Initiative hin, die er selber vorsichtig als „cusp“, das heißt etwa „Ausgangspunkt“ oder genauer „Schnittpunkt zweier Bögen“ (Webster's New Encyclopedic Dictionary, 1994 Edition), von dem aus es in die eine oder die andere Richtung gehen kann, bezeichnete, sollte in der kritischen Endphase des Krieges der alliierten Politik einen positiven Impetus geben.

Die Partie blieb also vor dem Beginn des Endspiels militärisch weiter offen. Für Dezember 2010 hatte Präsident Obama eine Prüfung des militärischen Erfolgs und der weiteren Aussichten angesetzt. Dieser Termin fiel mit dem des obersten US-Generalstabschefs Admiral Michael Mullen zusammen, der im September 2009 eine Zeitlinie von 18-24 Monaten für den Beweis, was die US-Streitkräfte in Afghanistan ausrichten könnten, gezogen hatte.

Politisch konnte 2010 von einer Verbesserung der Entwicklung im Lande nicht ernsthaft gesprochen werden, obwohl die alliierten Regierungen dies taten. Nach der verfälschten Präsidentenwahl 2009, die Karzai zwar mit einer vermutlich realen Stimmenmehrheit, aber mit seiner demokratischen Legitimität und politischen Integrität im Zweifel im Amt bestätigte, drohte die für September angesetzte Parlamentswahl an der weit verbreiteten Unsicherheit¹⁴⁾ v.a. im Süden, Osten und neuerdings auch im Nordosten mit den früher ruhigen Provinzen Kundus und Baghlan an mangelnder Repräsentativität der Resultate wegen zu geringer Wahlbeteiligung zu scheitern. Auch der Westen mit Herat war unsicher geworden. Die Guerilla und der Terror sind seit 2005 allmählich, dann seit

2007, als für die NATO die militärische Sicherheitslage noch ausgeglichen mit leichten Vorteilen schien, schneller durch das Land gewandert und haben Gebiete im Norden und Westen erreicht, die bis dahin überwiegend ruhig geblieben waren. Im Süden und Osten drehte sich „die Abwärtsspirale“ weiter, wie General Petraeus im Februar 2010 öffentlich in der Münchner Internationalen Sicherheitskonferenz sagte. Diese negative Entwicklung war im Herbst 2010 trotz taktischer Erfolge der Alliierten noch nicht aufgehalten.

Wie immer der Ausgang und der Termin der Wahlen sein mögen, das politische Problem des afghanischen Staatsaufbaus erwies sich auf der Schwelle zum zehnten Jahr des internationalen Engagements nach dem Sturz der Taliban-Despotie noch immer so schwer lösbar wie zuvor. Die politische Petersberg-Zielsetzung von 2001 ist offensichtlich im Ganzen nicht erreicht und wohl auch in den kommenden Jahren nicht erreichbar, obwohl einzelne Ziele in Sicht gekommen sind, wie etwa der Aufbau der afghanischen Armee. Doch selbst diese Erfolgsaussicht ist bedingt und unsicher. Die geplante Truppenstärke ist nicht realisiert, sondern steht in großen Teilen noch immer nur auf dem Papier, die Qualität der Truppen, Ausrüstung und Ausbildung, Führung und Unterstützung waren auch 2010 noch überwiegend mangelhaft. Zu selbstständigen Operationen größeren Umfangs und längerer Dauer ist die Afghanische Nationalarmee ohne Unterstützung durch die internationalen Truppen und Luftunterstützung noch immer nicht fähig. Bei der Nationalen Polizei ist es nicht anders.

Die größte und gefährlichste Brache aber lag unverändert in der Zivilverwaltung und in der Justiz, gekennzeichnet von Inkompetenz und Korruption nach allgemeiner internationaler Einschätzung, aber auch seitens afghanischer Kritiker des Regimes.¹⁵⁾ Dafür steht ebenso unverändert der Name des Präsidenten und der Familie Karzais.

Deshalb konnte das zivile Engagement der internationalen Stabilisierungspolitik - trotz der ihm stets zuerkannten Priorität vor dem militärischen - mit den militärischen Sicherheitsaktivitäten nicht Schritt halten, so lahmend gegen die Widerstände in den kritischen Gebieten diese auch waren. Auch in diesem Bereich wirkt aber der Zeitfaktor gegen die internationale Aktion und gegen den neuen afghanischen Staat in seinem politisch und administrativ embryonalen Zustand. Für die internationale Unterstützung, die das Zentrum stärken muss, um es vor dem Zusammenbruch zu bewahren, war und ist es darum unerlässlich, mit den regionalen Kräften zusammenzuwirken und den Versuch zu unternehmen, diese als Stabilisatoren zu gewinnen. Neben der erstrebten äußeren regionalen Stabilisierung mit Unterstützung durch die Nachbarländer ist eine innere regionale Stabilisierung Afghanistans durch die Stämme und Gebietsmachthaber notwendig, auch wenn dies Arrangements mit fragwürdigen Machthabern und alten „warlords“ der Bürgerkriege bedeutet und das endemische Drogenproblem noch schwerer lösbar macht. Doch gerade dieser Versuch des Paktierens führte General Petraeus im Irak durch Bündnisse mit sunnitischen Stämmen und deren Milizen in amerikanischem Sold zu seinem relativen und bisher vorläufigen, aber doch in

Grenzen tatsächlichen Erfolg, den er nun in Afghanistan wiederholen soll. Die mühsamen Fortschritte der groß angekündigten „Offensive“ im Süden gegen Kandahar, um die Taliban aus ihrer historischen Hochburg zu vertreiben, mit dem Ausweichen der Islamisten bei geringen Verlusten nach heftigen Gefechten in den Untergrund weisen auf die Grenzen der größeren militärischen Operationen, von denen General Petraeus Ende August nach mehreren Wochen sagte, dass „ein überlegter Feldzug begonnen“ habe.¹⁶⁾ Die Voraussetzungen dafür waren im Herbst 2010 denkbar ungünstig wegen der seit dem Vorjahr hochgeschellten Zahl der Anschläge und Angriffe der Aufständischen und Banditen (statistisch vom August 2009 auf August 2010 um etwa 47%), der angestiegenen Verluste der Bevölkerung und der alliierten Truppen. Trotzdem sagte General Petraeus gegenüber Washington im September eine positive Entwicklung bis zum Jahresende voraus.¹⁷⁾ Er ließ sich dabei v.a. von der Wirkung der Truppenverstärkung, der „Wiedereingliederung“ ehemaliger Insurgenten für Lohn und Brot und Bündnissen mit Stämmen gegen Sold und Investitionen, also von seinen Erfahrungen im Irak, leiten.

Die Risiken des Paktierens mit regionalen Machthabern und Stammesführern, auch für den Zusammenhalt des Landes und eine konsistente nationale Politik, sind hoch, die Chancen waren zu Beginn des zehnten Jahres der internationalen Intervention schwer abzuschätzen. Der von Washington aufgebaute Zeitdruck mit dem Zieldatum „2011 plus x“ für den strategischen Rückzug nach Überwälzung der Lasten für die Sicherheit des Landes auf den afghanischen Staat ist ein zusätzliches Unsicherheitsmoment. In Afghanistan selbst steht Präsident Karzai für die politischen Unsicherheitsfaktoren. Nicht nur seine im Lande weithin unwirksame Regierung und Verwaltung, sondern auch sein erklärtes Interesse an „Reintegration“ von Aufständischen, die die Waffen niederlegen würden, und seine öffentlichen Appelle an die Taliban zu verhandeln, haben in den letzten Jahren mehr Verwirrung über seine Politik im Schutze der internationalen Koalition gestiftet als Klarheit über die politische Zukunft geschaffen. Kontakte für Verhandlungen wurden zwar unter saudischer Vermittlung hergestellt, aber weder vom obersten Talib Mullah Omar anerkannt, noch von der pakistanischen Armee, die um ihren Einfluss auf Afghanistan fürchtet, unterstützt. Auch regionale Machthaber in Afghanistan, v.a. tadschikische und usbekische im Norden, und andere Verbündete der Alliierten sehen in der Möglichkeit von Verhandlungen mit den Taliban für eine Regierungskoalition der nationalen Einheit weniger einen dem Lande nützlichen Kompromiss als eine drohende Rückkehr ihrer Feinde an die Macht. So blieb 2010, das ein neues Jahr „der Wende“ sein sollte, alles in Konfusion, und die Zeit der Kriegswirren hielt an.

Irak und die Golfregion

Die Amerikaner hinterließen mit ihrem Rückzug aus der militärischen Verantwortung für die Sicherheit des Landes im Irak nach sieben Jahren Intervention seit dem Kriegszug vom Frühjahr 2003 eine unsichere Lage auf einem politisch und religiös zerklüfteten Trümmerfeld mit einigen Inseln relativer Ruhe und beginnenden wirtschaft-

lichen Aufschwungs in Handel und Handwerk, obwohl die Grundversorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, Elektrizität, Erdöl, sanitären Anlagen, Medizin und öffentlicher Ordnung extrem mangelhaft geblieben ist. Die Erdölförderung des ölfreudigen Landes hat noch immer nicht den Vorkriegsumfang von 2002 erreicht. Stabilität und Sicherheit waren beim Rückzug der US-Kampftuppen Ende August in der Tiefe und Breite des Landes noch bei Weitem nicht Wirklichkeit, nicht einmal in allen Teilen der Hauptstadt. Die Zahl und Zerstörungswirkung der Sprengstoffanschläge nahm auch in Bagdad wie in den Provinzen zu.¹⁸⁾

Das Unvermögen der irakischen Politiker, nach dem knappen Ergebnis der Märzahlen, eine handlungsfähige Koalitionsregierung zu bilden und dem Staat eine wirksame Exekutive zu geben, ließ die unbewältigten Probleme wachsen und die in ihnen liegenden Sicherheitsrisiken größer werden.

Wie immer man die Intervention von 2003 und die Besetzung seither bilanzieren mag, mit hunderttausend irakischen Todesopfern, über 4.400 getöteten US-Soldaten und einer Billion USD Kriegskosten nach Obamas Rechnung oder einer Verminderung der Terrorgefahr für Amerika und größerer Stabilität der Golfregion - das potenziell höchste Risiko liegt im Zerfall der irakischen Einheit, wie von Anfang an, und in rivalisierenden iranischen, saudischen und syrischen Einflüssen bei der Gefahr einer Destabilisierung nicht nur des Irak, sondern auch der arabischen Golfstaaten in der Gegenwirkung durch die Ausstrahlung von Gewalt und Anarchie aus dem Brandherd Irak.

Solange die USA mit Streitkräften von Kuwait bis Oman am Golf bleiben, können sie dieser Gefahr entgegenwirken. Aber Unruhe und Unsicherheit würden im Extremfall eines staatlichen Einbruchs im Irak von diesem ausgehen und auf die anderen Staaten einwirken wie die schiitische Gegenmacht Iran. Die Kurden haben sich in einer quasi-souveränen Autonomie im Nordirak eingerichtet, abgeschirmt und unterstützt von den USA und von den privaten Geschäftsinteressen der Amerikaner. Die kurdischen Nationalisten versuchen weiter, das Erdölgebiet von Kirkuk unter ihre Kontrolle zu bringen und die arabischen Einwanderer aus der Region Mossul-Kirkuk zu verdrängen. Der seit 2003 angestrebte Kompromiss zwischen Kurden, Sunniten und Schiiten des Irak über die Verteilung des nationalen Erdölertrags und über die Kooperation in der Energiewirtschaft war 2010 noch immer nicht geschlossen.

Im Südirak war die Lage an der Oberfläche vergleichsweise ruhig. Doch in der Tiefe der Bevölkerung wirkte der iranische Einfluss, auch durch die Verbreitung der persischen Sprache und Literatur. Der in früheren Jahren nach dem Krieg von 2003 offen aufständische schiitische Milizenführer Muktar al Sadr verharrte im Iran und hielt seine Truppen wie seine militanten Parteigänger zurück. Doch die Islamisten hatten längst Verwaltung, Polizei und Militär durchdrungen. Es war nicht zu erkennen, ob und wann ein neuer Machtkampf ausbrechen würde und wie lange die Regierung al-Maliki in Bagdad sich gegen radikale Opposition im eigenen Religionslager würde be-

haupten können. So blieb im Süden und bis in das südliche Umfeld von Bagdad die politische Lage unsicher.

Im Zentrum und im „sunnitischen Dreieck“ westlich und nordwestlich von Bagdad um die alten Brennpunkte des Aufstands gegen die Amerikaner, den General Petraeus kraft seiner Bündnispolitik mit den großen Stämmen gelöscht und den Terror der Al Qaida unterdrückt hatte, loderte die Gewalt aus dem Untergrund wieder auf wie in Bagdad und im Norden in Mossul und Kirkuk. Die sunnitische Beteiligung an der Regierung wird allgemein als unzureichend empfunden, und der schiitischen Mehrheit wird vorgeworfen, gemeinsam mit den Kurden die Sunniten von der Macht und den wirtschaftlichen Vorteilen ausschließen, ja aus dem Staat verdrängen zu wollen. Die angestregten amerikanischen Vermittlungsversuche hatten auch im Herbst 2010 noch keinen nennenswerten Erfolg. Ein Unsicherheitsmoment lag in den sunnitischen Milizen, die General Petraeus in Sold genommen, der schiitische Premier Nuri al-Maliki aus Misstrauen in eine bewaffnete sunnitische Miliz oder Armee- und Polizeieinheiten aber zu 80% wieder entlassen hatte.

Unter diesen Umständen hatten Präsident Obamas Worte am 1. September über das Ende des Kampfeinsatzes der US-Truppen im Irak, am 19. des Monats habe die letzte Kampfbrigade das Land verlassen, „ohne dass ein Schuss gefeuert wurde“, einen seltsamen Klang, zumal danach wieder auch auf Amerikaner geschossen wurde, die Verluste hatten, und Sprengfallen explodierten.

Es war unübersehbar, dass das amerikanische Engagement im Irak und am Golf auch militärisch noch längst nicht erfolgreich beendet und der Erfolg gesichert war.

Das ungelöste Nahostproblem

Wie gegenüber Iran, in Südwestasien und im Irak blieben die strategische Lage und die internationale Politik auch im Nahen Osten 2010 im Kern unbestimmt, mit unsicheren Aussichten auf verhängte Horizonte. Zwar gelang es den USA wieder, direkte Gespräche zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde unter der Leitung von PLO und El Fatah in Gang zu bringen, doch die beiderseitigen Ausgangspositionen für einen Verhandlungskompromiss lagen noch immer weit auseinander auf gegenüberliegenden Linien. Das Angebot des israelischen Verteidigungsministers Ehud Barak (außerhalb der Verhandlung), Jerusalem zwischen Israel und einem Staat Palästina zu teilen, mochte Bereitschaft zu einem Entgegenkommen anzeigen, bedurfte jedoch einer noch nicht gegebenen substantziellen Präzisierung. Auch Premier Netanjahus erklärte Bereitschaft zu einem „historischen Kompromiss“ war nicht die erste israelische Erklärung dieser Art seit dem Grundsatzabkommen von 1993. Der jüdische Siedlungsbau im Jordantal und die Erweiterung der Bauten um Jerusalem begrenzten faktisch die Aussichten auf palästinensische Territorialhoheit im „Autonomiegebiet“. Damit wurde auch die künftige Grenzziehung jenseits der „grünen Linie“ vor dem Krieg vom Juni 1967 und der Besetzung des cisjordanischen Gebietes auf dem umstrittenen Terrain vorgezeichnet, obwohl es einen Frieden ohne territoriale Konzessionen Israels aller Wahrscheinlichkeit nach nicht geben wird.

Von einer Rückkehr arabischer Flüchtlingsmassen und deren Nachkommen seit 1948 in der Größenordnung von drei bis vier Millionen Personen auf das Staatsgebiet Israels kann ernsthaft keine Rede sein. Solange die gewählte palästinensische Führung dies ihrem Volk nicht offen sagt, wird es schwerlich zu einem tragfähigen Frieden oder Vorfrieden kommen können. Es wird so lange beim „provisorischen Status“ ohne definitive internationale Grenze zwischen Israel und einem palästinensischen Staat bleiben. Von Gaza unter der Herrschaft der islamistischen Hamas, die Verhandlungen mit Israel und dessen Anerkennung auch 2010 unverändert ablehnte, war und bleibt ohnehin keine politische Konzession zu erwarten, sondern bestenfalls eine erklärte „Waffenruhe“ ohne Gewähr. Bewegung in die zementierte Konfrontation kann nicht allein Amerika oder das internationale „Nahost-Quartett“ bringen, schon überhaupt nicht gegen eine Opposition des Iran, sondern nur die USA gemeinsam mit allen arabischen Staaten der Region, insbesondere Syrien. Dazu müsste Israel sich bereit erklären, für einen Frieden den Golan aufzugeben. Bisher aber fordern alle Araber die Rückkehr zur Demarkationslinie von 1948, also Israels hinter die „grüne Linie“ vor dem Junikrieg von 1967, d.h. aus dem Jordantal und dem Umland von Jerusalem, das israelisch besiedelt und eingemeindet wurde wie die Stadt selbst. Nur eine große arabische Konzession könnte eine begrenzte israelische herbeiführen und damit einen „historischen Kompromiss“. Es ist nicht wahrscheinlich, dass dies durch amerikanische oder internationale Vermittlung in absehbarer Zukunft zustande kommen wird.

Damit wird die Problemregion unter dem südlichen Krisenbogen vom indischen Subkontinent bis zum Nahen Osten und zum Horn von Afrika als strategische Unwetterzone der internationalen Sicherheit erhalten bleiben. Die vorsichtige Wiederannäherung zwischen den USA und Russland in der strategischen Abrüstung mit dem „New START“-Abkommen für eine substantielle Reduzierung der strategischen Kernwaffensysteme bot 2010 auch einen Ansatz zu konstruktiver Politik, die bei amerikanischer Anleitung durch das Nahost-Quartett mit Russland (plus UNO und EU) auch im Nahen Osten dringend gebraucht wird. Die Kooperation mit Russland setzt auch eine Verständigung über die Pläne der NATO für eine Flugkörperabwehr in Europa mit Moskau, die noch nicht erreicht wurde, voraus. Zudem blieb das russische Misstrauen gegenüber dem westlichen Bündnis trotz der faktischen Aufgabe der Osterweiterungsabsichten der NATO auf Georgien und die Ukraine durch Präsident Obama 2009 ein Hindernis.

Das neue „Strategische Konzept für die Allianz“ sollte zum Jahresende die Bündnisagenda seit 1999 aufarbeiten. Neben der Verantwortung für die internationale Sicherheit, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die klassische Bündnisverteidigung sollte es auch neue Beziehungen zu externen Partnern, darunter v.a. einen neuen Ansatz zur Aufwertung und praktischen Nutzung der Partnerschaft mit Russland, in die Richtlinien für gemeinsame Sicherheitspolitik und Gesamtstrategie einschließen. Ob solche Direktiven über die bestehenden Differenzen und Probleme wie im Kaukasus oder mit den osteuropäischen

NATO-Partnern hinweg zu einem tragfähigen Brückenbau führen können, blieb zum Jahreswechsel offen und wird die euro-atlantische wie die amerikanische Politik in den kommenden Jahren weiter beschäftigen, wobei in Washington sowohl Russland als auch Europa mit der NATO auf der internationalen Prioritätenskala auf die Plätze hinter China und den pazifisch-asiatischen Raum zurückgefallen zu sein scheinen. Das globale geopolitische Paradoxon liegt darin, dass das Europa der NATO und EU neben Australien und Neuseeland im Pazifik auf dem eurasischen Kontinent der einzige kongeniale Partner Nordamerikas in der Welt und der sicherste Verbündete ist, zugleich aber in seiner strategischen Bedeutung für die USA seit dem Ende der Sowjetmacht beständig zurückgefallen ist. Zugleich wird die orientalische Umgebung Europas unsicherer denn je. Die Seefahrt in der Arabischen See und am Horn von Afrika war 2010 stärker gefährdet als Jahre zuvor, damit auch der internationale Seehandel. Den somalischen Piraten ist es gelungen, die Küste des Landes in eine Bastion der Seeräuberi auszubauen und zu Lande Milizen aufzustellen, um die Macht auszuüben und ausländische Intervention abzuschrecken.¹⁹⁾ Der Orient, v.a. der islamische, bleibt die große politisch-strategische Herausforderung der internationalen Sicherheit. Sein Primärenergie-reichtum gibt dem darin liegenden globalen Risiko die weltwirtschaftliche Dimension und belastet mit den wirtschaftlichen Interessen der Industrieländer des Westens auch deren Politik und die Strategien zur Krisenbeherrschung. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Jochen Buchsteiner: FAZ v. 7.9.2010: Sogar im Geheimdienst herrscht Angst vor Anarchie; Response to flooding may imperil Pakistan IHT v. 6.9.2010; Jochen Buchsteiner: FAZ v. 4.9.2010: Patriotische Generäle -Pakistan: Militärs an die Macht?; Jochen Buchsteiner: FAZ v. 15.9.2010: Gefährlicher Niedergang; Carlotta Gall: IHT v. 17.9.2010: Pakistan floods give new life to a class dispute.
- 2) 20 Millionen Pakistanis in Not, SZ v. 16.8.2010; Sorge um die Stabilität der Atommacht, SZ v. 19.8.2010; vgl. Oliver Thranert/Christian Wagner: Atommacht Pakistan Nukleare Risiken, regionale Konflikte und die dominante Rolle des Militärs SWP-Studie, Berlin, Februar 2009.
- 3) As food prices rise, UN warns of new unrest, IHT v. 6.9.2010.
- 4) India's supreme test: Kashmir, IHT v. 19.8.2010; Kashmir attempts to restore normality, IHT v. 28.9.2010.
- 5) Central Asia's new Silk Road, IHT v. 13.8.2010.
- 6) Chinas Rüstung, SWP-Studie Berlin 2009; Sophie Charlotte Brune/Sascha Lange/Janka Oertel: SWP-Studie Chinas militärische Entwicklung, Berlin Oktober 2009.
- 7) Russia favors sweeping oil and gas pact with Tehran, IHT v. 15.7.2010; Russia to start loading Iranian reactor, IHT 14./15.8.2010; vgl. Peter Rudolf: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie, SWP-Studie, Berlin Mai 2010; vgl. Peter Rudolf/Sascha Lohmann: SWP-Studie, Berlin, August 2010, Amerikanische Iran-Politik unter Barack Obama.
- 8) The nuclear treaty's trembling foundations, IHT v. 14./15.8.2010.
- 9) Gingerly: Russians reach out to Afghans, IHT v. 19.8.2010.
- 10) Lothar Rühl: Vor dem Endspiel am Hindukusch, FAZ v. 16.7.2010; Lothar Rühl: Die Uhr läuft ab, FAZ v. 20.9.2010.
- 11) US military seek slower Afghan drawdown as Democrats resist, IHT v. 12.8.2010; Petraeus plans to „thin out“ US troops in Afghanistan, IHT 31.8.2010; US says Taliban reach out to Karzai - Petraeus cites early effort to start discussion toward peace in Afghanistan, IHT 28.9.2010; Prisons signal expanding Taliban control, IHT v. 28.9.2010.
- 12) Petraeus fordert weitere Soldaten für Isaf, FAZ v. 7.9.2010.
- 13) Timetable could assist Taliban, general says, IHT v. 26.8.2010;

Tobias Matern: „Wenn ihr nicht kämpfen wollt, lasst es uns tun“, SZ v. 25./26.9.2010.

14) Afghans face threat again from Taliban on elections, IHT v. 6.9.2010; Afghan violence reverses gains, IHT v. 30.8.2010; Frederike Böge, FAZ v. 18.9.2010, Wahlkampf in Geisterwahllokalen; Alissa J. Rubin, IHT v. 18./19.9.2010 Concerns of fraud cloud Afghan vote; Rod Nordland, IHT v. 18./19.9.2010 Afghan votes: a buyer's market: Ballot brokers collect registration cards for sale to the highest bidder; Sophia Mühlmann, DW 20.9.2010, Unregelmäßigkeiten bei Wahl in Afghanistan - nur etwa 3,6 Millionen Afghanen von rund 9,2 Millionen Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab = 40% (nach Fazal Ahmad Manabi, Präsident der Unabhängigen Wahlkommission IEC); dies waren etwa eine Million Stimmen weniger als bei der Präsidentenwahl. Citha D. Maaß/Thomas Ruttig, SWP-Aktuell 66, September 2010 Afghanistans Parlamentswahl 2010.

15) Kabul corruption setback, IHT v. 30.8.2010.

16) Afghans beset from 2 sides, IHT v. 7.9.2010.

17) Mixed results in the fight to take Kandahar, IHT v. 9.9.2010; Obama warns to his top general, IHT v. 18./19.9.2010; Drive to win districts around Kandahar has begun, according to NATO, IHT v. 27.9.2010.

18) US-Soldaten ziehen ab, die Probleme bleiben, S.Z. v. 1.9.2010.

19) Pirates jump ship in favor of militia role, IHT v. 3.9.2010.



Prof. Dr. Lothar Rühl

Staatssekretär a.D. (ehemals im Bundesverteidigungsministerium, Bonn); Professor für Internationale Beziehungen am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät; ehem. Vorstandsmitglied der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, und des SIPRI Stockholm.

Einsam und doch gemeinsam

Zur Militärstrategie des neutralen Nationalstaates im neuen Europa am Beispiel Österreichs

Horst Pleiner/Andreas W. Stupka

Im Gegensatz zu heute scheint „früher“ alles so einfach gewesen zu sein in der sicherheitspolitisch-strategischen Betrachtung: Dieses Früher bezieht sich dabei auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis hin zum Ende des weltweiten bipolaren Kräfteverhältnisses im Jahr 1989, das im allgemeinen Verständnis mit der Bezeichnung „Kalter Krieg“ umrissen wird. Die maßgeblichen Protagonisten saßen in Washington und Moskau - den Hauptkriegsschauplatz, also die Bühne dieses Kriegstheaters, bildete Europa. Dort lagen sich der liberal, marktwirtschaftlich ausgerichtete Westen, als Welt der Freiheit einerseits, und der kommunistisch, planwirtschaftlich geführte Osten, als Welt der versprochenen Freiheit andererseits, gegenüber. Die einen zusammengebunden in der NATO, die anderen in ihrem Pendant des Warschauer Paktes, jederzeit bereit, einer Aggression der jeweils anderen Seite zu begegnen. Massenarmeen, Luftflotten und nuklear-strategische Raketenwaffen wurden gehalten, um dem Gegner überlegen zu sein. Die politischen Gegensätze deuchten unüberbrückbar und eigentlich schien es nur eine Lösung zur Bereinigung dieses Spannungsverhältnisses zu geben: die Überwindung des anderen durch einen totalen Sieg oder anders ausgedrückt, die totale Vernichtung des Gegentüblers mit dem Endresultat der Durchsetzung der Weltherrschaft durch eine der beiden Ideologien.

Zu diesem Zweck wurde alles aufgeboten - von ausgedehnter Bespitzelung und Spionage über die konventionellen und subkonventionellen Rüstungsanstrengungen bis letztlich hin zum nuklearen Schirm aus Pershing 2 und SS 20-Raketen. Alles diente nur dem einen Ziel: der Abschreckung des Gegners bzw. dessen Vernichtung, sobald dieser „Rummel“ einmal losgetreten war. Aus der Retrospektive betrachtet wirkt dies alles beinahe lächerlich, wenn von Zweit- und Drittschlagskapazitäten die Rede ist und darunter die Möglichkeit des Zurückschlagens nach einem nuklearen Angriff mit ebensolchen Mitteln gemeint ist. Eine Berechnung aus dem Jahr 1983 soll dieses Horrorszenario verdeutlichen: „*Wir wissen nicht, wie ein Atomkrieg geführt werden würde. In diesem Szenario [Anm.: als Rechenbeispiel, wobei die tatsächlichen Nuklearkapazitäten ein Vielfaches ausmachen] werden 14.747 Gefechtsköpfe gezündet - das ist weniger als die Hälfte der Sprengkraft, über die die USA und UdSSR verfügen. 750 Millionen der 1.300 Millionen städtischer Bevölkerung auf der Nordhalbkugel würden dabei sofort getötet. 340 Millionen würden schwer verletzt. Die Zahl weiterer Toter durch Feuer und Hitze einwirkung lässt sich nicht vorausberechnen. Unmittelbar nach dem Krieg*

wäre das Regenwasser ein tödlich wirkendes Gift. Die Verseuchung der Trinkwasserreservoirs würde mehrere Jahre anhalten. Die Landwirtschaft wäre vernichtet, die Industriegesellschaften wären schwer angeschlagen. Ein Drittel der Überlebenden würde unter schwersten psychischen Störungen leiden. Energie- und Nahrungsmittelversorgung, Nachrichtenwesen, Entsorgungs- und Gesundheitssysteme würden zusammenbrechen. Nördlich des Wendekreises könnte im folgenden Jahr ein kleiner Teil der Überlebenden Krankheit und Hunger entgehen. Die armen Länder, die von ausländischen Technologie- und Nahrungsmittellieferungen abhängig sind, würden wohl am meisten getroffen: Hier könnte die Zahl der Toten bei über zwei Milliarden liegen. [Anm.: Für die 1980er-Jahre lag die geschätzte Anzahl von Menschen auf der Erde bei 4,5 Milliarden.]“¹⁾ Fazit dieses Dilemmas: Europa wäre in jener heiß gewordenen Phase des Kalten Krieges total vernichtet worden, hüben und drüben gleichermaßen. Ein solcher Krieg wäre tatsächlich unkontrollierbar geworden, aus dem Ruder geraten durch Potenzierung des Einsatzes der Mittel - jedoch in dieser unkontrollierbaren Form bewusst herbeigeführt durch die Strategie der totalen Durchsetzung. Es konnte keinen Sieger geben, und ein Überleben war mehr als fraglich.

Zum Strategiebegriff im Allgemeinen

Beiden Kontrahenten war diese Ausweglosigkeit im Rahmen einer kriegerischen Auseinandersetzung bewusst, und daher wurde ein großer Waffengang peinlichst vermieden, man begnügte sich mit Hochrüstung zur gegenseitigen Abschreckung und führte zum Leidwesen des Rests der Welt Stellvertreterkriege, zunächst als Befreiungskriege im Zuge der Dekolonialisierung, und später Volkskriege, abermals zur Befreiung, diesmal von kapitalistisch-kleptokratischer Tyrannei einerseits oder kommunistischer Barbarei andererseits. Nur jeweils einmal waren die beiden Spieler direkt in solche Konflikte verwickelt gewesen, einmal die USA in Vietnam und das andere Mal die Sowjetunion in Afghanistan - beide holten sich eine blutige Nase. Ansonsten war die Strategie für die beiden Blöcke in diesem knapp fünf Dekaden währenden Moment der Spannung bis zum Äußersten relativ einfach skizzierbar: Alles vorbereiten für den alles beendenden Waffengang und es gleichzeitig nie dazu kommen lassen. Die Nuklearwaffen wurden zu „politischen“ Waffen und die damit verbundene Strategie nahm philosophische Züge an. Das „Undenkbare“ war zu denken, und gleichzeitig war eine Eskalation zu vermeiden.

Diese Einfachheit des Strategiebegriffes im politisch-militärischen Sinn während der Epoche des Kalten Krieges hat die Begrifflichkeit selbst ausgreifen lassen, wodurch sie eine umfassendere Bedeutung erlangt hat. Der Begriff Strategie hat sich damit in den letzten vier Jahrzehnten v.a. im deutschsprachigen Raum gewissermaßen zu einer Art Modewort für den Alltagsgebrauch entwickelt und wurde in vielen Bedeutungen genutzt. Dabei waren vielfach den Anwendern dieses Begriffes der eigentliche Sinn und die hierarchische Zuordnung wenn schon nicht gerade ein Buch mit sieben Siegeln, so doch eines der kaum zu enthüllenden



Mit dem Wehrgesetz vom 7. September 1955 wurde die Grundlage für die Aufstellung des Bundesheeres geschaffen. Durch die Nutzung zurückgelassener Ressourcen der Alliierten sah die politische Führung anfänglich kaum die Notwendigkeit, „große“ budgetäre Veranschlagungen zu tätigen (Bild: Manöver; Jeep mit 10,6 cm-rPAK M18).

Geheimnisse moderner Fantasy-Schlagworte! Da wurde jede noch so kleine Örtlichkeit in einem fern liegenden Kampf- oder Krisengebiet zu einem „strategischen“ Punkt, Entscheidungen von Vereinskassieren oder Filialeitern einer Großmarktkette fanden sich plötzlich als „strategisch“ in ihrer Bedeutung aufgewertet, und wer die Wirtschafts-, Finanz- und Karriereseiten so manchen angesehenen Blattes nur überfliegt, findet fast täglich „strategische“ Aspekte geradezu am laufenden Band.

Nun gibt es Definitionen für Strategie fast wie Sand am Meer, und doch haben auch diese zu einer gewissen Verwirrung in der Anwendung geführt. Es gab - und es gibt noch - erhebliche Unterschiede in der Auffassung im anglo-amerikanischen Verständnis und im deutschen Sprach- und Umsetzungsraum. Das wird noch erschwert durch die differenzierten Inhalte der Begriffe Operation im Deutschen und Operation im Englischen. Und da auch der oftmals zitierte und ständig interpretierte und in den letzten Jahren mehr und mehr auf Gegenwart und Zukunft modifizierte Carl von Clausewitz nur von Taktik und darüber eben von Strategie spricht und dessen Aussagen zur Strategie außerdem noch in der Grauzone der Vermengung von Politik und oberster militärischer Führung durch die gewählte Form der philosophischen Betrachtung hohe Anforderungen an die analytischen Fähigkeiten und die Disziplin eines konsequenten Denkens des Lesers stellen, so wird der freien und zweckorientierten, also pragmatischen Interpretation von Inhalt und Wesen der Strategie Tür und Tor geöffnet! Dadurch aber werden Sinngehalt und Stellenwert des Strategiebegriffes verwaschen und dem klaren Verständnis und damit der zielgerichteten Anwendung als Leitlinie des Denkens entzogen.

Auch in Österreich hat man sich der Interpretation in Anpassung an die jeweilige Konzeption bedient, und wer in den Dienstvorschriften und Merkblättern von Bedeutung die jeweiligen Definitionen von Strategie und Militärstrategie durch die Jahrzehnte vor seinem geistigen Auge paradieren lässt, wird nachdrücklich zustimmen. Aber das gilt auch in anderen Streitkräften und bei so manchem Guru des strategischen Denkens in gleicher Weise, sie alle haben in der einen oder anderen Form die Definition der Strategie in ihrem Sinne eben „hingebogen“.

Warum diese doch deutlich kritische Betrachtung einer vielschichtigen Anwendung eines offenbar anpassungsfähigen und teilweise amorphen Strategiebegriffes an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt? Es geht um das Erfassen und die richtige Nutzung von Strategie als Ebene der Führung und Entscheidungen. Strategie ist mit Sicherheit ein Kennzeichen der obersten Führungsebene im Staat, in der Wirtschaft und damit auch im Militärischen, gleichgültig ob sich auf dieser Ebene nun tatsächlich eine gewisse Strategie erkennen lässt oder betrieben bzw. verfolgt wird. Strategie ist also auch mit einer zeitlichen Komponente verbunden, beinhaltet eine gewisse Langfristigkeit und Kontinuität und damit auch die Notwendigkeit einer konsequenten Handhabung zumindest innerhalb eines „strategischen“ Zyklus.

Es ergibt sich fast zwangsläufig daraus die manchen wohl als ketzerisch erscheinende Frage, ob denn die Strategie nicht etwa gleichwertig oder gar höherwertig als die Politik eingestuft und angesiedelt werden soll oder gar muss? Nur solange Politik den zivilen Gestaltern und Verantwortungsträgern staatlicher Handlung und Entwicklung zugeordnet und Strategie in die Zwangsjacke der ausschließlichen Eingrenzung auf das Militärische



BUNDESHEER/HBF

Angesichts der bedrohlichen Lageentwicklungen in der CSSR hatte die militärische Führungsspitze begonnen entsprechende Maßnahmen einzuleiten (hier: Alarmierung der Soldaten), um auf einen etwaigen Krisenfall reagieren zu können; aufgrund politischer Unstimmigkeiten mussten die Soldaten stundenlang auf ihren Marschbefehl warten, bevor sie in die Grenzräume verlegen konnten.

gebunden wird, mag der bekannte Satz vom Vorrang der Politik und damit der Entscheidungsgewalt der Politik seine Berechtigung haben. Wird aber für die Strategie ein umfassenderer Ansatz gewählt, dann folgen auch die zivilen Verantwortungsträger oder eben die herrschenden Kräfte einer Strategie, und irgendwie ergibt sich dann doch die Erkenntnis, dass bei logisch-konsequenter Klärung der Begriffsinhalte Politik und Strategie wohl eins sind und das eine nur als Synonym für das andere stehen dürfte. Die angesprochene Differenzierung zwischen Politik und Strategie mag aus einem zufälligen oder gewollten Missverständnis der Formulierungen in Clausewitz' Hauptwerk rühren und kam bzw. kommt ja auch irgendwie der Empfindsamkeit ziviler Machthaber gegenüber dem Militär als dem stärksten Träger der staatlichen Durchsetzungsgewalt entgegen und wird daher sehr häufig und nur zu gerne ohne eingehende Analyse angewandt und den Militärs entgegengehalten.

Aber hat das Clausewitz tatsächlich so gemeint? Für ihn stand der Herrschaftsanspruch des Monarchen nicht in Frage. Diesem war die Politik in ihrer Gesamtheit zugeordnet, er hatte die letzte Entscheidungsgewalt, und ihm hatten sich alle anderen Instrumente des Staates unterzuordnen. Aber Clausewitz bringt auch klar zum Ausdruck, dass bei der Entscheidungsvorbereitung hinsichtlich des Schrittes zum Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln (und auch Risiken) oder in Fragen der Führung des Krieges der oberste Heerführer sehr wohl einzubinden und seine wohlbegründete Fachmeinung zu hören und auch zu berücksichtigen sei. Dass daraus geradezu ein Drängen zu militärischen Lösungen erwachsen kann, wenn dem obersten Heeresrepräsentanten der Weitblick in gesamtstrategischen Fragen fehlt und sich die zivile Außenpolitik diesem Drängen unterordnen kann, hat mit verheerenden Folgen ja der Weg Österreich-Ungarns in den Ersten Weltkrieg gezeigt.

Strategisches Denken ist auf dieser Ebene unerlässlich. Und wohin die Reduzierung der Strategie auf das rein Militärische führt, hat sich gerade im Ersten Weltkrieg bewiesen, als es trotz der absoluten Machtübernahme im Deutschen Kaiserreich durch die oberste militärische Führung in Form einer „Obersten Heeresleitung“ unter Ludendorff nicht möglich war, einen Ausweg aus der militärischen Pattstellung zu finden und gesamtstrategisch schwerwiegende Fehlentscheidungen zu vermeiden. Man konnte sich eben nicht vorstellen, welche verheerenden Folgen der heraufbeschworene Kriegseintritt der USA haben könnte, und fand auch keine strategischen Ansätze, um in der Formulierung von Kriegs- bzw. Friedenszielen den Ausgangspunkt für eine Beendigung des gewaltsamen Ringens ohne Siegfrieden zu gestalten. Es fand sich aber auch

keine Strategie zur Erreichung der Voraussetzungen für diesen Siegfrieden, und als sich der militärische Fehlschlag abzuzeichnen begann, wurde die Verantwortung durch die „Oberste Heeresleitung“ schlagartig und höchst banal der unvorbereiteten zivilen Gewalt zugeschoben. Die Habsburger-Monarchie, die sich als Folge der Knappheit der Ressourcen in die strategische Abhängigkeit vom Deutschen Kaiserreich hatte begeben müssen, geriet damit auch in den Strudel des Zusammenbruchs.

Clausewitz spricht von der hierarchischen Struktur mit Politik, Strategie und Taktik. Aber viele Elemente, die Clausewitz im Rahmen der Strategie betrachtet, weisen doch eindeutig auf die operative Ebene im heutigen Sinne. Damit aber gehört ein Teil der Strategie zur Politik und der andere im Militärischen zur Ebene der operativen Führung. Daher haben auch v.a. im angloamerikanischen Bereich Hilfskonstruktionen wie die „Große Strategie“ oder die „Militärstrategie“ Eingang gefunden. Man könnte daher überlegen, ob nicht Politik und Strategie auf der obersten Führungsebene tatsächlich als Einheit zu verstehen sind, als ein System, und das unabhängig vom jeweiligen Anwendungsgebiet, also gleichgültig, ob in den Beziehungen zu anderen Staaten, in wirtschaftlichen Fragen oder eben in Fragen der Sicherheit und deren Gewährleistung. Strategie alleine dem Krieg und damit dem Militär zuzuordnen, hat in die Irre geführt und mag auch heutzutage in die Irre führen, aber genauso kann die reine Inanspruchnahme durch die Politik zu Problemen führen. Die Entwicklung im Irak ab 2003 kann als warnendes Beispiel dafür dienen. Strategie ist also mehr als nur das eine oder das andere, sondern sie ist umfassend als Handeln des Gemeinwesens zum Schutze seiner selbst an sich, seiner Werte und Interessen zu sehen.

Wenn man nun Strategie als „die planmäßige Vorbereitung und koordinierte Anwendung aller Mittel durch die

Staatsführung und Ausnützung aller ihrer Möglichkeiten zur Wahrung der sicherheitspolitischen Ziele gegenüber allen Bedrohungen⁽²⁾ definiert, dann öffnet sich während der Zeit des Kalten Krieges die Schere der strategischen Maßnahmen sehr weit: Auf der einen Seite ging die militärische Landesverteidigung innerhalb der Machtblöcke bzw. der sicherheitspolitisch-militärische Teil einer Gesamtstrategie in Richtung der Vervollkommnung zur Vorbereitung auf das „totale Finale“. Für Kriegsereignisse innerhalb Europas unterhalb dieser Schwelle bestand aufgrund der besonderen Konstellation keine Option. Andererseits wollte unter diesem Damoklesschwert der Totalität der eskalierenden Konfliktaustragung für die Gesellschaften ein Leben gewährleistet sein, das der üblichen Bedrohungen Herr zu werden vermochte - so bedurfte es eines funktionierenden Gesundheitssystems, einer effizienten Katastrophenhilfe, der Sicherung des Wohlstandes durch entsprechende Versorgung der Bevölkerung und zumindest in Westeuropa aller gesellschaftlichen und politischen Freiheiten, um im Schatten des jederzeit möglichen Desasters das Beste aus dieser ausweglos scheinenden Situation zu machen.

Eingekeilt zwischen den Machtblöcken lagen die so genannten Neutralen Finnland, Schweden, Österreich und die Schweiz sowie die beiden Blockfreien Jugoslawien und Albanien. Auch ihnen war das schreckliche Ende durch einen atomaren Waffengang bewusst. Allerdings waren sie alle nur als Nebenkriegsschauplätze beurteilt worden. Das Hauptoperationsgebiet lag in der deutschen Tiefebene, wo sich Ost und West direkt gegenüberstanden. Sieht man vom hohen Norden und dem tiefen Süden ab, lagen sonst überall die Neutralen und Blockfreien als Puffer dazwischen. Ihr Trachten war es, den potenziellen Aggressor aus Ost und West davon zu überzeugen, dass die Benutzung ihres Landes unnötigerweise Truppen und Zeit kosten könnte, die dringlicher bei der Hauptoperation gebraucht würden. Eintrittspreis und Durchmarschkosten sollten also einen hohen, aber vermeidbaren Blutzoll fordern. Die Neutralen und Blockfreien bemühten sich daher - wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß - um eine entsprechende Rüstung, ihre Strategie war jedoch ausschließlich defensiv ausgerichtet auf die effiziente Abhaltung, also die Verhinderung eines Durchstoßens ihres Staatsgebietes oder dessen Nutzung als Aufmarschbasis durch die NATO oder den Warschauer Pakt.

In dieser strategischen Ausrichtung spielte Österreich in gewisser Weise eine Sonderrolle und zeigte dabei eine eigene Inkonsequenz. Einerseits gestaltete sich die militärische Landesverteidigung nicht mit jenem Nachdruck, wie dies bei den anderen Neutralen und Blockfreien der Fall gewesen war, und andererseits verfolgte Österreich mit seiner so genannten „aktiven Neutralitätspolitik“ einen Sonderweg, der das Land nach New York und Genf zum dritten offiziellen Sitz der UNO werden ließ und auch Platz bot für Verhandlungen zwischen Ost und West, wie die Treffen Kennedy/Chruschtschow und Breschnjew/Carter in Wien medienwirksam aller Welt verdeutlichen konnten. Die Auffassung des Bundeskanzlers Dr. Kreisky zeigte sich deutlich, als er am Vorabend der Eröffnung der Wiener UNO-City am 22. August 1979 feststellte, „eine große

Armee würde uns mehr kosten und weniger bringen (als die UNO-City)“.³⁾ Nach einer anderen Version habe Dr. Kreisky gesagt, diese UNO-City sei mehr wert als zwei Panzerdivisionen. Und es war nicht nur Dr. Kreisky, der dieser Meinung war. Dieser österreichische Sonderweg in der strategischen Ausrichtung während des Kalten Krieges soll daher nun näher dargestellt werden.

Das strategische Denken in Österreich während der Zeit des Kalten Krieges

Österreich war nach einer zehnjährigen Besetzung durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1955 wieder in die staatliche Souveränität entlassen worden, allerdings nicht ohne Auflagen: Da war zunächst die Zusicherung zur Einhaltung einer „immerwährenden Neutralität“ gegenüber allen interstaatlichen Begebenheiten „nach dem Muster der Schweiz“, wodurch eine wenn auch noch so unwahrscheinliche Wiedervereinigung mit Deutschland oder eine Zuwendung zu einem der Machtblöcke verhindert werden sollte. Eine nähere Betrachtung der Vorgeschichte der Erklärung zur Neutralität zeigt jedoch, dass sich die österreichischen Verantwortlichen der Bandbreite und der Konsequenzen dieses Status allenfalls nur am Rande bewusst waren. Die SPÖ hatte sogar erhebliche Vorbehalte und sah einen anderen - blockfreien - Status als wünschenswert. Außerdem hatte man dem Land im Staatsvertrag von 1955 ein Verbot zur Ausrüstung der Streitkräfte mit Raketenwaffen auferlegt, das erst gegen Ende des Kalten Krieges im Jahr 1987 de facto wegfiel; damit war jeder modernen Bewaffnung für die Luftverteidigung und Panzerabwehr ein Hindernis vorgeschoben, das eine effiziente militärische Landesverteidigung und damit auch Wahrnehmung der Hinderungspflichten in Frage gestellt hatte. Zudem durften in die österreichischen Streitkräfte keine Offiziere eintreten, die in der deutschen Wehrmacht den Dienstgrad Oberst erreicht hatten, wodurch sich die Bildung eines auf politisch-strategischer Ebene denkenden und mitdenkenden Generalstabes und die Planung und Durchführung des dem Neutralitätsstatus angepassten Heeresaufbaus als besonders schwierig erwiesen. V.a. aber galt es, dies alles im Alleingang ohne Anlehnung an eine unterstützende Kraft zu bewerkstelligen - eben als Neutraler.

Zu dieser immerwährenden militärischen Neutralität hatte man aber 1955/1956 in Österreich, wie bereits angedeutet, weder bei der Masse der politischen Verantwortungsträger noch in den höheren Militärkreisen eine direkte Beziehung oder konkrete Vorstellungen, geschweige denn auch nur Ansätze einer darauf ausgerichteten Konzeption des neutralen Kleinstaates. Zwar hatte man ja den Hinweis „nach dem Muster der Schweiz“ als Aufhänger und Ausgangspunkt genommen, aber welche Konsequenzen daraus nun im gesamtstaatlichen und -politischen Sinn tatsächlich als Handlungs- und Organisationsanleitung (sowohl für die Außen- und Sicherheitspolitik als auch für die militärische Komponente) abzuleiten gewesen wären, blieb letztlich unbeachtet und bestenfalls eine Randfrage. Der bestehende Zusammenhang zwischen einer konsequenten

Neutralitätspolitik und deren militärischer Wahrnehmung im Rahmen der vom neutralen Staat geforderten Hinderungspflichten wurde nicht wirklich erkannt, jedenfalls nicht zum Ausgangspunkt weiterer Ableitungen gemacht. Daher erfolgte im militärischen Bereich in Umsetzung der bevorzugten Denkweise des „worst case“ eine Ausrichtung auf die „Verteidigung“, von deren auch nur ansatzweise erfolgreicher Wahrnehmung sich der erste Generaltruppeninspektor GendInf Erwin Fussenegger schon 1957 aber „meilenweit“ entfernt sah. Von militärischer Seite wurde zwar das militärische Potenzial der Schweiz irgendwie als Vorbild und visionäres Fernziel angesehen, aber schon in den ersten Beurteilungen hatte man erkannt, dass es wohl überaus schwierig werden würde, auch in Österreich die politische Unterstützung für eine derartige budgetäre Aufwendung mit allen Konsequenzen zu finden. Man hatte ja - bequemerweise - zunächst einige Ausrüstung von den bisherigen Besatzungsmächten, allen voran den USA, für rund zwei Divisionen erhalten und war in den ersten Budgetfestlegungen nicht gezwungen, für die materielle Ausstattung des Bundesheeres nachdrücklich zu sorgen. Diese „Unsicherheit“ in der Aufgabenstellung für das Bundesheer zeigt sich in aller Deutlichkeit in den verschiedenen Formulierungen des Wehrgesetzes zu diesem Punkt. Da wurde zunächst dann auch nur „der Schutz der Grenzen“ zugeordnet und kein Bezug zur Wahrnehmung der Neutralität hergestellt. Auch die Politik verfolgte also keine Ausrichtung des Neutralitätsinstrumentes Bundesheer gerade für diese doch so wesentliche Funktion. Konsequenterweise wurde die Bedeutung von für die Wahrnehmung der Hinderungspflichten im Luftraum ausreichenden Luftstreitkräften nicht erkannt und eine entsprechende Prioritätensetzung unterlassen. Dabei lag gerade in diesem Bereich erhebliche Brisanz für das neutrale Österreich, wie spätestens 1958 anlässlich der „Libanonkrise“ das Unterstützungsangebot der UdSSR erkennen ließ.

Die Ende Oktober 1956 ausgebrochene „Ungarn-Krise“ hätte bereits eine Chance geboten, ein für den zwischen den großen Militärböcken liegenden und neutralen Kleinstaat Österreich auch tatsächlich nutzbares und aufgrund der Ressourcenlage auch verwirklichtbares strategisches Konzept zu entwickeln, dessen Akzeptanz bei der Politik zu erwirken und daraus die erforderlichen taktischen und organisatorischen Ableitungen zu treffen. Aber man verblieb bei den Erfahrungswerten des gerade zurückliegenden Weltkrieges, sah nur eine Sicherung und Überwachung der Grenze vor und gab bei ersten Anzeichen einer eventuellen Ausweitung der militärischen Konfrontation in Ungarn Weisungen für eine Art hinhaltenden Kampf in westlicher Richtung, ohne dabei allerdings die Übereinstimmung mit der Politik zu suchen oder gar diese Maßnahmen auf ein neutralitätspolitisches Handeln oder abgestimmtes politisch-strategisches Ziel auszurichten. Schon damals zeigten sich erhebliche Differenzen zwischen der Außen- und der Verteidigungspolitik in den grundsätzlichen Auffassungen, und die folgenden Versuche unter Staatssekretär Dr. Karl Stephani zur Erarbeitung eines Landesverteidigungsplanes beschränkten sich in erster Linie auf das „Militärische“ und ordneten anderen Komponenten, wie etwa der Wirtschaft, eine

Funktion ausschließlich in diesem Zusammenhang zu. Versuche Dr. Bruno Kreiskys als Außenminister, eine Ausrichtung von Außenpolitik und Bundesheer auf gemeinsame Vorstellungen zu erzielen, erbrachten letztlich nur erhebliche Vorbehalte des späteren Bundeskanzlers gegenüber den im „worst case“-Denken befangenen höheren Repräsentanten des Bundesheeres und damit für längere Zeit auch getrennte Vorstellungen und Wege von Außen- und Verteidigungspolitik.

Aus diesen begrenzten und alternativlosen Überlegungen im militärischen Bereich entwickelten sich im Bundesheer eine geradezu permanente Frustration und eine Bandbreite von Spannungsfeldern intern und extern zu Öffentlichkeit und Politik. Das Militär sah sich in der Rolle desjenigen, dem die erforderlichen Mittel zum erfolgreichen Einsatz vorenthalten wurden, erkannte die unzureichenden Fähigkeiten des Bundesheeres zur Auseinandersetzung mit einem modernen Gegner in der „Schlacht“, verfolgte aber operative Überlegungen und taktische Verfahren, an deren Sinnhaftigkeit nicht nur die hohen Verantwortungsträger, sondern auch die kleinen Leutnants nicht wirklich glauben konnten. Und schon gar nicht die beobachtende Öffentlichkeit! Und daraus ergab sich die Unfähigkeit von Politik und Militär, gegenüber der breiten Öffentlichkeit die Bedeutung des Bundesheeres als sinnvolle militärische Komponente in der Handhabung und Wahrung der Neutralität zu vermitteln, damit also die uneingeschränkte Akzeptanz des Bundesheeres zu begründen und dem Volk verständlich zu machen, dass Aufwendungen für dieses Instrument einer wirksamen Neutralitätswahrnehmung der Allgemeinheit dienen und damit sinnvoll waren.

Als Ausweg aus diesem „Balanceakt auf dem Drahtseil“ der Motivation und Zielsetzung wurde im militärischen Bereich daher die Auffassung vertreten, man erwarte sich ja letztlich „Unterstützung“ durch den „Westen“, also durch die NATO. Ohne dies hinsichtlich Kapazitäten oder operative Möglichkeiten zu hinterfragen - oder allenfalls vorführend auszuloten -, wurde immer wieder etwa die Idee der „zusammenhängenden“ Abwehr in der Linie Villach-Salzburg vertreten und die Einwirkung der „grünen“ Luftstreitkräfte angenommen. In späteren Jahren wurde diese durch die Hinweise auf das erwartete „Wirksamwerden des internationalen Sicherheitsmechanismus“ ersetzt, offenbar setzte man Erwartungen in die UNO und die Hoffnung, eine Resolution dieser Organisation würde einen Angreifer zum unverzüglichen Abbruch seiner Operation oder gar zum schleunigen Rückzug veranlassen. Schließlich folgte daraus eine klare Verdrängung des strategischen Problems, man begnügte sich auf Seiten des Militärs mit der Bearbeitung operativer und taktischer Problemstellungen. Allerdings stand für die verantwortlichen Militärs auch fest, dass es eine Wiederholung des Jahres 1938 nicht mehr geben dürfe. Damals war das Bundesheer während des Einmarsches der Truppen Nazi-Deutschlands auf Geheiß der Politik in den Kasernen verblieben - Österreich war de facto kampflos eingenommen worden.

Dabei gab es wie bereits angeführt doch Ansätze für die Erarbeitung einer strategischen Konzeption. Diese

sollten ab 1957 beginnend von einer Arbeitsgruppe als Landesverteidigungsplan (LV-Plan) ausgearbeitet werden. Damit sollten präventive Aktionen der NATO in Westösterreich verhindert und die Abwehr gegen einen Angriff aus Ungarn und/oder der CSSR ausgerichtet werden. Man hätte daher also starke Kräfte in Tirol und im Osten des Landes benötigt. In der operativen Umsetzung sollte ein starker Grenzschutz die Sicherung der Grenze und später auch Verzögerung eines Angreifers übernehmen, während mobile Brigaden schwerkraftsmäßig dann jeweils einem vorstoßenden Angreifer entgegentreten sollten. Der Kampf sollte bis zur Erschöpfung der eigenen Mittel und Kräfte oder bis zur Hilfestellung von außen geführt werden. Damit wollte man v.a. militärisch zu einer günstigeren Ausgangsbasis für Verhandlungen nach einem Konflikt beitragen. Aber es war ein rein militärischer Plan ohne Verknüpfung mit einer übergeordneten Neutralitätspolitik und mit einer gewissen Vernachlässigung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse.

Immerhin gab es in diesen Entwürfen eines LV-Planes also doch eine strategische Dimension, wurden doch auch Aspekte des Zivilschutzes und ansatzweise auch einer wirtschaftlichen Komponente der LV angedacht. Damit hatte man im Sinne des Überlebens der Bevölkerung in einem Konflikt und in einer Handlungsfähigkeit des Staates, der als neutral nicht allen Erpressungsversuchen nachgiebig gegenüberstehen sollte, weiterführende Überlegungen eingebracht. Allerdings blieb es bei diesen Ansätzen, und die erarbeiteten Vorstellungen wurden ab 1959 nicht nachdrücklich weiterverfolgt, da in der Politik ein gewisses Unbehagen mit den strategischen Zielsetzungen eingetreten war, ohne jedoch auf diesem Wege geeignete Antworten für den neutralen Staat und dessen Heer und daraus abgeleitete politisch-strategische Vorgaben zu finden oder eine geeignete und erfüllbare Aufgabenstellung konkret zu definieren.

Nach der Ungarnkrise, von der Österreich nur am Rande betroffen gewesen war, stellten politische und militärische Führung einvernehmlich fest, dass im Fall eines Angriffes des Warschauer Paktes der Westen nicht zu Hilfe geeilt und Österreich daher auf sich alleine gestellt gewesen wäre. In Fortführung dieser Linie stand für den damaligen Außenminister Dr. Bruno Kreisky fest, dass ein kleiner neutraler Staat einerseits entsprechendes Interesse an der UNO haben und andererseits sich an UNO-Aktionen zur Vermeidung von Kriegen beteiligen sollte. Die Entwicklung des Jahres 1960 im Kongo und das im Juli 1960 vorliegende Ersuchen der UNO um Entsendung eines österreichischen Kontingentes bot dann die Gelegenheit, in dieser politisch-strategisch zweifellos positiven Richtung einzusteigen und damit direkt und indirekt einen Beitrag zur Sicherheit und Unabhängigkeit Österreichs zu leisten. Mit dem 2. Dezember 1960 verließen

erstmalig Angehörige des Bundesheeres das Gebiet der Republik, um im Rahmen einer multinationalen UNO-Operation an der Erhaltung bzw. Wiederherstellung des Friedens und an humanitärer Hilfe für die betroffene Bevölkerung mitzuwirken. Diese strategische Linie wurde über die Jahrzehnte weitgehend konsequent weiterverfolgt, und wenn sie sich auch während des Kalten Krieges nur auf die Mitwirkung im Rahmen der UNO beschränkte, wurde durch die zahlreichen Kontingente und Beteiligungen die außenpolitische und sicherheitspolitische Position Österreichs gestärkt und damit eine weit über die tatsächlichen Kapazitäten hinausgehende Wirksamkeit erreicht. Die Bestellung eines österreichischen Diplomaten zum Generalsekretär der UNO darf als Ausdruck der Anerkennung dieser österreichischen Bemühungen verstanden werden. Hier hatte man eine für den neutralen Kleinstaat wichtige und erfolgreiche Möglichkeit der Positionierung durch gute Dienste und konkrete militärische und humanitäre Beiträge gefunden. Darüber hinaus konnte sich darin zumindest eine gewisse Hoffnung auf eine Unterstützung durch den internationalen Sicherheitsmechanismus im „Falle des Falles“ für Österreich begründen.

Nach der Umgliederung des Verteidigungsressorts in den Jahren 1962/63 wurde die Organisation des Bundesheeres den strategisch-operativen Vorstellungen in dem Sinne angepasst, dass nunmehr jeweils drei bzw. vier Brigaden sozusagen ohne Mobilmachung auf „Knopfdruck“ verfügbar sein sollten, um im Bedarfsfall neben einem seit 1960 im Aufbau befindlichen Grenzschutz von zunächst 120 Kompanien rasch erste Maßnahmen an den bedrohten Grenzen setzen zu können. Obwohl nicht in diesem Sinne formuliert, hatte man sich unbewusst damit in die



BUNDESHEER/HBF

General Wilhelm Kuntner (Bild), einstiger Vertreter Österreichs in der KSZE in den 1970er-Jahren, konnte mit seinen Ansätzen und Forderungen nicht nur auf internationaler Ebene überzeugen, sondern damit auch einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit Österreichs leisten.

Richtung der Wahrnehmung der Hinderungspflichten eines neutralen Staates vorgewagt, sah dies aber nur in militärischer Hinsicht und nicht im Konnex mit einer politisch-strategisch konzipierten Neutralitätspolitik.

Immerhin wurde 1965 eine „Verteidigungsdoktrin“ als strategischer Überbau beschlossen, die ja eine Festlegung strategischer Anlassfälle beinhaltet und diesen auch Aufgaben und Zielsetzungen zuordnete. Mit der Abstufung vom „Krisenfall“ zum „Neutralitätsfall“ und letztlich „Verteidigungsfall“ war eine Ausrichtung der staatlichen Vorbereitungen ermöglicht, aber eine Verknüpfung mit einer expliziten Neutralitätspolitik war nicht erfolgt. Dabei scheint die Politik nicht an realistische Möglichkeiten, im Verteidigungsfall zu bestehen, geglaubt haben, wie die Weisung des damaligen Verteidigungsministers Dr. Georg Prader zur Herausnahme dieses Falles aus der „Operativen Weisung Nr. 1“ für die Vorbereitungen von Operationsplänen durch das Bundesheer unterstreicht. So wurden auch diese Operationspläne auf Einzelländer der Nachbarschaft (ausgenommen Liechtenstein und die Schweiz) ausgerichtet, und die Bearbeiter mühten sich redlich, die strategisch-politischen Ausgangssituationen für derartige „Einsatzfälle“ in plausibler Form auszuarbeiten, kamen dabei aber in Erkenntnis der Realitäten nicht umhin, dabei auf den jeweils umfassenden Zusammenhang im Rahmen der um Österreich „angesiedelten“ Bündnisse zu verweisen, auch wenn die daraus erforderlichen Schlussfolgerungen und Konsequenzen für den Kleinstaat Österreich und dessen recht begrenzte militärische Kapazität nicht gezogen wurden.

Als Höhepunkt und deutlich sichtbares Zeichen dieser politisch-strategischen und auch militärstrategischen Hilflosigkeit muss der „Einsatz“ des Bundesheeres in der CSSR-Krise im August 1968 bewertet werden. Die Bundesregierung konnte sich nicht zu der an sich geradezu selbstverständlichen Einstufung der Situation als „Krisen-

fall“ entschließen und entzog sich durch die Beschränkung auf einen „krisenhaften“ Zustand möglicherweise aus Ängstlichkeit vor einer Reaktion der UdSSR oder des Warschauer Paktes oder aber auch aus Gründen der Sparsamkeit und innenpolitischer Vorsicht der Notwendigkeit, die in der selbst beschlossenen „Verteidigungsdoktrin“ enthaltenen Maßnahmen für einen solchen Fall setzen zu müssen. Und so wurde das ohnedies nicht zur Verteidigung - v.a. im offenen Weinviertel und Wiener Becken - befähigte Bundesheer nicht an die Grenze entsandt und einem etwaigen Unwillen der Militärs durch Verlegung einiger Truppen in improvisierte Unterkünfte außerhalb der eigenen Garnison vorgebaut! Der im Wehrgesetz allerdings vorgesehene „Schutz der Grenzen“ wurde für das Bundesheer vollständig ausgeklammert, da auch die Grenzschutzkräfte nicht genutzt wurden und somit Zollwache und Gendarmerie die alleinige Last und Bürde dieser Aufgabe zu tragen hatten. Aber auch der Einsatz von Kräften des Bundesheeres am 6. September 1968 zum Schutz von wichtigen Flugplätzen in Österreich kann nur unter dem Gesichtspunkt verstanden werden, man wolle nicht ohne symbolischen Widerstand eine Verletzung der Neutralität oder gar Aggression hinnehmen. Der politische Abschluss dieses Einsatzes mit der Erklärung durch Verteidigungsminister Dr. Georg Prader, man habe die richtigen Maßnahmen getroffen und es sei ja alles richtig gelaufen, möge geradezu als Musterbeispiel strategischer Spitzfindigkeit gelten, und die nunmehr folgende harte Kritik und geäußerten Zweifel wurden zwar innerhalb des Bundesheeres als ungerecht empfunden, waren aber ein berechtigter Schlusspunkt unter eine Periode strategischer Nachrangigkeit. Dabei wäre es doch wohl ganz im Sinne der Wahrnehmung der Hinderungspflichten des Neutralen gewesen, dem Botschafter der UdSSR bei dessen „beruhigender“ Vorsprache beim Bundeskanzler klarzustellen, dass Österreich zur

Wahrnehmung von Hinderungspflichten geradezu verpflichtet sei und die Entwicklung der Situation in der CSSR nicht abschätzbar sei. Wer konnte schon garantieren, dass nicht Einheiten der CVA Widerstand leisten oder versuchen würden, über österreichisches Gebiet oder ganz nach Österreich auszuweichen? Und mit einem demonstrativen Einsatz des Bundesheeres nahe der Grenze eben in Erfüllung dieser Neutralitätsaufgabe hätte man mit großer Wahrscheinlichkeit auch in der Bevölkerung breite Zustimmung und Anerkennung des Bundesheeres - und damit seiner Erfordernisse - gefunden. Natürlich handelt es sich hier um eine Feststellung in der Rückschau, aber bei einiger Konsequenz von politischer und militärischer Führung wäre eine besondere Chance zu nutzen gewesen. Leider wurden derartige Überlegungen nicht einmal diskutiert.



Bundesheer/HBF

Österreich bemühte sich ab den 1950er-Jahren Gastland für internationale Konferenzen und Gipfelgespräche zu sein, und wurde somit zum „Ort der Begegnung“ zwischen Ost und West (Bild: die österreichische Staatsspitze empfängt den sowjetischen Staatschef Leonid Breschnjew [mi. li.] und US-Präsident Jimmy Carter [mi. re.] 1979 in Wien).

Ab 1967 entwickelten sich auch innerhalb des Bundesheeres einerseits Ansätze zu einer für den Kleinstaat realisierbaren und allenfalls Erfolg versprechenden operativen Konzeption mit neuer taktischer Ausrichtung, die das Denken des Zweiten Weltkriegs überwinden und an die inzwischen eingetretenen Änderungen in der militärischen Technologie und Operationsführung angepasst sein sollte. Durch diese neuartigen taktisch-operativen Verfahren sollte einem Angreifer klargemacht werden, dass er bei einem Stoß über Österreich eine erhebliche Einbuße an Kräften, Mitteln und v.a. Zeit zu erwarten hatte und er auch auf österreichischem Boden zu keinem schnellen und einfachen Erfolg gelangen würde. Der „Eintrittspreis“ und der „Aufenthaltspreis“ sollten sich ergänzen und damit eine abhaltende Wirkung erbringen oder zumindest nachdrücklich verhindern, dass ein Angreifer rasch vollendete Tatsachen schaffen und sich damit ungehindert der Möglichkeiten des Landes bedienen könne.

Der spätere Armeekommandant General Emil Spannocchi befasste sich eingehend mit diesen strategischen Ansätzen, nahm Auswertungen der einschlägigen Veröffentlichungen vor und fand in den Theorien zum Kleinkrieg, wie sie etwa von Mao Tse Tung, Che Guevara oder Giap vertreten wurden, den Schlüssel zu einem Konzept der „Verteidigung ohne Schlacht“. Dabei sollte durch Auflösung in kleine Elemente dem Angreifer keine Möglichkeit geboten werden, seine überlegene militärische Technologie entscheidend zur Vernichtung des Widerstandes einzusetzen. Wohl aber sollte eine Vielzahl von kleinen Kampfhandlungen Bewegung, Führung, Versorgung und Verbindung des Gegners beeinträchtigen, damit Kräfte binden und abnutzen und v.a. eine permanente Fortsetzung des Widerstandes möglichst im gesamten Land ermöglichen. Dabei fanden v.a. die von Mao Tse Tung vertretenen Phasen des Befreiungskampfes entsprechende Beachtung. Man konnte - so folgerte Spannocchi - durch Vorbereitung dieser Kampfführung im Frieden auf die erste Phase Maos, also jene der Organisation des Widerstandes als Folge der Unterdrückung durch den Aggressor, verzichten und somit von Anbeginn an einem Angreifer neben einem „Eintrittspreis“ auch einen hohen „Aufenthaltspreis“ abfordern. Konsequenterweise ergab sich daraus eine Abhaltewirkung, wenn der Gegner befürchten müsse, durch die Operationen in und über Österreich erheblich abgenutzt und zeitlich verzögert zu werden. Aber das Erfordernis der Wahrnehmung von Hinderungspflichten blieb dabei unberücksichtigt, und das Konzept nahm allenfalls einen militärischen Angriff und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Bevölkerung, Wirtschaft, Infrastruktur usw. in Kauf. Immerhin war die Ausrichtung auf „Abhaltung“ ein militärstrategischer „Fortschritt“ und ein Ausgangspunkt für die Einbringung in eine übergeordnete Neutralitätspolitik, auch wenn das ursprüngliche Konzept dann später durch Vorbereitung von stärker verteidigten Schlüsselzonen und -räumen in seiner „Wirksamkeit“ verstärkt und realistischer den Erfordernissen für die Demonstration der „Abhaltewirkung“ angepasst wurde, was bei den Repräsentanten der „reinen“ Raumverteidigung nicht immer positiv aufgenommen wurde.

Ab dem Jahr 1970 veränderte sich die innenpolitische Landschaft durch den Wahlsieg der Sozialistischen Partei und den Amtsantritt der Regierung unter Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky. Er sah, aus der Außenpolitik kommend, hier v.a. den Weg der Diplomatie und der Außenpolitik als entscheidend, betonte die Mitwirkung im Rahmen von Aktivitäten der UNO und sah die Prioritäten in der außenpolitischen Rolle als Mediator und Anbieter guter Dienste. Seine bereits angesprochene Feststellung im Jahre 1979, die UNO-City würde für ihn zwei Panzerdivisionen ersetzen, kann als deutlicher Ausdruck dieser Gesamthaltung verstanden werden, kürzer und prägnanter konnte es nicht gesagt werden. Hinsichtlich der Hinderungspflichten des neutralen Kleinstaates, die Kreisky im vollen Umfang erkannt hatte, wurde nach einer neuen Konzeption der militärischen Landesverteidigung gesucht. General Spannocchi wurde mit seinem Konzept zum Mann der Stunde und für den Bundeskanzler ein Garant progressiven Denkens sowie eines Neuansatzes, dem dafür ausreichender „Spielraum“, wenn auch nur mit begrenzter budgetärer Unterstützung, gewährt wurde. In einer militärwissenschaftlichen Arbeit, die dann auszugsweise auch in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift veröffentlicht worden war, waren die Grundlagen konkret abgeleitet und damit verständlich geworden, dass für einen Angreifer das rasche Durchstoßen oder Zerschlagen schwacher, konventionell kämpfender Kräfte nicht mehr zu erwarten sein würde und damit neue Gegebenheiten im Falle einer Einbeziehung Österreichs in eine Offensivoperation zumindest auf dem Boden vorliegen würden. Damit schien erstmals der militärstrategische Spielraum für den neutralen Kleinstaat vorhanden zu sein, um sich aus einem größeren Konflikt einigermaßen unbeschadet heraushalten oder zumindest den Schaden für die Bevölkerung verhindern oder minimieren zu können. Diese so genannte „Abhaltestrategie“ war eine glaubwürdige Option und wurde auch von der Politik sozusagen „dankbar“ angenommen. Dies wurde noch verstärkt durch eine im Frühjahr 1974 in einer österreichischen Wochenzeitung erfolgte Veröffentlichung des so genannten „Polarka“-Planes. Dieser sollte eine angebliche Warschauer Pakt-Planung für eine aus der Tschechoslowakei über Österreich gegen Jugoslawien geführte militärische Intervention darstellen und war aus amerikanischen Quellen einem österreichischen Journalisten zugespielt worden. Als Hintergrund für diesen Versuch, Nachdruck für Maßnahmen zur Stärkung der Effizienz des Bundesheeres zu bewirken, dürften wohl die Befürchtungen gestanden sein, die veröffentlichte Konzeption der Gesamtraumverteidigung würde einem modernen Ostangreifer relativ widerstandslos einen raschen Stoß durch das Alpenvorland in die Flanke der NATO in Süddeutschland ermöglichen und somit den Aufbau einer ausreichenden Abwehr durch die NATO und Frankreich in diesem Raum erschweren oder verhindern. Den Plan selbst hatte ein im Frühjahr 1968 aus der CSSR über Österreich geflüchteter und in den USA gelandeter General der tschechischen Volksarmee angeblich mitgeführt.

Allerdings verfolgte man von politischer Seite dieses strategische Konzept nicht mit dem notwendigen Nachdruck und insbesondere nicht mit der erforderlichen

finanziellen Bedeckung, zudem wurde als politisches Wahlversprechen der Wehrdienst von neun auf sechs Monate verkürzt. Damit war die politisch akzeptierte und offiziell unterstützte Konzeption einer Abhaltestrategie doch wieder einigermaßen entwertet worden. Offensichtlich setzte die hohe Politik nach wie vor mehr auf diplomatische Strategie und weniger auf militärstrategische Maßnahmen und nur sehr bedingt auf ein koordiniertes Zusammenwirken beider.

Bundeskanzler Kreisky hat seine außenpolitischen Vorstellungen in konsequenter Weise während der 1970er-Jahre verfolgt, und seine Bedeutung als strategischer Denker muss damit auch als außerordentlich bewertet werden. Er zeigte die diplomatischen Möglichkeiten des neutralen Kleinstaates auf und machte die Außenpolitik zum bestimmenden strategischen Faktor. Er betrieb aber auch die Bearbeitung eines Landesverteidigungsplanes und den Aufbau eines damit verbundenen staatlichen Krisenmanagements mit einer Koordinierung der verschiedenen Teilbereiche der Umfassenden Landesverteidigung. Neben dem Krisen-, Neutralitäts- und Verteidigungsfall wurde nun auch der Fall des „drohenden Angriffes“ einbezogen, der sich sowohl aus dem Krisen- als auch aus dem Neutralitätsfall oder allenfalls auch überraschend sozusagen „aus dem Stand“ entwickeln konnte. Damit entstand eine Konzeption, die bei voller Umsetzung tatsächlich den strategischen Anforderungen des neutralen Kleinstaates in der Krise gerecht und auch militärisch hätte umgesetzt werden können. Allerdings wurde dieser Landesverteidigungsplan erst fertig gestellt, als sein militärstrategischer Hintergrund mit der Konfliktsituation zwischen den großen Bündnissen bereits zu bröckeln begonnen hatte und die sich dann beschleunigende strategische Entwicklung den Plan schon wenige Jahre nach seiner Beschlussfassung als obsolet erscheinen ließ.

In der Umsetzung der militärstrategischen Konzeption der Raumverteidigung wurde von General Spannocchi erkannt, dass die von ihm vertretene ursprüngliche Taktik der „1.000 Nadelstiche“ durch Kleinkriegskräfte und Jagdkämpfer allein keine wirksame Behinderung oder Abnutzung des Gegners hätte erbringen können. Damit war aber kein brauchbarer Abhalteeffekt zu erwarten, denn ein Angreifer würde nicht die Inbesitznahme Österreichs und den Aufenthalt hier zum Ziel haben, sondern den raschen Stoß in das Gebiet des anderen Bündnissystems. Im unter diesen Bedingungen erwartbaren Falle eines raschen Vorstoßes einer Gruppierung des Warschauer Paktes durch das Alpenvorland nach Süddeutschland und damit in die weichere Flanke der NATO war dann allerdings mit der Einwirkung der NATO gegen diese Kräfte noch auf österreichischem Territorium zu rechnen. In den 1980er-Jahren bestätigte das deutsch-französische Manöver „Kecker Spatz“ diese Auffassung, wurde doch mit Bestürzung die Möglichkeit einer vorbeugenden nuklearstrategischen Option registriert. Wollte man also der Bevölkerung eine derartige Bedrohung ersparen, musste die eigene Abhaltewirkung gesteigert werden!

Dies geschah durch die Zusammenfassung stärkerer Kräfte des Bundesheeres in so genannten Schlüsselzonen. Diese hatten entscheidende Räume an Hauptbewegungslinien

möglichst nachhaltig zu sperren und dem potenziellen Gegner einen für deren Überwindung erforderlichen hohen Zeitaufwand und v.a. auch entsprechende Verluste und Desorganisation erwartbar zu machen. Die Festlegung dieser Zonen und die Zuordnung von territorialen, mobilen und mechanisierten Kräften wurden daher konsequent dem strategischen Ziel der Abwehr untergeordnet. Die Abhaltewirkung wurde zum bestimmenden Faktor und damit dann die Abhaltestrategie zu einem echten Element der Neutralitätspolitik.

Darüber hinaus jedoch soll General Wilhelm Kuntner erwähnt werden. Er wurde in den 1970er-Jahren zum militärischen Vertreter Österreichs in den angelaufenen Verhandlungen zwischen Ost und West im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, kurz KSZE genannt. Kuntner fand für die eigentlichen strategischen Fragen den richtungweisenden Ansatz und erhielt dafür international größte Anerkennung bei allen Beteiligten. Er ging von der Auffassung aus, dass neben anderen Aspekten v.a. im militärischen Bereich Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen den entscheidenden Beitrag zur strategischen Balance und Stabilisierung in Europa leisten sollten. Der Abbau der Bedenken vor einem überraschenden „Angriff“ des anderen Bündnissystems, der Verzicht auf verdeckte Konzentration von Truppen im Rahmen von so genannten oder tatsächlichen Manövern und die Offenlegung der Truppenstärken und Waffensysteme waren dabei die wesentlichen Aspekte. Aus dem Kreis der Neutralen kommend gelangte Kuntner in die Rolle des nach allen Seiten gleichmäßig agierenden strategischen Schiedsrichters und ausgleichenden Verhandlers, des Transporteurs unterschiedlicher Auffassungen, und am Ende standen somit eine Reihe von Kompromissen mit bedeutenden strategischen Auswirkungen. Hier gelang es wirklich, das Sicherheitsgefühl zu stärken und durch eine gewisse Ausgewogenheit Stabilität zu erzeugen. Mit diesen Bemühungen wurde ein entscheidender Beitrag zur Sicherheit Österreichs mittels Diplomatie und Militärdiplomatie geleistet. General Kuntner hat diese Aspekte wie kein Zweiter verstanden und umgesetzt, ist dafür eingetreten und hat dafür unermüdlich gearbeitet.

Die vertrauensbildenden Maßnahmen innerhalb der KSZE bildeten schließlich einen wesentlichen Beitrag zur Neuordnung Europas. Gewiss hatten die USA und die NATO mit ihrer Doppelstrategie von Nachrüstung mit Raketen des Typs „Pershing II“ und Marschflugkörpern in Verbindung mit Verhandlungen die konventionellen militärischen Anstrengungen der UdSSR und des Warschauer Paktes entwertet und der damalige US-Präsident Ronald Reagan mit seiner aggressiven Politik v.a. der Herausforderung durch die „Strategic Defense Initiative“ und deren finanziell-wirtschaftliche Dimension die Gegenseite zum Nachgeben genötigt, dass es aber in der UdSSR zu einem friedlichen Einlenken gekommen war, dazu haben die KSZE-Vereinbarungen einen wesentlichen Beitrag in sozialpsychologischer Hinsicht geleistet. Der durch Österreich während dieser Zeit des Kalten Krieges beschrittene Sonderweg zeigte hinsichtlich seiner strategischen Ausrichtung neben den Möglichkeiten zur militärischen Landesverteidigung im Sinne einer den Frieden

bewahrenden Abhaltewirkung auch Optionen für die Mitwirkung eines neutralen Kleinstaates in geostrategischen Dimensionen auf, KSZE und UNO bildeten die hierfür vorhandenen Plattformen. In dieser Zeit kam es auch in Österreich zu einer einheitlicheren Auffassung von Neutralitätspolitik und den erforderlichen politisch-strategischen Entscheidungen in Umsetzung derselben. Der Beitrag der Abhaltung wurde eingebettet in die Erkenntnis, dass alle politisch-strategischen Maßnahmen und Entscheidungen des neutralen Kleinstaates im Anfall eben auf die aktuelle Gesamtlage im europäischen Rahmen abgestimmt getroffen werden und dass das „Heraushalten“ oder zumindest die Minimierung der Konsequenzen als wesentliche Zielsetzung angesehen werden mussten.

Strategie und strategisches Denken mögen sich daher früher für die beiden Blöcke einfach dargestellt haben, der neutrale Kleinstaat hatte immer umfassende Strategien zu entwickeln, wollte er einerseits seiner Bevölkerung den friedlichen Bestand sichern und andererseits nicht in die Rolle des international ignorierten Nichts entschwinden.

Das strategische Denken in Österreich während der Phase des Umbruchs

Die nächste Entwicklungsepoche in der Geschichte des europäischen Kontinents nach dem Niedergang des bipolaren Kräfteverhältnisses bis heute ist als die „Phase des Umbruchs“ zu bezeichnen. Vorbei war nun die Zeit des relativen Friedens unter dem Damoklesschwert der totalen Vernichtung. Etwa ab dem Jahr 1990 hatte der Krieg wieder eine andere Gestalt angenommen. Und er war spätestens mit dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens nach Europa zurückgekehrt. Österreich war unmittelbar davon betroffen, kam doch nun erstmals der Fall eines „räumlich begrenzten Abwehrkampfes“ im Sinne des Raumverteidigungskonzeptes in Betracht, letztendlich blieb es jedoch bei einem Sicherungseinsatz direkt an der Staatsgrenze zum mittlerweile sich als unabhängig deklarierenden Staat Slowenien. Österreich sah sich plötzlich mit der militärischen Eskalation einer Situation konfrontiert, die zwar nach dem Tode Titos für Jugoslawien angenommen und in militärischen operativen Planungen bereits unter der Bezeichnung „Operationsfall Jugoslawien“ vorbereitet, aber dennoch v.a. politisch in dieser Vehemenz und seinen dramatischen Auswirkungen nicht für möglich gehalten worden war. Man war unmittelbar mit der Wahrnehmung von Hinderungspflichten konfrontiert und erfüllte diese Funktion erstmals mit Nachdruck und sah sich, von Ausnahmen abgesehen, mit diesem Einsatz bei Bevölkerung und Medien voll akzeptiert.

In diesen ersten 1990er-Jahren waren alle kommunistischen Regime in Osteuropa de facto gefallen, sogar die Sowjetunion hatte zu bestehen aufgehört und die KPdSU war verboten worden - eine in dieser Dimension unvorstellbare Trendwende hatte eingesetzt. In den meisten ehemaligen kommunistischen Volksrepubliken war die Revolution friedlich verlaufen - zu sehr hatte die einzelnen Völker die alte Herrschafts- und Gesellschaftsform mit ihren leeren Versprechungen nach einem besseren Leben

getäuscht, sodass niemand, außer der Nomenklatur selbst, dem verflornten Arbeiter- und Bauernparadies auch nur eine Träne nachweinen wollte. Andererseits stand für viele dieser Länder fest, dass es für den Bestand ihrer eben gewonnenen Freiheit nur eine Alternative zum politischen Bündnis des Warschauer Paktes geben konnte: den Wiedereintritt in ein anderes politisches Bündnis - eben die NATO. Die Neutralität galt - wenn überhaupt - nur als eine vorübergehende Option. Die mächtige NATO stand als Garant für Frieden und Sicherheit, waren es doch schließlich jene Staaten, die den Kalten Krieg gewonnen hatten und zudem die höchsten Lebensstandards in Frieden und Eintracht anboten.

Auch in Österreich wurde während dieser bewegten 1990er-Jahre sehr laut über einen NATO-Beitritt nachgedacht. Die Neutralität galt für viele als ein obsoletes Relikt aus der nunmehr erledigten Epoche des Kalten Krieges, zudem war Russland geschwächt, und ein Veto als ehemaliger Signatarstaat des Staatsvertrages von 1955 schien unter Boris Jelzin nicht sehr wahrscheinlich. Auch innerhalb der österreichischen Bevölkerung schien das Thema NATO zumindest eine Diskussion wert zu sein, und dies gilt für österreichische Verhältnisse als eine Art Sensation, war doch die Neutralität während der letzten 50 Jahre österreichischen Staatswesens in allen Schulen und beim Militär als die Säule österreichischer sicherheitspolitischer Handelns verkündet worden; sie bekam dadurch gewissermaßen identitätsstiftenden Charakter für die Zweite Republik. Die Garantie der Neutralität durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hatte in der österreichischen Volksmeinung zudem so etwas wie eine gelebte Wunschvorstellung ausgelöst, die der Neutralität als Begrifflichkeit bereits sicherheitsstiftende und beschützende Wirkung zuschrieb, gleich einem Talisman, den man zum Schutz gegen böse Geister mit sich herum trägt. Auch so mancher Politiker war von der Vorstellung erfasst gewesen, dass allein der scharf ausgesprochene Zaubersatz „Wir sind neutral!“ jeden Gegner von der böswilligen Absicht gegen das Land oder gar einen Angriff auf dasselbe abhalten würde. Aber die NATO wurde in dieser damaligen über gut fünf Jahre geführten Diskussion nach dem Wegfall der ideologischen Gegenstimmen der extremen Linken, für die die NATO nichts anderes als einen aggressiv-imperialistischen, kriegshetzerischen Militärblock bildete, als solides Bündnis zum Schutz der westlichen Wertegemeinschaft betrachtet. Die strategische Beurteilung ging also von der logisch stringenten Position aus, dass nach der Überwindung der Zweiteilung des Kontinents das jetzt anlaufende Zusammenwachsen der Länder Europas in allen Bereichen geschehen sollte. In sicherheitspolitisch-militärischer Hinsicht erschien die NATO für manche Persönlichkeiten in Österreichs Politik und Wissenschaft als der durchaus geeignete Rahmen für ein solches Ansinnen.

Allerdings wurde sich die Politik in Österreich nicht einig, und der auf Beamtenebene ausgearbeitete „Optionenbericht für die österreichische Sicherheitspolitik“ fand auf politischer Ebene der beiden Koalitionsparteien des Jahres 1998 keine gemeinsame Akzeptanz. Die NATO-Option bildete den Stein des Anstoßes, und damit war dieses „window

of opportunity“ auch schon wieder zu. Die Frage, ob ein NATO-Beitritt und ein konzeptiv und organisatorisch darauf spezifisch ausgerichtetes Bundesheer nicht doch kostengünstiger gewesen wären als die Beibehaltung des eher konservativen bisherigen Systems, wurde nicht wirklich sachlich diskutiert, sondern eher ideologisch abgehandelt. In den politischen Querelen der ausgehenden 1990er-Jahre und den Sanktionen durch die EU ging der Gedanke an eine mögliche NATO-Mitgliedschaft endgültig verloren, die Diskussion in der Bevölkerung war darüber verstummt. Das definitive Aus kam mit der Kriegserklärung der NATO im Rahmen des Bündnisfalles gegen den Terrorismus ab dem September 2001. Zwar wurde mit dem Beschluss einer „Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin“ im Jahr 2001 festgehalten: „*Der Erweiterungsprozess der NATO wird als ein Beitrag zur Förderung von Sicherheit und Stabilität in Europa begrüßt und liegt auch im sicherheitspolitischen Interesse Österreichs. Der sicherheits- und verteidigungspolitische Nutzen einer NATO-Mitgliedschaft wird von Österreich im Lichte der sicherheitspolitischen Entwicklungen laufend beurteilt und die Beitrittsoption im Auge behalten.*“⁴⁾ Gleichzeitig aber wurde diese Option mit der Zustimmung der Bevölkerung mittels Volksabstimmung verbunden. Zudem wurde diese Doktrin nur von den Regierungsparteien (ÖVP, FPÖ) beschlossen und nicht mit der für eine solche strategische Neuausrichtung des Landes (politisch-moralisch) notwendigen Verfassungsmehrheit. Nach 150 Jahren stückweisen Niederganges österreichischen Selbstverständnisses durch verlorene Kriege, Schrumpfung des Landes, Nazi-Verbrechensregime und Besatzungszeit hat der Österreicher heute die Nase voll vom Kriegführen, sofern es nicht unbedingt sein muss. Er gefällt sich weiter gut in der Rolle des Neutralen, der sich überall herauszuhalten versucht und eventuell, wenn die Gunst der Stunde es erlaubt, als Mediator oder humanitärer Helfer auftritt. Ein NATO-Beitritt ist daher heute kein Thema mehr.

Dennoch war das Land über ein politisches Bündnis nun in eine sicherheitspolitische Situation geraten, die sich in ihrer strategischen Dimension der Politiker des Jahres 1995 und davor nur sehr schwer vorstellen konnte. Österreich war mit Beginn dieses Jahres der EU beigetreten und hatte ohne viel Wenn und Aber den EU-Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992 unterzeichnet. In diesem Dokument war bereits von einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) die Rede, die letztendlich, irgendwann in ferner Zukunft, in einer gemeinsamen Verteidigung münden sollte.⁵⁾ Getragen sollte dies vom Bündnis der Westeuropäischen Union (WEU) werden, die sich gleichzeitig als militärischer Arm der EU und als europäischer Pfeiler der NATO etablieren sollte. Für Österreich standen jedoch mit dem EU-Beitritt wirtschaftspolitische Themen und v.a. die Angst, in dieser Hinsicht in Europa den Anschluss zu verlieren, im Vordergrund. Den sicherheitspolitisch-strategischen Aspekten eines solchen Schrittes wurde weniger Bedeutung beigemessen, und so trat die Republik inkonsequenterweise als Neutraler in ein „politisches“ Bündnis ein, das auch eine militärische Komponente aufweisen sollte. Außerdem wurden nun die für die WEU-Mitglieder gültigen so genannten Petersberg-

Bestimmungen in weiterer Folge als EU-Aufgaben im Rahmen der GASP übernommen. Darin ist ausgesagt, dass sich die einzelnen Mitgliedstaaten im gesamten Spektrum von Einsätzen - von humanitären Hilfeinsätzen über friedenserhaltende Maßnahmen bis hin zu friedensschaffenden Maßnahmen und dem Einsatz militärischer Mittel - beteiligen werden. Für Österreich mündete dies in einer Ergänzung der Bundesverfassung um den Artikel 23f (nach Lissabon 23j), der exakt diesen WEU-Passus nun als Verfassungsbestimmung festschreibt. Nebenher gilt jedoch noch immer das alte Neutralitätsgesetz, wodurch ein juristischer „Seiltanz“ ausgelöst wurde, der von der Allgemeinheit kaum nachvollzogen werden kann und soll, da er an der politisch-strategisch interessanten Situation nichts ändert und Österreich als Neutraler sich in einem sicherheitspolitischen Bündnis befindet, dessen Verschmelzung immer weiter voranschreitet.

Die strategische Ausrichtung innerhalb der Europäischen Union

Die Phase des sicherheitspolitischen Umbruchs in Europa bzw. für die EU ist noch nicht zu Ende, da noch zu zahlreiche Unwägbarkeiten vorhanden sind, die es erst zu lösen gilt. V.a. aber muss in sicherheitspolitisch-strategischer Hinsicht ein gemeinsames konstitutionelles Regelwerk geschaffen werden, das die sicherheitspolitische Ausrichtung und die daraus erfließenden militärstrategischen Aspekte verbindlich regelt. Einstweilen ist es gerade im sicherheitspolitischen Bereich notwendig, die einzelnen Mitgliedsländer hinsichtlich der Teilnahme an sicherheitspolitisch-militärischen Maßnahmen zu befragen. Für die bisherigen EU-Einsätze zur Stabilisierung und Befriedung des Umfeldes hat dieses Prinzip aufgrund der großteils vorhandenen Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander relativ reibungslos funktioniert, allerdings waren diese Einsätze zeitlich limitiert und hinsichtlich ihres Intensitätsgrades unterhalb der Schwelle des direkten militärischen Kampfeinsatzes zur Friedenserzwingung angesiedelt.

Es bleibt daher für alle Einsätze außerhalb des Unionsgebietes immer ein gewisses Maß an Unsicherheit vorhanden, ob bei allen künftigen Einsätzen dieses Maß an Solidarität wieder erreicht werden kann. Zudem bedarf es eines relativ langen Entscheidungsfindungsprozesses innerhalb der einzelnen Nationalstaaten, wie dies u.a. auch die Entsendung von EU-Truppen in den Tschad im Jahr 2008 gezeigt hat. Schlagkraft und Effizienz einer EU-Streitmacht werden durch diese Unsicherheitsfaktoren gemindert, weshalb es notwendig erscheint, auf EU-Ebene ein Streitkräfteelement einzurichten, das als „EU-Armee“ ausschließlich den Unionsgremien unterstellt ist und für den raschen Einsatz außerhalb des Unionsgebietes herangezogen werden soll.

Zu diesem Zweck wäre es notwendig, auf EU-Ebene eine Stelle zu etablieren, die einem nationalen Verteidigungsministerium gleichkommt, und darunter eine militärische Organisation aufzubauen, für die der bereits existierende EU-Militärstab den Nukleus bilden könnte. Die darin strukturierten Truppen einer EU-Armee wären durch eine eigens dafür zu schaffende Ergänzungsorgani-

sation anzuwerben und der nationalstaatlichen Kontrolle zu entziehen. Für die einzelnen Soldaten müssen, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in ihren Herkunftsländern, dieselben rechtlichen und besoldungsmäßigen Bestimmungen gelten, so wie dies bereits durch den ehemaligen Präsidenten des EU-Parlamentes Hans-Gert Pöttering mit der Initiierung des so genannten „SAFE-Projektes“ vorgeschlagen worden ist: „*Wenn wir diese Ziele erreichen wollen, brauchen wir zwischen dem heutigen Zustand, von zwar teilweise interoperablen, aber noch rein national organisierten Streitkräften und dem Fernziel einer künftigen Europäischen Armee ein verbindendes Zwischenglied.*“ SAFE steht für „Synchronized Armed Forces Europe“ und wäre zunächst im Eurokorps anzuwenden. In diesem Projekt werden einheitliche und gleiche Besoldung, einheitliches Disziplinarrecht und die Möglichkeit der Teilnahme für jeden geeigneten EU-Bürger angestrebt.⁶⁾ SAFE bildet damit einen Zwischenschritt hin zu einer Euro-Armee und wäre daher durch alle Mitgliedsländer zu unterstützen.

Diese anzustrebende Streitmacht auf EU-Ebene als sicherheitspolitisch-strategisches Ziel bildet jedoch nur einen Teil der gesamten Streitmacht in Europa ab, denn diese Armee ließe sich bei einem Angriff gegen europäisches Territorium nur als erste Abwehrmaßnahme verwenden, sofern sie als geschlossener Kampfverband überhaupt zur Verfügung steht und nicht bei Einsätzen in Übersee gebunden ist. Ihre Schlagkraft als Verteidigungsinstrument ist daher aufgrund ihres Kräfteumfangs begrenzt. V.a. verfügen solche Einsatzkräfte, die mehr auf Friedenseinsätze und Interventionen aller Art ausgerichtet sind, kaum über schwere Waffensysteme, wie beispielsweise eine schlagkräftige Panzerwaffe oder ein tief gestaffeltes Luftverteidigungssystem.

Demzufolge wäre innerhalb Europas ein zweiter Teil an Verteidigungskräften bereitzustellen, der zweckmäßigerweise durch die Nationalstaaten zu tragen sein wird und in ihrem Verantwortungsbereich verbleiben sollte. Diese als Reserven strukturierten Elemente wären grundsätzlich zur Heimatverteidigung einzusetzen, falls erforderlich, sollten sie aber die Kräfte auf der EU-Ebene verstärken können. Als Beispiel für eine solcherart konzipierte Landesverteidigung könnten die USA mit ihrem Nationalgarde-Konzept dienen. Im Grunde genommen bildet dies jedoch nichts anderes ab als die in vielen Teilen Europas vor dem Zweiten Weltkrieg ebenso gestaffelte Landesverteidigung. Für den österreichisch-mitteeuropäischen Raum war dies während der Zeit der Donaumonarchie die Aufteilung in die k.u.k.-Armee und Marine als schlagkräftige stehende Streitmacht des Gesamtstaates einerseits und die im zweiten Glied befindliche und nur zum Zwecke der unmittelbaren Landesverteidigung zu mobilisierende österreichische „Landwehr“ bzw. ungarische „Honved“ gewesen, die allenfalls durch den in der dritten Linie als letztes

Aufgebot zu verstehenden „Landsturm“ zu verstärken gewesen wären. Organisatorisch wäre daher dieses Konzept für die EU zu übernehmen und würde damit eine, hinsichtlich der Aufbietung von Truppen, effiziente und im Gegensatz zu umfangreichen stehenden Streitkräften kostengünstige Landesverteidigung erlauben.

Hinsichtlich der militärstrategisch-operativen Konzeption einer solchen Verteidigung und ihrer Möglichkeiten für den einzelnen Nationalstaat könnte das in seinen Grundzügen defensive und daher für angrenzende Staaten im Umfeld nicht bedrohliche Konzept der Raumverteidigung mit dem Aspekt der „Abhaltung“ wieder in Betracht gezogen werden, das gerade für die europäischen Verhältnisse der relativen Abgegrenztheit einzelner Geländeabschnitte und geografischer Räume sich als vielversprechend erweisen würde, da damit dem einzelnen EU-Mitglied eine individuelle Gestaltung seiner Landesverteidigung, angepasst an die jeweiligen Notwendigkeiten von Gebirgsländern, Ebenen, Küstenregionen usw. erhalten bleibt. Allerdings bedarf es dazu auch einer gemeinsamen Koordinierungsstelle der Verteidigungsanstrengungen auf EU-Ebene; die Gewichtung der Bedeutung der Verteidigungsministerien wäre daher eindeutig in Richtung von EU-Gremien zu verlagern.

Die im letzten Teil angestrebten Überlegungen bleiben jedoch Zukunftsmusik, bis die Mitgliedsländer der EU sich auf ein gemeinsames sicherheitspolitisches Programm zur Zusammenfassung der Verteidigungsanstrengungen einigen bzw. entschließen können. Bis zu diesem Zeitpunkt währt die Phase des Umbruchs, und jeder einzelne Nationalstaat hat für seine Verteidigung und die notwendigen Einsätze in Übersee selbst Sorge zu tragen. Allerdings sehen wir bereits jetzt, dass dieses System der nationalstaatlichen Eigenverantwortlichkeit sich als EU-strategisch ineffizient und kostenintensiv erweist, weshalb zahlreiche Länder bereits auf die Erhaltung einer



Bundesheer/HBF/Markt

Nach dem Zusammenbruch der bipolaren Machtverhältnisse und dem Beitritt Österreichs zur EU prägen Umbruchs- und Veränderungsprozesse, die noch nicht abgeschlossen sind und einer strategischen Neuorientierung in Richtung Union bedürfen, das Bundesheer (Bild: Stabsarbeit der EU-Battlegroup; Übung European Rhino 1).

effizienten Landesverteidigung de facto verzichten und sich ausschließlich um die Aufstellung von Eingreifkräften für internationale Einsätze bemühen. Diese Haltung könnte sich für überraschend auftretende Bedrohungen als äußerst kontraproduktiv erweisen und Europa in eine neue Unsicherheit stürzen. Es wäre also dringend an der Zeit, im sicherheitspolitisch-strategischen Kontext Vorsorgen zu treffen. Es darf in diesem Zusammenhang eine Aussage Otto von Habsburgs gebracht werden, der für die sicherheitspolitische Situation in Europa diagnostizierte: *„Es gibt nichts Gefährlicheres, als gleichzeitig reich und schwach zu sein. Reichtum fordert den Neid heraus und Schwäche den Aggressionstrieb.“*⁷⁾

Noch sind diese Zielvorstellungen lange nicht Realität, denn der Verzicht auf die Heranziehung der von der EU hoch gepriesenen „Battle-Groups“ für den Einsatz im Tschad zeigt doch, dass diese EU-spezifischen Elemente von der dahinter stehenden Zielsetzung noch weit entfernt sind. Natürlich spielen Fragen der Vermeidung von Doppelgleisigkeiten und v.a. damit verbundener Kosten eine entscheidende Rolle für die Masse der EU-Länder, die auch zugleich Mitglieder der NATO sind. Vor der Verwirklichung weiterführender EU-Vorstellungen bedarf es klarer Definitionen der Zielsetzungen im Rahmen der NATO und der EU oder sogar weiterführender Diskussionen über den Fortbestand der NATO. Realistisch betrachtet sind diese Überlegungen aber derzeit nicht aktuell, und die „Rückkehr“ Frankreichs in den Rahmen der NATO unter gleichzeitiger Zuordnung von zwei höheren Kommandostellen an französische Repräsentanten unterstreicht indirekt das sich abschwächende Vertrauen in die Wirksamkeit einer eigenständigen EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nur eine koordinierte Zuordnung von Aufgaben an NATO- und EU-Kräfte würde die Ableitung zweckmäßiger militärischer Strukturen ermöglichen, die sich nicht mehr an überholte Vorstellungen klammern, sondern eine eindeutige Ausrichtung auf gegenwärtige und v.a. zukünftige Herausforderungen aufweisen. Das würde - auch für Kleinstaaten - durch sektorale Beiträge die Kosten begrenzen und in erster Linie einen tatsächlichen „Nutzen“ erbringen. Dabei wird auch den USA so lange entgegenzukommen sein, als deren strategische Kapazitäten für einen Einsatz von NATO- oder auch EU-Kräften unerlässlich sind und die Kosten dafür ja nur von den USA aufgebracht werden. Die Entwicklung eigenständiger strategischer Kapazitäten im Rahmen der EU erscheint als ein im „Nebel der Zukunft“ verschwindender Vorgang. Dies zeigt allein schon die Entwicklung des Transportflugzeuges A-400 M mit den damit verbundenen erheblichen Schwierigkeiten, obwohl es sich dabei nur um eine „Randkomponente“ handelt.

Aber noch zahlreiche andere Aspekte stehen einer „übernationalen“ militärischen EU-Komponente entgegen, beginnend mit rechtlichen, völkerrechtlichen Fragen bis hin zur Diskussion über die Abgabe von Souveränität usw. Es wäre aber als politisch-strategisches Ziel doch einmal anzudenken und ernsthaft zu analysieren. Dabei könnten wohl auch unkonventionelle Lösungen ins Auge gefasst werden. Warum kann man nicht auf EU-Ebene einer der zivilen „Militär- und Sicherheitsfirmen“ die

Bereitstellung einer „Eingreifkraft“ für humanitäre oder ähnliche Einsätze übertragen, durch ein Regelwerk die soziale und rechtliche Stellung der Dienstnehmer klarstellen, den völkerrechtlichen Status definieren, ein Kontrollinstrument schaffen und nach Abklärung des Einsatzes mit den jeweils beteiligten Konfliktparteien dann abwickeln? Wahrlich ein ketzerischer Gedanke, aber im Zeitalter des Aufblühens derartiger ziviler Auftragnehmer und der innenpolitischen Sensibilität des Einsatzes bewaffneter Formationen der einzelnen EU-Staaten und der damit verbundenen Schwierigkeiten in der Bereitstellung der erforderlichen Kräfte und Mittel (siehe die Entsendung in den Tschad oder die Problematik nach einem Waffeneinsatz mit zivilen Opfern in Afghanistan) wäre die Suche nach anderen Lösungen sicherlich zweckmäßig, und so manches Dilemma könnte da vermieden werden.

Strategisches Denken ist wieder gefragt und sollte in seiner mittel- bis langfristigen Dimension national und übernational zum Tragen kommen. Das bedeutet das bewusste Sich-Lösen von anstehenden Wahlterminen aller Art und ein Freispielen vom tagespolitischen Geschehen. Das gilt ebenso für die EU-Mitgliedstaaten in der NATO wie für die kleineren Nicht-NATO-Mitglieder. Ideen und konsequente Analysen sind erforderlich, strategische Netzwerke wären zu nutzen, ein Aufbruch in neue - und jedenfalls andere - Zeiten wird nicht zu vermeiden sein.

Conclusio

Das strategische Denken in Österreich hat während der Epoche des Kalten Krieges einen Weg beschritten, der nur langsam zu einem brauchbaren sicherheitspolitischen Konzept hinführte und seinen Höhepunkt mit der so genannten „Raumverteidigung“ in den 1980er-Jahren erlebte. Zuvor war man aus den Erfahrungen der vorangegangenen Kriege und der Besatzungszeit nur sehr zögerlich bereit, jene als immerwährend Neutraler verpflichtend aufzubauende bewaffnete Macht auch entsprechend effizient zu etablieren. Die Politik versuchte durch eine geschickte diplomatische Strategie - über die Gewinnung Wiens als UNO-Standort und mit der Durchführung von UNO-Friedenseinsätzen - eine besondere Positionierung Österreichs in der Welt zu erlangen und damit einen entsprechenden Schutz für das Land zu erreichen. Die militärische Komponente der Landesverteidigung wurde angesichts der vermeintlichen Aussichtslosigkeit eines Abwehrkampfes gegen die überlegenen Paktarmeen als nachrangig angesehen. Dies änderte sich fundamental mit der militärstrategischen Konzeption der „Raumverteidigung“: Vordenker dieser Art einer Landesverteidigung, wie beispielsweise Mao oder Tito, hatten das Denken in den österreichischen Militärkreisen inspiriert. Es bot sich mit dieser Konzeption die Möglichkeit, auch einem überlegenen Gegner die Stirn bieten zu können. - Ziel war es, zunächst eine Abhaltewirkung zu erzielen und in weiterer Folge einen hohen Aufenthaltspreis zu verlangen. Der neutrale Kleinstaat Österreich hatte mit dieser militärstrategischen Konzeption einerseits und der diplomatisch-militärischen Schiene über die intensive Beteiligung an den Friedensbemühungen der UNO andererseits eine umfassende Landesverteidigung entwickelt,

die dem Staat auch in einer Paktauseinandersetzung Überlebenschancen einräumte.

Nach dem Kalten Krieg befand sich der neutrale Kleinstaat in einer Umorientierungsphase, die ihn sogar in die Nähe einer gemeinsamen Verteidigungskonzeption unter dem Schirm der NATO rücken ließ. Allerdings war diese Phase in militärischer Hinsicht von einer gewissen Orientierungslosigkeit gekennzeichnet, von der allerdings die meisten Staaten Europas erfasst worden waren. Das Zusammenwachsen und die Abschöpfung der Friedensdividende aus dem Kalten Krieg ließen viele Länder ihre Verteidigungsanstrengungen zurücknehmen, die Einführung von Berufsheeren galt als zielführend, und v.a. drängten viele Länder in die NATO. Österreich blieb in dieser Phase der heißen Diskussionen seiner Linie der Neutralität treu und behielt auch mit der allgemeinen Wehrpflicht die einzige einer Demokratie wirklich angemessene Wehrform bei. Der Eintritt in die EU erfolgte als neutraler Staat, der mit der Ausrichtung der Union hin zu einer angestrebten gemeinsamen Verteidigung von Österreich auch Solidaritätspflichten einfordert. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen und bedarf einer Neuausrichtung der strategischen Konzeption, die darin münden könnte, dass jenes Konzept der Zweistaffelung der Streitkräfte, wie dies in den USA existiert, übernommen wird. Demzufolge wäre auf der Ebene der EU eine EU-Streitmacht für alle Belange der gemeinsamen Außenwirksamkeit aufzubauen, um Friedenseinsätze und andere Operationen durchführen zu können. Im Bereich der Nationalstaaten sollte die unmittelbare Landesverteidigung organisiert sein, die auf das Konzept der Raumverteidigung zurückgreifen könnte und damit in einer milizartig strukturierten Form die Sicherheit der einzelnen Länder und damit der gesamten Union zu garantieren vermag. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Michael Kidron, Dan Smith: Die Aufrüstung der Welt - Ein politischer Atlas, Reinbek bei Hamburg 1983, Tafel 8.
- 2) Andreas W. Stupka: Strategie denken, Wien 2008, S.41.
- 3) Helmar Dumbs „Der Wiener Magnet für die Welt“. In: „30 Jahre UNO-City“, Sonderbeilage der „Presse“ vom 28.8.2009, S.1.
- 4) Österreichisches Bundeskanzleramt (Hrsg.): Österreichische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, Wien 2002, S.12f.
- 5) Vgl.: Vertrag von Maastricht/Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992/Titel V/Artikel J.4.
- 6) Vgl.: Rede von Honorarprofessor Dr. Hans-Gert Pöttering anlässlich der Siebenten Berliner Sicherheitskonferenz zum Thema: „Neue Entwicklungen und Ansätze für ein Europa der Verteidigung“, Berlin, 10. November 2008.
- 7) Vgl.: Otto von Habsburg: Europa - Sicherheitspolitik in stürmischen Zeiten, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 3/2002, S.265.



Horst Pleiner

Geb. 1941; General i.R.; 1960-1963 Theresianische Militärademie; 1963-1969 Jägerschule Saalfelden; 1969-1972 Generalstabskurs; 1972-1975 Lehroffizier an der Landesverteidigungsakademie; 1975-1978 Kommandant 8. Generalstabskurs an der Landesverteidigungsakademie; 1978 BMLV - Operationsabteilung; 1979-1980 Kommandant Landwehrstammregiment 32; 1980-1990 BMLV - Führungsabteilung; 1990-1999 BMLV - Generalstabsgruppe B; 2000-2002 Generaltruppeninspektor; seit April 2003 im Ruhestand.



**MMag. DDr.
Andreas W. Stupka**

Geb. 1963; Oberst des Generalstabsdienstes; 1982 Eintritt in die Streitkräfte; 1984-1987 Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärademie zu Wiener Neustadt; 1987-1994 Truppendienst Fliegerabwehr und Infanterie; 1994-1997 Generalstabsausbildung an der Landesverteidigungsakademie zu Wien; ab 1997 Hauptlehroffizier und Lehrgangskommandant an der Landesverteidigungsakademie; Studium Politikwissenschaft/Philosophie Universität Wien, 2002 Promotion Dr. phil. (Politikwissenschaften); abgeschlossene Journalistenausbildung/Medienakademie Salzburg; ab März 2001 Chefredakteur/ÖMZ; 2003-2004 Bataillonskommandant; 2005-2006 Chief of Staff/UNDOF (Syrien/Israel); seit September 2008 Leiter des Institutes für Human- und Sozialwissenschaften/IHSW an der Landesverteidigungsakademie; 2010 Promotion Dr. phil. (Philosophie).

Von der Strategie

Denkanstöße für Strategen (Teil 1)

Wolfgang Puztai

„A statesman's test is whether he can discern from the swirl of tactical decisions the true long-term interests of his country and devise an appropriate strategy for achieving them.“ (Henry Kissinger)

Beis zum Beginn der 1990er-Jahre übernahm der Kalte Krieg eine der wichtigsten Aufgaben für Strategen: das Setzen von Prioritäten. Durch die starren Strukturen war der Handlungsspielraum insbesondere für europäische mittlere und kleinere Staaten sehr eingeschränkt. Das Aufbrechen dieser alten Gegebenheiten mit dem Ende des Kalten Krieges führte zu einem gestiegenen Spielraum. Dem einzelnen Akteur stehen nun mehr Werkzeuge („tools of strategy“) zur Verfügung, die - richtig eingesetzt - zum Erreichen von priorisierten Zielen führen können. Es bieten sich dafür auch mehr Gelegenheiten („opportunities“), denen aber auch mehr Bedrohungen („threats“) gegenüberstehen.

Stand früher eine existenzielle Bedrohung, deren Eintrittswahrscheinlichkeit aber gering war, im Vordergrund der Überlegungen, gibt es nunmehr verschiedene Bedrohungen auf unterschiedlichem Niveau mit jeweils unterschiedlicher Wahrscheinlichkeit, die zu berücksichtigen sind. Es liegt an jedem einzelnen Staat, jedem einzelnen Akteur, die sich bietenden „opportunities“ zum

eigenen Nutzen zu ergreifen, die Geschehnisse zeitgerecht zu beeinflussen - allein oder im Verbund mit Partnern - und den „threats“ rechtzeitig zu begegnen.

Die Voraussetzung dafür ist allerdings das Entwickeln einer geeigneten Strategie.

Was ist „Strategie“?

Definition von Strategie

Es gibt unzählige Definitionen von Strategie.

Das U.S. Department of Defense definiert „Strategy“ wie folgt: „A prudent idea or set of ideas for employing the instruments of national power in a synchronized and integrated fashion to achieve theater, national, and/or multinational objectives.“¹⁾ Für „Harvard Business Essentials“ ist Strategy: „A plan that will differentiate the enterprise and give it a competitive advantage over rivals.“²⁾ Die Definition von „Strategie“ im „Wörterbuch zur Sicherheitspolitik“ lautet: „Grundsätze einer umfassenden Planung zum Gebrauch vorhandener Ressourcen und Machtmittel zur Erreichung politischer Ziele.“³⁾ Reduziert auf das Wesentliche ist eine „Strategie“ ein Plan für das koordinierte Anwenden von Ressourcen („means“) zur Erreichung von Zielen („ends“).⁴⁾

Hierarchie der Strategien

Bei der Diskussion über Strategie sind viele Begriffe im Umlauf, die oft widersprüchlich und manchmal sogar falsch verwendet werden. Aufgrund der oftmals herrschenden Verwirrung erscheint es daher zweckmäßig, eine „Hierarchie“ der Strategien basierend auf gängigen Definitionen festzulegen.

Im Zentrum dieser Arbeit steht das Entwickeln einer „Foreign Affairs Strategy“. Diese ist breiter angelegt als die National Security Strategy und kann wie folgt definiert werden: „Foreign affairs strategy might be briefly defined [...] as an evolving written or mental plan for the coordinated use of all the instruments of state power to pursue objectives that protect and promote the national interests.“⁵⁾ Die Erarbeitung der anderen, oben erwähnten Strategien kann auf sehr ähnliche Art und Weise erfolgen.

Was ist „Policy“?

Strategie nimmt stets ihren Ausgang in der realen Welt und hat im Wege von policy ihre Auswirkung auf die reale Welt. Policy beeinflusst ihrerseits wiederum die Weiterentwicklung der Strategie. Sie kann wie folgt



1) Das U.S. DoD Dictionary definiert NSS wie folgt: "A document approved by the President of the United States for developing, applying, and coordinating the instruments of national power to achieve objectives that contribute to national security" (Department of Defense, Dictionary of Military and Associated Terms (Joint Publication 1-02) (Washington D.C., 2010), 321.)

2) "For the role of grand strategy - higher strategy - is to co-ordinate and direct all the resources of a nation, or band of nations, towards the attainment of the political object of the war - the goal defined by fundamental policy." (Basil H. Liddell Hart, Strategy, 2nd revised edition (New York: Meridian, 1991), 322.)

3) Militärstrategie ist die koordinierte Anwendung von „military means“ zum Erreichen von „military ends“ im Rahmen einer Strategie zur Erreichung höher politischer Ziele (nach Clausewitz' Denken).

definiert werden: „Policy is best defined as the statements and actions of government.“⁶⁾

Abb.2 Der Strategy - Policy Kreislauf



Quelle: Autor

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Dieter Hüttner

Kleinststaaten und Foreign Policy

Man könnte sich die Frage stellen, ob für einen Kleinststaat eine „Foreign Policy“ jenseits von Konsularaktivitäten überhaupt erforderlich ist. Es ist jedoch auch die Aufgabe des Staates, den Schutz seiner Bürger sicherzustellen.^{7,8)} Die fortschreitende Globalisierung führt dazu, dass ein „Inseldenen“ zunehmend erschwert wird. Ereignisse, die weit weg von den eigenen Grenzen stattfinden, können eine unmittelbare oder mittelbare Auswirkung auf die Sicherheit des eigenen Staates haben oder auch eine Gelegenheit zum Verfolgen der eigenen Interessen bieten. Eine Begegnung dieser threats und ein Ergreifen der sich bietenden opportunities erfordert auch für den Kleinstaat eine entsprechende foreign policy, was wiederum die Notwendigkeit entsprechenden strategischen Denkens mit sich bringt.

Jeder Staat hat Interessen, eigene und solche gemeinsam mit Partnern. Diese stehen aber aufgrund der eingeschränkten Ressourcen miteinander in Konkurrenz. Strategisches Denken bietet die Möglichkeit, diesen Konflikt durch das Setzen entsprechender Prioritäten bestmöglich zu lösen.

Ein framework für strategisches Denken

Eine Strategie muss v.a. ends & means im Rahmen einer langfristigen Vision in Einklang bringen. Sie muss aber auch zahlreiche weitere Charakteristika aufweisen, wenn sie erfolgreich sein soll.

Abb.3 Charakteristika der Strategie



Quelle: Autor

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Dieter Hüttner

Ein Produkt, das diesen Charakteristika nicht entspricht, mag eine akademische Übung oder ein Parteiprogramm sein, aber keinesfalls eine Erfolg versprechende Strategie.

Strategisch Denken ist eine interdisziplinäre Aufgabe. Es enthält u.a. Elemente der Philosophie, der Politik, der Wirtschaft, des Managements und der Führungskunst. Strategie ist Kunst und Wissenschaft zugleich. Im Zentrum der Arbeit eines Strategen steht das klare Erkennen der außergewöhnlich komplexen Zusammenhänge der Elemente und Begriffe („concepts“) der Strategie.

Wichtigste Elemente/Concepts des strategischen Denkens

- | | | |
|----------------|---------------------|---------------------------|
| •resources | •national interests | •risk / costs |
| •plan | •environment | •constraints / restraints |
| •instruments | •means | •ends |
| •opportunities | •end state | •principles / values |
| •objectives | •threats | •power |
| •statecraft | | •influence |

Diese Komplexität strategischen Denkens verlangt nach einem strukturierten Ansatz, der möglichst alle relevanten elements/concepts berücksichtigt. Ein solches framework kann jedoch kein „Beurteilungsschema“ sein, das der Reihe nach abgearbeitet wird. Auch wenn man bei einem Punkt beginnen muss, ist es ständig als Ganzes zu erfassen. Laufende Vor- und Rücksprünge zwischen den einzelnen Schritten, ständiges „Nachbessern“ und das Überprüfen des eigenen Denkens sind für das erfolgreiche Erarbeiten einer Strategie erforderlich.

Die einzelnen Schritte strategischen Denkens

Ein framework für strategisches Denken muss drei Schritte abdecken.

Erster Schritt

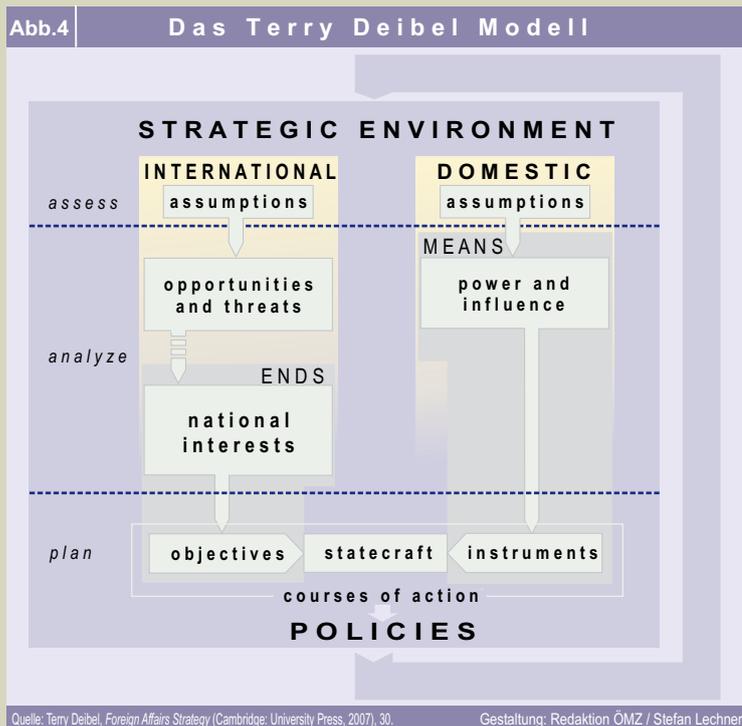
Strategisches Denken beginnt in der Realität und endet in der Realität. Es ist daher stets in der Realität verhaftet. Diese bildet das „strategische Umfeld“ („strategic environment“) - zuhause („domestic context“) und international. Das strategic environment steht daher als erster Schritt am Anfang aller Überlegungen. Eine gute Strategie reflektiert ein tiefgehendes und v.a. ehrliches Verständnis des strategischen Umfeldes ohne jedes Wunschenken. Dies gilt sowohl für den domestic context als auch für das internationale Umfeld, für Partner und (mögliche) Gegenspieler. Das realistische Erfassen des strategic environment ist oft entscheidend für Erfolg oder Misserfolg einer Strategie.

Zweiter Schritt

Im zweiten Schritt werden opportunities & threats analysiert, die sich aus dem strategic environment ergeben, sowie ends & means. Die wichtigsten Fragen sind: Was sind die fundamentalen nationalen Interessen, die die Strategie unterstützen muss und welche Ressourcen stehen für die Verfolgung der Strategie zur Verfügung?

Dritter Schritt

Im dritten Schritt erfolgt schließlich die eigentliche Planung. Dabei werden die von den nationalen Interessen abgeleiteten Ziele („objectives“) mit den verfügbaren Instrumenten („instruments of state power“) verbunden und „courses of action“ erarbeitet. Diese wiederum fließen über policies in die reale Welt ein. Eine erfolgreiche



Strategie führt damit letztendlich zu einer Beeinflussung des internationalen Umfeldes und seiner Akteure im Sinne der eigenen Interessen durch policy.

Auch wenn diese Schritte hier sequenziell dargestellt werden, sei nochmals darauf hingewiesen, dass in der Praxis ein laufendes Überprüfen und Überarbeiten der einzelnen Schritte erforderlich ist.

Das Terry-Deibel-Modell

Eines der erprobten frameworks für strategisches Denken ist das „Terry-Deibel-Modell“,⁹⁾ das auch am National War College der National Defense University der US-Streitkräfte vermittelt wird.¹⁰⁾ Die folgende Darstellung lehnt sich an dieses bewährte Modell an.

Erster Schritt: Assess

International Strategic Environment

Eine Grundvoraussetzung für das erfolgreiche Entwickeln einer Strategie ist ein profundes Verständnis des „international strategic environment“. Es gilt, die internationalen Akteure, die Strukturen, die dynamischen Vorgänge, die Grundsätze der Geopolitik und andere Aspekte zu erfassen und ein möglichst weitgehendes Verständnis zu entwickeln. Aufgrund der Komplexität des internationalen Umfeldes ist es zumeist vermessen, von festgestellten „Fakten“ zu sprechen. Dies ist umso mehr der Fall, als es auch einzuschätzen gilt, wie andere Strategen denken, agieren und wie sie auf eigene Handlungen reagieren werden. Es scheint daher angebracht, anstatt von Fakten von „Annahmen“ („assumptions“) auszugehen.

Diese assumptions legen das Fundament für das weitere Denken und beeinflussen das Anlegen der Strategie entscheidend. Falsche Annahmen können bereits am Beginn des Vorganges den Weg zu großen Schwierigkeiten oder gar zu einem Fehlschlag weisen.

Die argentinische Annahme, dass Großbritannien 1982 den Verlust der Falkland-Inseln hinnehmen werde, erwies

sich als falsch. Sie führte zu mangelhaften Vorbereitungen und zum Einsatz von teilweise ungeeigneten Kräften - und damit zur Niederlage.¹¹⁾ Die Annahme der USA, die irakische Bevölkerung würde 2003 die amerikanischen Streitkräfte als Befreier begrüßen, führte zum Einsatz von viel zu geringen Kräften, einer mangelhaften Planung der Phase nach dem militärischen Sieg und damit zur Eskalation der Lage.¹²⁾

Im Zuge der Gespräche zum Erzielen einer gesamtjugoslawischen Friedenslösung 1995 wurde eine Einbeziehung der Kosovofrage vermieden, „weil Belgrad unter solchen Umständen gegenüber Kroatien und in der Bosnienfrage nicht in dem erhofften Maße zu Kompromissen bereit gewesen wäre. [...] Würde erst einmal der Krieg zwischen den Hauptkontrahenten beigelegt und eine Nachkriegsordnung hergestellt sein, dann könnte man sich dem Nebenschauplatz Kosovo zuwenden; ...“¹³⁾ „Das Kalkül der internationalen Gemeinschaft sollte sich jedoch als fatale Fehleinschätzung erweisen.“¹⁴⁾

Diese Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, assumptions realistisch anzulegen. Diese müssen einer kritischen Würdigung standhalten und laufend hinterfragt werden. Es ist auch geraten, Experten aus den verschiedensten Fachrichtungen und ihre Analysen für die Ausarbeitung heranzuziehen. Botschaften entwickeln oft ein gutes Verständnis über die Absichten und Möglichkeiten ihrer Empfangsstaaten. Nachrichtendienstliche Erkenntnisse können ein sehr nützliches Korrektiv darstellen und sollten laufend zum Verifizieren der assumptions genutzt werden.

Internationale Akteure

Die wichtigsten assumptions haben mit den anderen relevanten internationalen Akteuren, freundlichen wie auch anderen, zu tun. Für den Strategen ist es wesentlich, deren Interessen, Motive, Ressourcen, Ziele und die realistischen Möglichkeiten zur Zielerreichung möglichst zutreffend einzuschätzen (ends & means).

Neben den staatlichen Akteuren agiert heute eine stets steigende Anzahl internationaler Organisationen, supranationaler Organisationen, Konzerne, Religionen, NGOs, krimineller Gruppierungen und Terrorgruppen, ja sogar mächtiger Einzelpersonen auf der internationalen Bühne. Die Liste dieser „non-state actors“ könnte noch erweitert werden. Besonders wichtig ist es zu verstehen, wie die einzelnen Akteure zu ihren Entscheidungen kommen, welchen Einflüssen sie zuhause und im internationalen Umfeld ausgesetzt sind und welche Werkzeuge ihnen zur Verfügung stehen. Diese können vom Selbstmordattentäter, erheblichen finanziellen Mitteln und Entwicklungshilfe über die Stimme in internationalen Organisationen und Streitkräfte bis hin zu Nuklearwaffen reichen. Es muss beurteilt werden, wie diese Werkzeuge praktisch zum Einsatz kommen können.

Kategorien

Aufgrund der großen Anzahl an internationalen Akteuren ist es meist zweckmäßig, diese zu kategorisieren, ohne aber den notwendigen Blick für die Unterschiede zu verlieren. Die folgenden beispielhaft ausgewählten Modelle unterstützen den Strategen u.a. bei der Erarbeitung

des großen Lagebildes, das später auch als Korrektiv für die eigenen Detailschätzungen dient.

Der Harvard-Professor und Berater des US-Außenministeriums, Samuel Huntington, stellte fest: „*Civilization Identity will be increasingly important in the future, and the world will be shaped in large measure by the interactions among seven or eight major civilizations.*“¹⁵⁾ Zu diesen zählte er die westliche, konfuzianische, japanische, islamische, hinduistische, slawisch-orthodoxe, lateinamerikanische und möglicherweise die afrikanische Zivilisation.¹⁶⁾

In Anlehnung an verschiedene Ausführungen von Dr. Tomas Ries¹⁷⁾ und den U.S. Joint Chiefs of Staff können die Akteure in drei Welten aufgeteilt werden: die „globalizing community“, „modern states“ und „premodern world“, die jeweils über bestimmte Charakteristika verfügen. Diese Welten beeinflussen sich gegenseitig, was zu diversen Reaktionen und auch Konflikten führt. Ein wesentliches Problem ist, dass 65% der Weltbevölkerung in der „zone of misery“ in der „premodern world“ leben. Die wachsende Globalisierung und die aktuelle Wirtschaftskrise beschleunigen die erwähnte gegenseitige Beeinflussung und auch die Gefahr von Konflikten.

Weitere Möglichkeiten sind beispielsweise die Kategorisierung nach dem Umfang der relativen Macht oder nach den Zonen der Stabilität und Instabilität. Es ist aber nicht immer möglich, alle Akteure in eine Kategorie einzuordnen. Andere wiederum fallen in mehrere Kategorien. Vor der Bearbeitung einer konkreten Angelegenheit ist zu überlegen, welche Art von Kategorisierung für welches Problem relevant ist.

Dynamische Vorgänge und Geopolitik

Noch wichtiger als das Erfassen der internationalen Strukturen sind für den Strategen assumptions über die dynamischen Vorgänge. Wenn man in der Lage ist, die Schlüsselverbindungen zwischen einzelnen Akteuren und den Gruppen von Akteuren zu verstehen, kann man möglicherweise einzelne Elemente manipulieren, um dadurch eine Beeinflussung anderer im Sinne der eigenen Interessen zu erreichen.

Eine wesentliche Ausgangsfrage ist, ob die internationalen Beziehungen völlig anarchisch verlaufen, oder ob es gewisse „Gesetzmäßigkeiten“ gibt. Funktionieren sie mechanisch nach dem Newton'schen Weltbild und sind sie damit determinierbar, weil sie linear nach der vorhersehbaren Interaktion zwischen Objekten und Kräften mit wenigen Variablen verlaufen? Oder entwickeln sie sich nach Darwin evolutionär weiter? Oder revolutionär?

Die „Chaos-Theorie“ und strategisches Denken

Steven Mann¹⁸⁾ befasst sich mit der modernen naturwissenschaftlichen „Chaos-Theorie“ und ihrer Anwendung auf das strategische Denken.¹⁹⁾ Die Kernprinzipien dieser Theorie sind:

- „*Chaos theory applies to dynamical systems [...] - systems with very large numbers of shifting component parts;*
- *Within these systems, nonperiodic order exists; seemingly random collections of data can yield orderly nonrecurrent patterns;*
- *Such 'chaotic' systems exhibit sensitive dependence upon initial conditions; a slight change in any one of*

the initial inputs leads to disproportionately divergent outcomes.

- *The fact that order exists suggests that patterns can be predicted in at least weakly chaotic systems.*“²⁰⁾

Auf einen Sandhaufen - ein stabiles System - können laufend Sandkörner gestreut werden, ohne dass etwas Nennenswertes passiert, bis schließlich ein weiteres Korn einen Sandrutsch auslöst. Danach ist das System wiederum relativ stabil. Gleiches gilt für die internationalen Beziehungen. Kleinere, für sich relativ unbedeutende Ereignisse können eine Lawine von Ereignissen auslösen, die das gesamte System durcheinander bringen (vgl. das Attentat von Sarajevo 1914). Nach der „Chaos-Theorie“ ist es demnach sehr schwierig, langfristige Voraussagen zu tätigen. Je mehr Akteure einbezogen werden müssen, desto schwieriger wird dies.

Auf der anderen Seite bietet sich u.U. die Möglichkeit, durch rechtzeitig gesetzte Maßnahmen eine Beeinflussung des Gesamtsystems im eigenen Sinn zu erreichen. „*The true aim of national strategy is shaping the broad context of security affairs, achieving the desired end state with the mildest upheaval.*“²¹⁾

Je nachdem, ob der Strategie einer dieser Theorien oder einer anderen anhängt, schätzt er künftige Entwicklungen mehr oder weniger konkret ein. Dementsprechend ist die Bandbreite von künftigen Ereignissen, auf die die Strategie abgestimmt werden muss.

Das Ausweiten der Macht

Staaten können Macht („power“) auf zwei verschiedene Arten erlangen und ausweiten. Nach der einen Möglichkeit werden über wirtschaftliches Wachstum entsprechende finanzielle Ressourcen erlangt und andere Werkzeuge, von Diplomaten über Entwicklungshelfer bis hin zu kompletten Streitkräftepaketen, „zugekauft“. Die zweite Möglichkeit ist es, Partner zu suchen und Allianzen einzugehen, um gemeinsam gleiche oder ähnliche Ziele zu verfolgen. Insbesondere für kleinere und mittlere Staaten wird diese zweite Möglichkeit oft die Erfolg versprechendere sein, wobei allerdings eine Eigenleistung abverlangt wird.

Die Polarität des internationalen Systems

Für die Einschätzung der eigenen Handlungsmöglichkeiten ist es auch wichtig, die Polarität des internationalen Systems zu verstehen. Über die Jahrzehnte des Kalten Krieges hinweg war dieses bipolar gestaltet. Mit dem Ende der Sowjetunion ist die Lage nicht mehr so eindeutig. Joseph Nye, der ehemalige Dean der „Harvard's John F. Kennedy School of Government“, teilt die militärische, die wirtschaftliche und die transnationale Dimension der Macht in ein „three-tiered image“ ein.²²⁾ Demnach ist die Welt unipolar hinsichtlich der Military Power und multipolar bezüglich der Economic Power. Im Hinblick auf die transnationale Dimension der Macht ist sie schlichtweg diffus.

Die „Balance of Power“-Theorien

Jahrhundertlang verfolgte Großbritannien am europäischen Kontinent eine „balance of power“-Politik. Dabei wurde alles darangesetzt, ein Gleichgewicht der

Kräfte zu erhalten, um eine überwältigende Bedrohung für das eigene Empire zu vermeiden. Auch heute noch ist dieses Prinzip der *balance of power* von Relevanz. Eine Theorie besagt, dass Staaten dazu tendieren, sich miteinander gegen einen mächtigen Staat oder eine Gruppe von Staaten zu verbünden. Eine andere meint hingegen, dass sich Staaten an mächtige Nachbarn anlehnen.

Eine besondere Form der *balance of power* ist das „soft balancing“. Dabei wird einem an sich befreundeten Staat die Unterstützung in einer für ihn wichtigen Angelegenheit verwehrt, um seiner Macht Grenzen zu setzen. Als Beispiele dafür könnten die Haltung von Deutschland, Frankreich und Russland im Zusammenhang mit dem Irakkrieg 2003 oder die Haltung von China und Russland zur Frage des Atomprogrammes des Irans dienen.

Eine andere gängige Theorie stellt fest, dass Staaten dazu tendieren, sich weniger gegen Macht als gegen Bedrohungen zu verbünden, das heißt gegen Macht in Kombination mit feindlicher Absicht. Diese Bedrohungen können nicht nur militärischer Art sein, sondern auch wirtschaftlicher, kultureller oder anderer Natur. Auch wenn es oftmals eine grundsätzliche Übereinstimmung gibt, was diese Bedrohungen sind, ist das gleiche Empfinden des Grades und der Unmittelbarkeit der Bedrohung häufig nicht gegeben. Dies gilt umso mehr, je unterschiedlicher die geografische Lage der einzelnen Staaten ist. Dieser Faktor hat für den Zusammenhalt von Koalitionen wesentliche Bedeutung.

Es gilt auch zu beurteilen, welche Auswirkungen das weitere Zusammenwachsen der EU haben wird. Wie wird dies von anderen Staaten empfunden? Welche Staaten werden versuchen, sich so weit wie möglich anzulehnen, und welche werden versuchen, die eigene Position zu stärken oder ein Gegenzentrum aufzubauen? Welche Staatengruppen und Organisationen werden hier künftig eine Rolle spielen?

Allianzen und Bündnisse

Allianzen und Bündnisse müssen hinsichtlich ihrer Zielsetzung nicht allumfassend sein. Sie können und werden oftmals nur für einen bestimmten Zweck eingegangen. So waren die USA nach dem Ende des Kalten Krieges über weite Strecken lose mit Japan und Indien gegen China verbündet, mit Pakistan gegen Indien und mit Großbritannien „gegen“ die EU²³⁾ (und sind es zum Teil noch immer). Für mittlere und kleinere Staaten haben diese zweckgerichteten Formen der Zusammenarbeit aufgrund der eingeschränkten eigenen Macht noch größere Bedeutung und müssen daher entsprechend eingehend studiert und beurteilt werden.

Der Einfluss der Geographie

Macht steht nicht nur für sich selbst, sondern ist auch im Kontext mit der Geographie zu sehen. Die geografische Lage eines Landes beeinflusst das strategische Denken wesentlich. Sie hat auch erhebliche Auswirkungen auf die strategischen Möglichkeiten. Die für einen Staat als „strategisch wichtig“ identifizierten Räume haben nachhaltige Bedeutung für das Entwickeln der Strategie.

Strategisch wichtig ist ein Raum dann, wenn strategische Interessen direkt mit ihm in Verbindung stehen. Dies sind

naturgemäß nicht nur Räume, die im Zusammenhang mit direkten und indirekten Sicherheitsinteressen zu sehen sind, sondern auch solche, die wirtschaftlich besonders bedeutend sind. Relevant für die Sicherheit eines Landes sind nicht nur benachbarte Gebiete, aus denen eine direkte Bedrohung entstehen kann, sondern auch fernere Regionen, aus denen eine substantielle Bedrohung mit entsprechender Eintrittswahrscheinlichkeit kommen kann. Trotzdem bestimmt die geografische Nähe zu instabilen Räumen und Krisengebieten nachhaltig das eigene Bedrohungsempfinden.

Dies hat auch erhebliche Auswirkungen auf die EU. Solange es unterschiedliches Bedrohungsempfinden und unterschiedliche Interessengebiete der einzelnen Mitgliedstaaten gibt, ist eine echte EU-gemeinsame Sicherheitspolitik nur schwer realisierbar. Insbesondere eine Harmonisierung der wirtschaftlichen Interessengebiete erscheint schwierig.

Globale Trends und Spannungsfelder

Der Strategie muss die Auswirkungen der wesentlichen globalen Trends hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung, der Verfügbarkeit von Ressourcen, der Entwicklung der Technologie und der Verbreitung der *market-democracies* richtig einschätzen und die Auswirkungen auf das eigene Land beurteilen. Es ist auch notwendig, die eigene Position und die eigenen Möglichkeiten in den großen Spannungsfeldern *power politics* versus internationale Normen und Recht, Globalisierung versus Tribalisierung und Entfremdung sowie Nationalstaat versus *non-state actors* zu bestimmen.

Globalisierung

Die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer weiter fortschreitende wechselseitige Abhängigkeit der Staaten entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten zur „Globalisierung“. Für den Strategen geht es nicht darum, diese Globalisierung zu beschreiben, sondern sie zu verstehen und ihre strategischen Auswirkungen zu erfassen. Sie führt weg von einer vertikalen, hierarchischen Ordnung hin zu einer horizontalen Gesellschaft, bei der eine Vielzahl von Querverbindungen die Regel ist. Ihre gezielte Förderung kann als Werkzeug zur langsamen Beeinflussung der Gesellschaft eines Staates verwendet werden, um mittel- oder langfristig Umbrüche herbeizuführen. Die Globalisierung hat viele positive Auswirkungen, wie z.B. das Sinken der Konfliktwahrscheinlichkeit zwischen stark integrierten Staaten, aber auch negative. So bietet sie mehr Angriffspunkte für einen Gegner und kann die negativen Auswirkungen einer Krise rasch global verbreiten. Für manche Gesellschaften ist die Globalisierung geradezu gefährlich, da sie alteingesessene Strukturen zerstören kann, ohne dass moderne Errungenschaften als Ersatz absorbiert werden können. Andere lehnen die Globalisierung als Eingriff in ihre Lebensweise überhaupt ab und betrachten sie als Einmischung oder sogar als Angriff von außen.

Market Democracies - die besseren Partner?

Manche Politik-Experten sind der Auffassung, dass *market democracies* nicht gegen andere *market democracies* kämpfen (oder nur mit wenigen Ausnahmen), die

zuverlässigeren internationalen Partner darstellen und auch die besseren Handelspartner sind. Wenn man sich dieser Meinung anschließt, so muss man konsequenterweise die Ausbreitung von Demokratien fördern. Dabei ist allerdings Vorsicht geboten, denn dies bringt auch Gefahren mit sich. Wie die Erfahrung der jüngeren Jahre zeigt, sind manche Staaten einfach noch nicht reif für eine Demokratie im westlichen Sinn.

Innere Einflüsse auf internationale Akteure

Internationale Akteure sind nicht nur äußeren Einflüssen ausgesetzt, sondern auch Einwirkungen von innerhalb des eigenen Staates, der eigenen Organisation oder des eigenen Konzerns. Auch diese müssen durch den Strategen beurteilt werden.

Wesentlich ist die richtige Einschätzung der Gewichtung der internen und externen Einflüsse auf die Entscheidungsfindung der Akteure. Hier ist zumeist das Bedrohungsempfinden der decision makers vorrangig. Je höher und gefährlicher eine Bedrohung empfunden wird, desto wichtiger sind externe Einflüsse für eine Entscheidung. Je mehr diese Bedrohung auch von der Bevölkerung empfunden wird, desto leichter können interne Einflüsse zurückgestellt werden. Je geringer die Bedrohung empfunden wird, desto mehr Bedeutung haben interne Einflüsse. Irreale Bedrohungsempfindungen bis hin zur Hysterie können zu falschen Entscheidungen nötigen.

Außenpolitische Handlungen können auch zur Ablenkung von innenpolitischen Problemen gesetzt werden. Als Beispiele dafür dienen die argentinische Invasion der Falkland-Inseln 1982 oder - nach mancher Einschätzung - die durch US-Präsident Bill Clinton am 20. August 1998 am ersten Höhepunkt der Monica Lewinsky-Affäre²⁴⁾ angeordneten Luftangriffe auf den Sudan und Afghanistan („Operation Infinite Reach“) und die Angriffe im Dezember 1998 auf den Irak („Operation Desert Fox“) während des Impeachment-Verfahrens. Obwohl diese Beispiele zeigen, dass nationale Faktoren einen überproportional hohen Einfluss auf Entscheidungen nehmen können, stehen diese selten für sich allein.

Abhängig von der Regierungsform eines Staates sind die Führungspersonlichkeiten mehr oder weniger vom Wohlwollen des Volkes abhängig. Je mehr dies der Fall ist, desto mehr rücken Wahlen ins Zentrum des Interesses. Der Weg zu einer Strategie hängt somit auch stark von der jeweiligen Regierungsform und der politischen Kultur eines Landes ab. Die Entscheidungsfindung von internationalen und supranationalen Organisationen und anderen non-state actors läuft wiederum nach anderen Gesetzmäßigkeiten, die der Strategie verstehen muss.

Eine gute Führungspersonlichkeit benötigt auch einen stark ausgeprägten Willen zur Macht, um erfolgreich zu sein. Daher steht auch der persönliche Machterhalt - bis zu einem gewissen Grad - im Zentrum der persönlichen Überlegungen. Dafür ist das eigene, nationale Umfeld meist wichtiger als das internationale. Auch sonstige persönliche Ziele müssen ins Kalkül gezogen werden. Diese Faktoren können erhebliche Auswirkungen auf das Entwickeln einer Strategie haben. Oftmals sind Entscheidungen daher abhängig von deren Perzeption durch die eigene Bevölke-

rung, die Wähler. Je näher Wahlen kommen, desto mehr ist die Handlungsfreiheit der Politiker eingeschränkt. Dies ist insbesondere ein Problem für die Entscheidungsfindung innerhalb der EU, da fast ständig in einem der wichtigen Mitgliedsländer Wahlkampf herrscht.

Ein genaues Studium der internen Einflüsse auf die Entscheidungsfindung anderer Akteure kann nicht nur Ansatzpunkte für die eigene Strategie bringen, sondern führt auch zu einer realistischeren Einschätzung der Handlungsfreiheit anderer Führungspersonlichkeiten. So ist es auch wichtig, die Möglichkeiten von Politikern anderer Länder, die der eigenen Strategie gegenüber positiv eingestellt sind, nicht zu überschätzen. Als Beispiel dafür mag der pro-westliche serbische Präsident Boris Tadić und seine Möglichkeiten zur Einflussnahme am Balkan im westlichen Sinn dienen (Bosnien-Herzegowina/Republika Srpska, Ratko Mladić und Kosovo).

Politische Ideologien und Religionen

Manche Staatsmänner agieren mit einem besonderen Sendungsbewusstsein und verfolgen mit ihrer Politik ganz bestimmte politische Ideologien. Einige davon sind (hoffentlich) bereits Geschichte, andere wiederum können eine starke praktische Auswirkung auf die Strategie haben. So spielt der Nationalismus auch heute noch eine wichtige Rolle. Auch manche Religionen gewinnen zunehmend Einfluss auf das strategische Denken. Wenn man zum Schluss kommt, dass politische Ideologien oder Religionen für das Handeln bestimmter Akteure wesentlich sind, so wird es erforderlich, diese näher zu studieren, um deren Handlungsweise besser zu verstehen.

Der Charakter von Führungspersonen

Die Vorgangsweise von Akteuren ist durch das Handeln von Menschen mit jeweils bestimmten Charaktereigenschaften bestimmt. Diese können bei Entscheidungen besonderes Gewicht haben. Bei eingehendem Charakterstudium erscheinen die Handlungen von so manchem „unberechenbaren“ Diktator dann doch leicht berechenbar. Es gilt aber abzuschätzen, wann diese Personen rational handeln und wann Emotionen im Vordergrund stehen.

Sonstige Einflüsse

Kulturelle und religiöse Kreise können von in- und außerhalb des eigenen Staates einen Druck auf Führungspersonen in eine bestimmte Richtung aufbauen, der von diesen nicht ignoriert werden kann. Auch verschiedenste Lobbys und Minderheiten haben einen wesentlichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung mancher Staaten.

Bei der konkreten Beurteilung des internationalen strategischen environment ist es wesentlich, zu verstehen, dass mehrere der erwähnten Faktoren und Einflüsse zusammenkommen können. Es gilt einzuschätzen, was von mehr und was von geringerer Bedeutung ist. Darauf aufbauend sind die entsprechenden assumptions aufzustellen.

Domestic Context for Strategy

Strategie muss stets in der Realität verhaftet sein - sowohl international als auch zuhause. Dieser „domestic context“ ist wesentlich für die Entscheidungsfindung, für

das Bereitstellen der nötigen Ressourcen und das konsequente Durchhalten einer Strategie.

Strukturen und Abläufe

Ähnlich wie beim international strategic environment gilt es, die Strukturen und Abläufe im eigenen Land zu erfassen, die für das Erarbeiten und Umsetzen der Strategie wesentlich sind, und entsprechende assumptions aufzustellen. Daneben ist auch das richtige Verstehen von gegebenen constraints („must do“-Geboten) und restraints („must not do“-Verbote) von Bedeutung, auch wenn diese später zu hinterfragen sein werden.

Bei der Analyse des domestic context besteht die besondere Gefahr, dass man sich aufgrund der eigenen Erfahrungen in Details und Nebensächlichkeiten verläuft und damit den Blick für das Wesentliche verliert. Der Strategie muss sich daher auf jene Bereiche konzentrieren, die für das weitere Entwickeln der Strategie von Relevanz sind.

Strategic Culture

Der Strategie muss sich anfangs die Frage nach der strategic culture im eigenen Land stellen. Ist man mehr idealistisch oder realistisch? Gibt es überhaupt ein Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten? Oder herrschen passives Verhalten und Desinteresse bei Politikern und der Bevölkerung vor? Warum ist dies so? Herrscht die Meinung, man könne ja ohnehin nichts beeinflussen? Gibt es einen Mangel an Informationen? Was wird für den eigenen Staat als sinnvoll und realistisch machbar betrachtet? Stimmt das?

Versteht man die Möglichkeiten, die sich bei einer rechtzeitig und vorausschauend entworfenen Strategie zur Verfolgung der eigenen Interessen und deren konsequenter Umsetzung ergeben? Versteht man die Bedeutung des Suchens von Partnern mit gemeinsamen oder sehr ähnlichen Interessen? Ist man sich bewusst, dass selbst der Kleinstaat gewisse Möglichkeiten zur Beeinflussung von Geschehnissen im eigenen Interesse hat, insbesondere dann, wenn er im Verbund mit anderen agieren kann? Welchen Zugang haben die verschiedenen Parteien zu diesem Thema?

Existiert ein parteiübergreifender Konsens im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik? Gibt es einen Grundkonsens über die strategischen Interessen des Landes? Was ist sonst noch von diesem Konsens umfasst? Welche Elemente sind unveränderlich?

Werden außen- und sicherheitspolitische Akzente bewusst dort gesetzt, wo die eigenen Interessen liegen oder „schwimmt man einfach mit dem Trend“? Oder ist das Ganze schlichtweg ein Spielball der Parteipolitik?

Entscheidungsfindung

Zum Verstehen des Entscheidungsfindungsprozesses gilt es auch die Charakteristika der heimischen Politik, der sozialen Verhältnisse und der Kultur einschließlich der Motive der wichtigen Akteure zu erfassen und zu verstehen.

Dies umfasst u.a. die Vorgänge zur allgemeinen Meinungsbildung. Wer die formalen Akteure in der Außen- und Sicherheitspolitik sind, hängt zum guten Teil von

der Verfassung des jeweiligen Landes ab. Dies können Präsidenten, Regierungschefs und Minister, das Parlament, aber auch hohe Beamte sein. Parteien, Beamte, Medien, die Wirtschaft, think tanks, Lobbys und andere haben einen mehr oder weniger großen indirekten Einfluss.

Ein wesentlicher Faktor: der Einfluss der öffentlichen Meinung

Einen speziellen Einfluss auf den Entscheidungsfindungsprozess hat in einer Demokratie die öffentliche Meinung (und damit der Wähler). Auf deren Entstehen haben zahlreiche meinungsbildende Faktoren Einfluss. Zu den wichtigsten zählen Führungspersönlichkeiten, Medien und Experten. Eine verantwortungsvolle Vorgangsweise von Politikern aller Parteien kann zu einer positiven Entwicklung der öffentlichen Meinung im Sinne der Interessen des Staates maßgeblich beitragen.

Die grundlegende Einstellung der Bevölkerung zu den fundamentalen Aspekten der Außen- und Sicherheitspolitik eines Landes bleibt meist über relativ lange Zeiträume hinweg ziemlich konstant - und ist damit durch den Strategen entsprechend zu berücksichtigen.

Obwohl die öffentliche Meinung insgesamt sehr wichtig für die Außen- und Sicherheitspolitik eines Landes ist, ist es nicht zu empfehlen, diese „tagesaktuell“ nach den Meinungsumfragen zu gestalten. Der Öffentlichkeit stehen schlichtweg nicht alle notwendigen Einblicke zur Verfügung, um immer richtig zu liegen. Vielmehr ist es erforderlich, entsprechende Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit für die eigene Strategie zu unternehmen, um die öffentliche Meinung zu gewinnen.

Wenn es aber möglich ist, die Bevölkerung von der eigenen Auffassung zu überzeugen, kann genauso gut ein Umschwenken der Stimmung stattfinden. In der Praxis ist die öffentliche Meinung auch nicht sehr stabil. Sie zieht bei Erfolgen meist mit, schlägt aber bei empfundenen oder realen Rückschlägen leicht um, manchmal sogar ganz radikal.

Daher ist es besonders wichtig, die Perzeption der Strategie und ihrer Umsetzung sowie von besonderen Handlungen und Ereignissen durch die eigene Bevölkerung vorausschauend zu berücksichtigen. Meist ist diese Perzeption aufgrund von vorangegangenen Beispielen sogar relativ leicht einzuschätzen. Daher können eigene Reaktionen entsprechend rechtzeitig vorbereitet werden. Diese Vorgangsweise von Beurteilung und Vorbereitung von Reaktionen darf sich nicht nur auf die Anfangsphase einer Strategie beschränken, sondern muss langfristig über alle Phasen begleitend und in Varianten vorgenommen werden, um unangenehme Überraschungen vorzubeugen.

Das „Verkaufen“ der Strategie

Strategie muss von Anfang an berücksichtigen, was den Parteien, dem Parlament und der Öffentlichkeit „verkauft“ werden kann. Ohne breite Akzeptanz kann eine Strategie nur schwer funktionieren.

Der Verlust der öffentlichen Unterstützung für eine Strategie kann letztendlich sogar zu Fehlschlägen führen. Dies kann entweder durch mangelhafte Umsetzung (z.B.

durch zu geringe Zuweisung von Ressourcen), die aktive Behinderung der Umsetzung (z.B. durch Demonstrationen und Aktionismus) oder durch die Perzeption der Uneinigkeit eines Staates durch die Zielobjekte der Strategie erfolgen.

Wenn eine Angelegenheit für die Öffentlichkeit (= die Wähler) nicht (mehr) interessant und wichtig ist, ist zu erwarten, dass auch das Interesse der Politik gering bleibt. Damit ist es auch wenig wahrscheinlich, dass die für die Strategie notwendigen Ressourcen langfristig bereitgestellt werden. Wenn die Stimmung der Bevölkerung nachhaltig umschlägt, wird dieses Problem beim nächsten Wahlkampf ein wichtiges Thema werden, mit dem v.a. die Opposition auf Stimmenfang gehen wird. Dann darf man nicht vergessen, dass die Popularität und der Erfolg eines Politikers zuhause zumeist Voraussetzung für eine erfolgreiche Außen- und Sicherheitspolitik sind.

Da eine Strategie langfristig anzulegen ist, sollte deren Erarbeitung möglichst aus der Tagespolitik herausgehalten werden. Je klarer Interessen definiert und je breiter sie akzeptiert sind, desto leichter können negative interne Einflüsse bei der Umsetzung der Strategie verhindert werden.

Internationale Politik ist somit auch ein Produkt des domestic context. Menschen - und nicht Nationen - fällen Entscheidungen, und sie haben auch persönliche Interessen und Vorlieben, die diese Entscheidungen beeinflussen. Obwohl foreign affairs strategy auf die Beeinflussung des internationalen Umfeldes abzielt, ist sie doch in diesem domestic context tief verwurzelt. Daher sind die assumptions des Strategen über das heimische Umfeld gleich wichtig wie die über das internationale. Der domestic context und die Kultur eines Landes sind auch die Quellen für die Werte eines Landes, die wiederum die nationalen Interessen untermauern.

Das richtige Erfassen des gesamten strategischen Umfeldes, der Zusammenhänge und der langfristigen Trends ist wesentlich für die Tätigkeit des Strategen. Der chinesische Kriegerphilosoph Sun Tsu stellte dazu bereits vor 2.500 Jahren fest: „Daher heißt es, dass der Sieg nicht in Gefahr ist, wenn du dich selbst und den anderen kennst; wenn du Himmel und Erde kennst, dann ist der Sieg vollkommen.“²⁵⁾ (Wird fortgesetzt) ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Department of Defense, Dictionary of Military and Associated Terms (Joint Publication 1-02) (Washington D.C., 2010), S.450.
- 2) Harvard Business Essentials: Strategy (Boston: Harvard Business School Press, 2005), S.147.
- 3) Ortwin Buchbender, Hartmut Bühl und Harald Kujat: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik (Herford: Mittler & Sohn, 1992), S.137.
- 4) „Strategien“ gibt es in vielen Bereichen, so z.B. in der Politik, beim Militär und in der Wirtschaft. Für diese Arbeit sind aber lediglich Strategien, die im Bereich des „Statecraft“ bzw. diesem unmittelbar nachgeordnet angesiedelt sind, von Relevanz. Nichtsdestotrotz sind viele der angesprochenen Überlegungen allgemein gültig.
- 5) Terry L. Deibel: Foreign Affairs Strategy (Cambridge: University Press, 2007), S.10.
- 6) Ebenda, S.10.
- 7) Vgl. auch John Locke und Jean-Jacques Rousseau.
- 8) Die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft stellt dazu z.B. fest: „Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.“ (1. Titel: Allgemeine Bestimmungen, Art.2 Zweck).
- 9) Deibel, a.a.O., S.30.

10) Prof. Terry L. Deibel ist Graduate der „Ohio Wesleyan University“, des „Institute of Advanced International Studies“ (Genf) und der „Fletcher School of Law and Diplomacy“. Er hatte verschiedene Funktionen im U.S. State Department und im Weißen Haus, arbeitete für die renommierten Thinktanks „Center for Strategic and International Studies“ und „Carnegie Endowment for International Peace“. Prof. Deibel unterrichtete an der Georgetown University und ist seit den 70er-Jahren Mitglied der Faculty des National War College, wo zahlreiche prominente Persönlichkeiten zu seinen Studenten zählten.

11) Vgl. z.B. Martin Middlebrook: The Argentine Fight for the Falklands (Barnsley: Pen & Sword Military Classics, 2003), S.13-45 und S.47.

12) Vgl. z.B. James Fallows, „Blind into Baghdad“ The Atlantic Monthly, Jan/Feb 2004, S.52ff.

13) Wolfgang Petritsch und Robert Pichler: Kosovo-Kosova (Klagenfurt: Wieser Verlag, 2005), S.125.

14) Ebenda, S.126.

15) Samuel P. Huntington: „The Clash of Civilizations?“ Foreign Affairs, Summer 1993, S.25.

16) Vgl. ebenda.

17) Dr. Tomas Ries ist Director, Swedish Institute of International Affairs. Vgl. z.B. in: Directorate General for External Policies, Global Challenges: Navigating a Way for the EU as a Global Actor, (Brussels, 2010), S.9.

18) Ambassador Steven Mann, U.S. Department of State seit 1976, u.a. Botschafter in Turkmenistan, Senior Advisor for Eurasia, Senior Advisor Caspian Basin Energy Diplomacy; National War College Class of 1991 (Distinguished Graduate).

19) Vgl. Steven R. Mann: „Chaos Theory and Strategic Thought“, Parameters, Autumn 1992, S.54-68.

20) Ebenda, S.58.

21) Ebenda, S.65.

22) Vgl. Joseph S. Nye, „What New World Order?“ Foreign Affairs, Spring 1992, S.83-96.

23) Vgl. Samuel P. Huntington: „The Lonely Superpower“, Foreign Affairs, Mar/Apr 1999, S.47.

24) Das Eingeständnis des „inappropriate relationship“ durch Bill Clinton erfolgte in einer Fernsehansprache am 17. August 1998.

25) Sun Tsu: Wahrhaft siegt, wer nicht kämpft - Die Kunst des Krieges, übersetzt von Thomas Cleary und Ingrid Fischer-Schreiber (München: Piper Verlag, 2001), S.185.



Mag. Wolfgang Pusztai

Geb. 1964; Oberst des Generalstabsdienstes; Einrückungstermin 1983; 1984-1987 Theresianische Militärakademie; 1987-1993 LWSR 11 bzw. Jägerregiment 11; 1993-1997 14. Generalstabskurs; ab 1997 Verwendungen in der Vorschriftenabteilung des BMLV, als G3 und Leiter/Einsatzstab beim Militärkommando Burgenland, beim I. Korps und in der Generalstabsgruppe B/BMLV; ab 2003 Referatsleiter und später stellvertretender Leiter der Abteilung Militärpolitik sowie stellvertretender Leiter der Abteilung Strukturplanung/BMLV; Auslandseinsätze/-verwendungen als Staff Officer J5/9 (CJTF) RHQ AFSOUTH, J2 EU Command Element/Operation Concordia (FYROM), Chief of Staff/MNTF(N)EUFOR/BiH, National War College/National Defense University, Washington D.C., USA (2006/07, Master of Science in National Security Strategy, Distinguished Graduate); seit Ende 2007 Verteidigungsattaché in Italien, Griechenland, Tunesien und Libyen sowie Verbindungsoffizier zum COI (italienisches Einsatzführungskommando).

Zur Frage der Maschinengewehre an der Südwestfront 1915

Franz Felberbauer

Das Maschinengewehr war ein Produkt der industriellen Revolution und entstand in den USA. Für die militärischen Führer Europas war es daher vorerst nicht relevant. Man sah 1914 im Gewehr mit aufgepflanztem Bajonett die Waffe der Entscheidung. Maschinengewehre waren gut für Kolonialkriege, um mit wenigen Weißen die Eingeborenenmassen zu beherrschen. In England gab es den zynischen Spruch von Hilaire Bellow: „*Whatever happens, we have got the Maxim gun and they have not.*“¹⁾ Nur zwanzig englische Maxim MG hatten 1898 bei Obdurman im Sudan etwa 25.000 Krieger des Mahdi getötet oder verwundet.

In den taktischen Vorstellungen der Europäer kam das Maschinengewehr vielfach gar nicht vor. Noch 1915 verkündete der Oberbefehlshaber der englischen Expeditionsarmee in Frankreich, General Haig: „*The machine-gun is a much overrated weapon. Two per battalion are enough.*“²⁾ Am 1. Juli 1916, an der Somme, mähten deutsche Maschinengewehre, die mit ihren Bedienungen sieben Tage Trommelfeuer und Giftgasangriffe überlebt hatten, 60.000 Engländer nieder. Ob es sich um Verdun, die Champagne oder eben die Somme handelte, einige gut platzierte Maschinengewehre fegten die angreifende Infanterie hinweg, bevor diese auch nur andeutungsweise in die Lage kam, ihre Bajonette zu gebrauchen.

Die überaus mageren militärischen Erfolge Italiens an der Südwestfront nach seiner Kriegserklärung

(23. Mai 1915) an Österreich-Ungarn gegen die an Truppen und Material drückend unterlegenen Streitkräfte der Donaumonarchie lassen - auch auf alliierter Seite - bis heute viele Fragen offen. Neben der angeblich größeren Kriegserfahrung der Österreicher, trotz des italienischen Kolonialkrieges gegen die Türkei 1911 in Tripolitanien, soll die quantitativ bessere Ausstattung der österreichisch-ungarischen Truppen mit Maschinengewehren eine entscheidende Rolle in der Abwehr der nahezu pausenlosen italienischen Angriffe am Isonzo gespielt haben.³⁾ (siehe u.a. bei Rauchensteiner: „*Moral gegen Maschinengewehre war immer ein verlustreiches Konzept.*“)⁴⁾ Im Folgenden soll anhand der Bestände des österreichischen Staatsarchivs/Kriegsarchivs untersucht werden, ob diese Ansicht tatsächlich berechtigt ist.⁵⁾

Der Untersuchungszeitraum

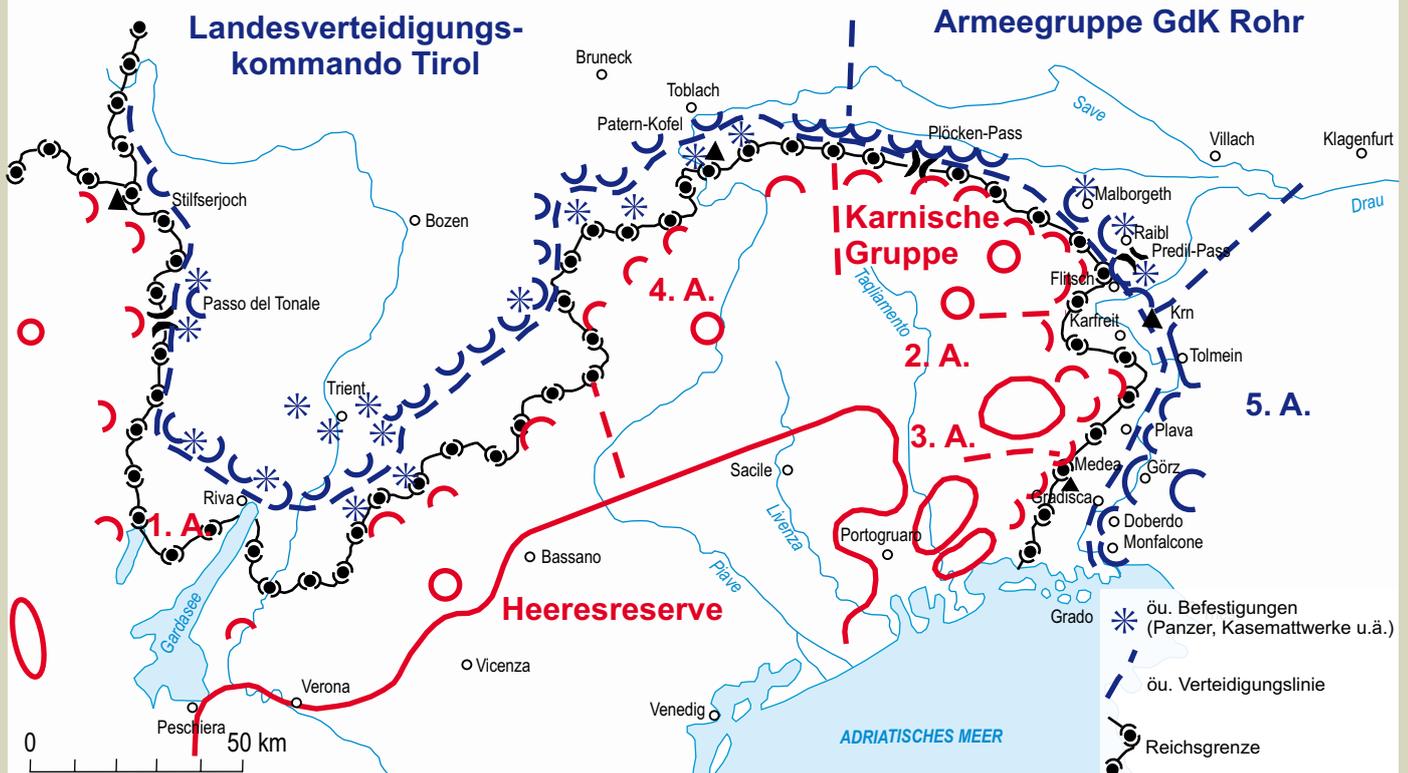
Die Untersuchung erstreckt sich auf den Zeitraum vor der italienischen Kriegserklärung (23. Mai 1915) bis etwa zum 10. August 1915, weil damit sowohl die ersten italienischen Vorstöße im Alpenbereich als auch die Perioden fast pausenloser italienischer Angriffe an der Isonzofront (nachträglich als 1. und 2. Isonzoschlacht bezeichnet) erfasst werden. Unmittelbar nach der Kriegserklärung wurde seitens der Italiener versucht, an der Tiroler und Kärntner Grenze die Pässe in die Alpenlängstäler von Inn, Gail und Drau in die Hand zu bekommen, um in Richtung Wien durchstoßen zu können. Diese Angriffe waren nur in sehr geringem Ausmaß erfolgreich. Es gelang den zahlenmäßig weit unterlegenen österreichisch-ungarischen Verteidigern meist, die entscheidenden Höhen und alle wichtigen Pässe zu halten.⁶⁾

An der südlichen Isonzofront begannen die Angriffe der 3. italienischen Armee im Bereich Görz erst am 6. Juni, zwei Wochen nach der Kriegserklärung, und am massivsten durch die 2. italienische Armee in der zweiten Junihälfte (23. Juni bis 7. Juli, 1. Isonzoschlacht) auch auf der Hochfläche von Doberdo. Der italienische Generalstabschef General Luigi Graf Cadorna versuchte über die relativ niedrigen, im Winter schneefreien, aber wasser- und wegearmen Karsthochflächen Richtung Laibach durchzustoßen.⁷⁾ Das Flussgebiet des Isonzo wurde zum Schauplatz einer ungeheuren Material- und Abnutzungsschlacht, die sich von den Julischen Alpen (Massiv des Rombon nördlich des Flitscher Beckens) über die Hochebenen von Bainsicca und Doberdo bis an die Adria



BUNDESHEER/HEERESGESHICHTLICHES MUSEUM

Der MG-Trupp (Bild) der österreichischen-ungarischen Armee verfügte über ein Maschinengewehr des Typs Schwarzlose. Der Truppführer war zusätzlich mit einem Feldstecher ausgestattet; ein deutlicher Hinweis darauf, dass der Einsatz auf weitere Entfernung vorgesehen war.



Quelle: Wagner, Der Erste Weltkrieg, TD Taschenbuch 7, Wien, 2. Aufl. 1982, S.107

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Dieter Hüttner

bei Duino erstreckte. Die Vorstöße der beiden italienischen Armeen wurden zurückgeschlagen, und General Cadorna ließ um den 7. Juli die Angriffe einstellen. Die abgekämpften italienischen Verbände wurden sofort gegen frische Truppen ausgetauscht, und schon am 17. Juli begann die 2. italienische Armee eine neuerliche Offensive (2. Isonzoschlacht), die am 10. August nach geringfügigem Geländegewinn ebenfalls eingestellt werden musste. Die enttäuschten Alliierten Italiens sahen sich gezwungen, statt der Entlastung ihrer Fronten und des erhofften raschen Zusammenbruchs Österreich-Ungarns durch die neue italienische Front die materiellen Unterstützungen an Geld, Artillerie, Munition, Waffen, Flugzeugen und Rohstoffen (insbesondere Kohle) für ihren neuen Bündnispartner zu erhöhen.⁸⁾

Österreich-Ungarn konnte in dieser Anfangsphase an der fast 675 km langen Südwestfront⁹⁾ nur überaus wenige Truppen einsetzen. Sie bestanden in Tirol zum größten Teil aus Standschützen („Knaben und Großväter“) und in Kärnten aus freiwilligen Schützen, das waren noch nicht wehrpflichtige Schüler der Abschlussklassen der Mittelschulen und Lehrlinge. Im Küstenland (der Isonzofront) wurden Reserve- und Ersatzeinheiten und so genannte Marschformationen, also frisch ausgehobene und notdürftig ausgebildete Rekruten, aus den Ergänzungsbezirken der Regimenter in Richtung Grenze in Marsch gesetzt. Sie dienten nicht wie vorgesehen zum Mannschaftersatz ihrer Stammregimenter, sondern formierten neu aufgestellte Einheiten mit sehr schlechter Ausbildung, Bewaffnung^{10), 11)} und Ausrüstung. An der Isonzofront erfolgte Ende Mai 1915 durch die rasche Verlegung der k.u.k. 5. Armee vom Balkan ins Küstenland der Einsatz eines größeren regulären Verbandes, in Südtirol wurde das Deutsche Alpenkorps zur Frontverstärkung eingeschoben.¹²⁾ Diese Aufzählung zeigt, dass auch das

öfter angeführte Argument der höheren Kriegserfahrung der österreichisch-ungarischen Truppen nur von äußerst beschränkter Gültigkeit ist; es dürfte, wenn überhaupt, begrenzt auf die Stammdivisionen der 5. Armee bzw. das Deutsche Alpenkorps und an der ganzen Front nur auf die Artillerie anzuwenden sein.

Die Anzahl der Maschinengewehre in den Armee-Organisationen

Nach den Organisationsplänen bestand 1914/15 folgende Gliederung und Ausrüstung mit Maschinengewehren:¹³⁾

Österreich-Ungarn

Eine österreichisch-ungarische Infanterie-Truppen-Division (abgekürzt ITD, später ID) hatte drei Regimenter (1914 zu je 4.600 Mann) mit je vier Bataillonen, jedes zu vier Infanteriekompanien und einer Maschinengewehr-Abteilung (MGAbt) mit zwei Maschinengewehren. Die Infanteriekompanien bestanden aus je 250 Mann und fünf Offizieren. Somit verfügte eine österreichisch-ungarische Infanteriedivision über 24 MG, die unmittelbar den Bataillonskommandanten unterstanden. Dadurch steigerte sich für jedes Bataillon der Kampfwert, einem Maschinengewehr wurde üblicherweise die Kampfkraft von 50 Schützen zugeschrieben. Der Bataillonskommandant war damit in der Lage, eine äußerst wirksame Unterstützungswaffe bei Bedarf sofort einsetzen zu können.

Eine - positive - Ausnahme stellten die Gebirgsmaschinengewehr-Abteilungen der Landesschützenregimenter Nr. I., II., und III. und die beiden Landwehriinfanterieregimenter Nr. 4 (Klagenfurt) und Nr. 27 (Marburg) dar, deren MGAbt über vier MG des Typs M07/12 verfügten, um die geringere Beweglichkeit einer Truppe im Gebirge zu kompensieren.



Eine Kampfgruppe einer österreichischen-ungarischen Maschinengewehrabteilung wurde unter anderem von zwei Tragtierführern unterstützt. Die ihnen zugewiesenen Tragtiere dienten der Beförderung der Stahlschutzschilde (Bi: re.) und der Maschinengewehre samt Zubehör (Bi: li.).

Die Kriegsgliederungen im Mai 1915 an der Südwestfront

Österreich-Ungarn

Im Generalstabswerk „Österreich-Ungarns letzter Krieg“ wird die Ordre de bataille an der Südwestfront für Ende Mai 1915 mit „187¼ IBAone., 1½ RdfBaone., 40 StSchBaone., 15 FrwSchBaone., 28 Schwd., 138½ Bt., 78 FsAKomp., 27 techn. Komp., in Summe 224.500 Gewehre, 3.000 Säbel and 640 Feldgeschütze“ angegeben. Dazu kommt in Südtirol das Deutsche Alpenkorps mit 13 Bataillonen, elf Gebirgsmaschinengewehrabteilungen (GebM-GAbt) und neun Batterien, insgesamt 22.039 Mann,¹⁴⁾ 8.254 Pferde, und 66 MG 08.¹⁵⁾

Eine Kavalleriedivision mit drei Schwadronen zu je 150 Reitern hatte vier MG 07/12 zur Verfügung. Bei der Kavallerie hatten die Maschinengewehre keinen Schutzschild. Auf dem Marsch wurden die Maschinengewehre bei der Infanterie auf Tragtiere, bei der Kavallerie auf Packpferde verlastet.

Italien

Eine italienische Division bestand aus zwei Brigaden zu je zwei Regimentern mit drei Bataillonen. Jedes Regiment hatte 1915 eine MG-Kompanie mit in der Regel zwei (ganz selten vier) Maschinengewehren des Typs 6,5 mm M 1914 Fiat-Revelli.

Den 24 Maschinengewehren einer österreichisch-ungarischen Division standen daher nur acht einer italienischen Division gegenüber. In der italienischen Armee befand sich außerdem die Maschinengewehrkompanie auf Ebene des Regiments. Während die österreichisch-ungarischen Truppen die Maschinengewehre rascher und taktisch wirksamer bereits auf Ebene des Bataillons einsetzten, erfolgte dies in Italien viel schwerfälliger durch den auf dem Gefechtsfeld weiter hinten befindlichen Regimentskommandanten.

Deutschland

Jedes Infanterieregiment hatte eine Maschinengewehrabteilung mit sechs 7,92 mm MG Maxim 08.

Italien

Im Mai 1915 hatte General Cadorna 23.039 Offiziere, 852.217 Soldaten und 9.163 Zivilpersonen mobilisiert.¹⁶⁾ Sie waren in 14 Armeekorps gegliedert. Zusammen mit den Milizdivisionen waren es 45 Divisionen mit 94 Linienregimentern zu je drei Bataillonen. Dazu kamen zwei Grenadierregimenter, zwölf Bersaglieriregimenter, acht Alpiniregimenter, vier Kavalleriedivisionen und fünf Regimenter Guardia di Finanza, in Summe 124 Regimenter, die organisatorisch mit mindestens 248 Maschinengewehren ausgestattet sein sollten. Zusätzliche Armeeformationen waren die Bataillone der Carabinieri (Polizei). Die 476 Feldartilleriebatterien verfügten über 2.000 Geschütze.

Die Dislokation der italienischen Streitkräfte 1915

- 1. Armee, vom Stilfser Joch bis zum Kreuzbergsattel mit 6½ Inf.Div.;
 - 4. Armee, vom Kreuzbergsattel bis zur Kärntner Grenze mit fünf Inf.Div., zusammen 180.000 Mann und 710 Geschütze;
 - Grupo Carnia, von der Kärntner Grenze bis zum Rombon (Karfreit), 70.000 Mann und 280 Geschütze, in zwei Inf. Brigaden, 16 Alpini-Baone und drei Finanzzwa-Baone gegliedert;
 - 2. und 3. Armee an der Isonzofront von Karfreit bis Monfalcone: die
 - 2. Armee umfasste sieben Inf.Div., eine Bersagliere Div. und zwei Alpinibrigaden, die
 - 3. Armee sechs Inf.Div. und zwei Kav.Div., zusammen 210.000 Mann und 820 Geschütze.
- In Summe standen nach einer Schätzung des k.u.k. Kommandos der Südwestfront in Italien 460.000 Gewehre und 1.810 Geschütze angriffsbereit. Die italienischen

Abb.2	Vergleich der MG-Ausstattung (Mittelmächte 1914, Italien 1915)		
	Österreich-Ungarn	Italien	Deutschland
Infanterie- / Gebirgsbataillon	2 / 4	0	0
Regiment	(8)	2	6
Division gesamt	(24)	(6)	(24)
Kavallerie*	4 pro Kavalleriedivision (450 Reiter)	2 pro Kavallerieregiment (710 Reiter)	(6)

* In Österreich kommt ein Maschinengewehr auf 112, in Italien ein MG auf 355 Reiter. Zahlen ohne Klammer bedeuten orgplangemäße Zuordnung, Zahlen in Klammer die verwendeten Rechenwerte.

Anzahl der Maschinengewehre an der Südwestfront:				
Italien Mai 1915	Abschnitt	Bereich der Südwestfront	MG-Anzahl	Summe
1. Armee	Südtirol	6 1/2 Infanteriedivisionen á 6 MG	39	
4. Armee	Südtirol	5 Infanteriedivisionen á 6 MG	30	69
Grupo Carnia	Kärnten	2 Infanteriebrigaden (4 Regimenter á 2 MG)	8	
		16 Alpinibataillone, 3 Finanzwachbataillone	13	21
2. & 3. Armee	Isonzo	13 Infanteriedivisionen, 1 Bersaglieredivision	84	
		2 Alpinbrigaden (4 Regimenter á 2 MG)	8	
		2 Kavalleriedivisionen (8 Regimenter)	16	108
Summe Italien Südwestfront				198

Entwurf: Autor

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

Das Landesverteidigungskommando Tirol rief im Februar/März 1915 in aller Eile nach der Landlibell Kaiser Maximilians von 1511 40 Standschützen-Bataillone²⁰⁾ zu

Reserven umfassten zehn Inf.Div. und zwei Kav.Div. (mit ca.70 MG) in Verona und vier Inf.Div. (24 MG) nahe Rom.

Versuch zur Bestimmung der Maschinengewehr-Stückzahlen

Ausstattung nach dem Organisationsplan

Die methodische Vorgangsweise des italienischen Generalstabschefs General Cadorna bei der Ausrüstung, der Mobilisierung und dem Aufmarsch der italienischen Truppen lässt die Annahme berechtigt erscheinen, dass diese MG-Ausstattung bei Angriffsbeginn vorhanden war.¹⁷⁾

Setzt man in die Ordre de bataille der an der Südwestfront aufmarschierten österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen die orgplanmäßige Ausstattung mit MG ein, ergibt sich folgendes Bild:

Orgplanmäßige (=Soll) Anzahl der Maschinengewehre an der Südwestfront Österreich-Ungarn und Deutsches Alpenkorps	
Bereich der Südwestfront Ende Mai 1915	MG-Anzahl
15 Freiwillige Schützen- und 40 Standschützenbataillone	(2)
188 Infanteriebataillone	376
28 Schwadronen (9. und 3. Kavalleriedivision)	28
Summe Österreich-Ungarn	406
11 Geb.MG.Abt des Deutschen Alpenkorps	66
Soll-Gesamtanzahl Südwestfront	472

Entwurf: Autor

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

Nach den Organisationsplänen würde sich eine 2,38-fache Überlegenheit Österreich-Ungarns bei der Ausstattung mit Maschinengewehren, nämlich 472 zu 198, ergeben. Plangemäß ausgerüstet, hätten die Mittelmächte über 274 MG mehr verfügt als die italienischen Angreifer.¹⁸⁾

Die österreichisch-ungarischen Truppen waren aber vom vollen Ausrüstungsstand mit MG weit entfernt.

Versuch zur Ermittlung der tatsächlichen MG-Zahlen für Österreich-Ungarn

Das allgemeine Kräfteverhältnis an der Südwestfront

Die Südwestfront wurde vor Kriegsbeginn notdürftig durch Freiwilligenverbände und Marschformationen gesichert, denen nicht nur Geschütze und Maschinengewehre, sondern meist sogar die Gewehre¹⁹⁾ fehlten. Alle regulären österreichisch-ungarischen Heerestruppen waren an der Ostfront gegen Russland und am Balkan gegen Serbien eingesetzt.

den Waffen.

Das Militärkommando Graz, das bis etwa 15. Mai 1915 für die Abschnitte Kärnten (Zona Carnia) und Isonzo (Untertilliach - Karnische und Julische Alpen - Isonzo - Duino bis Triest) verantwortlich war, verfügte noch am 31. Dezember 1914 über nur 13.700 Mann, 26 Geschütze und sechs (!) Maschinengewehre.

Zur selben Zeit hatte General Cadorna allein in Venetien bereits 600.000 Mann [mit 128 MG] zusammengezogen.²¹⁾ Das Stärkeverhältnis bei den Feuerngewehren betrug 43:1, bei den Maschinengewehren 22:1 zugunsten Italiens.²²⁾

An die Kärntner Grenze wurden 15 Bataillone aus freiwilligen Schützen²³⁾ gestellt, für die Isonzofront von den Julischen Alpen bis zum Meer kratzte man aus Marscheinheiten fünf schwache Infanteriedivisionen (Nr. 90-94) zusammen. Marschformationen hatten grundsätzlich keine Maschinengewehre.²⁴⁾ Am 14. Mai 1915 waren an regulären Truppen nur die 57. Inf. Division sowie die Vorausabteilungen von fünf Inf. Divisionen der k.u.k. 5. Armee (bestehend aus dem XV. und XVI. Korps) am Isonzo in Stellung. Das Armeeoberkommando (AOK) hatte sich entschlossen, die gesamte k.u.k. 5. Armee vom Balkan ins Küstenland zu verlegen,²⁵⁾ statt Truppen von der Ostfront abzuziehen. Zum Zeitpunkt der Kriegserklärung am 23. Mai 1915 standen in Kärnten und am Isonzo 40 Heeresbataillone und 15 Freiwilligen-Schützenbataillone 161 italienischen Bataillonen gegenüber, die Relation bei den Bataillonen betrug etwa 2,92:1.²⁶⁾ An der gesamten Südwestfront verfügte die italienische Armee (ohne die Reserven im Hinterland) über 349 voll ausgerüstete Bataillone, denen 194^{3/4} österreichisch-ungarische und deutsche Bataillone gegenüberlagen, von denen aber 55 die schlecht ausgerüsteten, wenn auch hoch motivierten und vielfach ortskundigen Freiwilligenverbände waren. Das Verhältnis an Bataillonen beträgt (ohne Berücksichtigung von Mannschaftsstand, Bewaffnung und Ausrüstung) an der gesamten Südwestfront ca. 1,8:1, hatte sich also gegenüber dem 14. Mai geringfügig zugunsten der Verteidiger verbessert.

Untersuchungen im Kriegsarchiv zur Ermittlung der tatsächlichen MG-Zahlen der österreichisch-ungarischen Verbände an der Südwestfront

Entsprechend der Kommandogliederung und auch der ersten Angriffsoperationen Italiens muss die Untersuchung für die Abschnitte Südtirol (Landesverteidigungskommando Tirol), Kärnten (Armeegruppe GdK Rohr) und Isonzo (5. k.u.k. Armee, GdI Boroevic) getrennt erfolgen.

Landesverteidigungskommando Tirol

Abb.5 Versuch zur Überprüfung der MG-Zahl		
LVKdo Tirol	Meldung vom 15.6.1915	MG-Anzahl
Sub - Rayone I bis V	39 Standschützenbataillone	0
	21 Marsch-, Res- und LdSchbataillone	110*
Deutsches Alpenkorps	11 GebMGAbt á 6 MG 08	66
Summe LVKdo Tirol	Maschinengewehre M8 und M7/12	176
* Errechnet aus der Zahl der MG-Bedienungen in der Standesmeldung an die Quartiermeister-Abteilung		
Entwurf: Autor Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner		

In den Beilagen der alle 14 Tage erfolgenden Meldung der Materialsituation an die Quartiermeisterabteilung des Armeoberkommandos (AOK) gibt es keinerlei Daten über vorhandene/fehlende MG, sehr wohl aber weist das Formular „Summarische Standesnachweisung“

- die Zahl der MG-Schützen (Gefechtsstand) der vorhergegangenen Meldung (in Ziffer 1),
- die Zugänge und Abgänge (in Ziffer 5) und
- den Stand zum Stichtag der Meldung aus.

Bei Ziffer 5 wird im Formblatt ausdrücklich angeführt:

Hiezu Vermehrung des Gefechtsstandes durch Einrücken von Genesenen und Ausgebildeten sowie durch Materialzuschub.

Die Zahl der MG-Schützen richtete sich damit genau nach der Zahl der vorhandenen MG. Die Sollzahl der ausgebildeten Bedienungsmannschaft einer österreichisch-ungarischen MG-Abteilung beträgt neun Mann für zwei MG. Damit lässt sich die Zahl der Maschinengewehre aus der Anzahl der gemeldeten, ausgebildeten MG-Schützen nach der Formel Zahl der MG-Schützen mal zwei durch neun errechnen.²⁷⁾ Die Angaben sind kontrollierbar, weil die Zahlen der MG-Schützen bei abgegebenen oder neu zugeteilten Divisionen, Regimentern oder Bataillonen präzise ausgewiesen wurden, und zwar völlig getrennt von den Verlusten durch Kampfhandlungen. Die Berechnung ergibt, dass im Bereich des LVKdo Tirol mit 110 MG (495 MG-Schützen) die vorgesehene Soll-Anzahl von Maschinengewehren (zwei Stück pro Baon) von 122 MG fast erreicht wurde, obwohl normalerweise Landsturm-, Reserve- und Marschbataillone keine MGAbt besaßen. Seitdem die Gefahr des Kriegseintrittes Italiens bestand, hatte das LV Kdo Tirol offensichtlich systematisch MG-Abteilungen aufgebaut,²⁸⁾ und zwar auch für die Standschützenbataillone. Während der Mannschaftsersatz fast sofort an die Ostfront abgezogen wurde, muss es gelungen sein, die MG-Abteilungen in Tirol zu halten.²⁹⁾ Dazu kommen die elf Gebirgsmaschinengewehrabteilungen des Deutschen Alpenkorps mit einem Soll-Stand von sechs MG 08 pro Abteilung, also 66 Stück (siehe Abb.5).

Bei der Kriegserklärung Italiens fand sich an der Tiroler Front ein Verhältnis von 176 österreichisch-un-

garischen und deutschen MG gegen 69 italienische und beträgt somit 1:2,55 zugunsten Österreichs. Es gibt an dieser Front tatsächlich eine Überlegenheit der Mittelmächte an Maschinengewehren. Das Verhältnis fällt aber im September 1915 beim Abzug des Deutschen Alpenkorps auf 1:1,6 ab.

Armeegruppe GdK Rohr Kärnten

Am 31. Dezember 1914 gibt es an der gesamten Kärnten- und Isonzofront nur sechs MG. Die mit 7 mm Mauser-Gewehren ausgerüsteten Freiwilligen-Schützen-Baone in Kärnten besitzen im Mai 1915 nur eine MGAbt mit zwei russischen Beute-MG 7,92 mm Maxim.³⁰⁾ Unterlagen oder Meldungen über die Materialsituation der Armeegruppe Rohr konnten im Kriegsarchiv nicht gefunden werden.³¹⁾

Abb.6 Überprüfung der MG-Zahl		
Armeegruppe GdK Rohr	(keine Standesmeldungen verfügbar)	MG-Anzahl
aus Ktn., Stmk., S., O.Ö.	15 Freiwillige Schützenbataillone	2
	6 Landsturmataillone der 92. Infanterietruppendivision	12(?)
	8 Marschbataillone	0
	1 Standschützenbataillon (Lienz)	0
Summe Kärnten	Vermutliche max. Maschinengewehrzahl	14
Entwurf: Autor Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner		

Für die italienischen Verbände der Grupo Carnia ergeben sich 20 MG, sodass in diesem Rayon ein Maschinengewehrverhältnis von 1,43:1 (oder besser) zugunsten Italiens anzunehmen ist.

K.u.k. 5. Armee

Abb.7 Berechnung der Soll-MG-Zahl der 5. Armee		
5. Armee XV., XVI. Korps	Isonzo Front	MG-Anzahl
	85 Infanteriebataillone	170
	13 Schwadronen	17
Triest, Marburg, Laibach	3 Freiwillige Schützenverbände max. 1 1/2 Bataillone	0
	9 Marschbataillone	0
	8 Marsch-Schwadronen	0
	9 Landsturmataillone	18
Summe Küstenland	Soll-Zahl nach Orgplan	205
Entwurf: Autor Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner		

Die Überprüfung der MG-Anzahl kann für die 5. Armee anhand der vorliegenden Material-Situationsmeldungen des Etappenkommandos erfolgen. Bis zum 15.5. ist die 5. Armee Teil der Balkanstreitkräfte, ab 15.6. ein eigenes Kommando an der Isonzofront. Die MG-Bestände lassen sich wie für das LVKdo Tirol aus den „Summarischen Standesnachweisungen“ berechnen.

Am 15.5. wird die 5. Armee noch dem Kommando der Balkanstreitkräfte zugerechnet. Die MG-Bestände liegen am 1. April mit 120 MG³²⁾ etwa im Sollstand für ihre fünf Divisionen (XV. Korps [1. und 50. ITD]³³⁾ und XVI. Korps [58., 18., und 48. ITD]), steigen sogar zum 15.5. vor der Verlegung auf 131 MG an,³⁴⁾ möglicherweise durch Rückkehr von Genesenen oder Reparatur beschädigter MGs.

Zur militärischen Lage der k.u.k. 5. Armee nach der Verlegung in das Küstenland:

Bis zum 23. Mai 1915 dürften die fünf Infanteriedivisionen (ID) der 5. Armee ihre Positionen im weitgehend

Abb.8 MG-Bestand der k.u.k 5. Armee, vor der Verlegung in das Küstenland (aus Beilage 17 der Mat. Sit. Meldung des Etappenkommandos der k.u.k 5. Armee)		
Termin der Meldung	Zahl der MG - Schützen	Berechnete Zahl der MG
zum 1.4.1915	543	120
zum 15.4.1915	577	128
zum 1.5.1915	590	131
zum 15.5.1915 (OP 1797)	590	131

Quelle: Kriegsarchiv, AOK, Qu.Abtg., Mat. Sit. 2706 Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

deckungslosen Karst bezogen haben. Die bereits in Stellung liegenden neu aufgestellten ID wurden unterstellt. Der allgemein befürchtete Großangriff Italiens am Tag der Kriegserklärung erfolgte nicht.³⁵⁾ Erst am 27. Mai 1915 begannen die Italiener mit Infanterieangriffen, gekoppelt mit einer Beschießung des Brückenkopfes von Görz.³⁶⁾ Am 6. Juni brach der lang erwartete Ansturm los. Bis zum 22. Juni trugen die Italiener 41 Angriffe vor, die am Isonzo als „Einleitungskämpfe“ gelten. Vom 23. Juni bis 7. Juli mussten die österreichisch-ungarischen Truppen 86 massivste Angriffe der 3. italienischen Armee (acht Divisionen) gegen die Höhen von Doberdo abwehren; diese 16 Hauptkampftage werden zur 1. Isonzoschlacht zusammengefasst. Am 5. Juli versuchte Cadorna erneut Görz anzugreifen. Die Angriffe wurden mit Hilfe der österreichisch-ungarischen Artillerie abgewehrt.³⁷⁾

Schon am 17. Juli eröffneten die italienischen Batterien wieder das Feuer gegen den Görzer Brückenkopf und die Ränder der Hochflächen. Mächtige Infanterieangriffe mit 20 frischen Divisionen wurden gegen Oslavia, Podgora und den Monte Sabotino vorgetragen. Am 20. Juli nahmen die Italiener den Monte San Michele ein, der aber bereits am 21. Juli von k.u.k. Infanterie zurückerobert wurde. Am 25. Juli stürmte italienische Infanterie den Monte dei sei Busi, am nächsten Tag war sie vertrieben. Dieser Berg wechselte von da an nahezu täglich den Besitzer. Die schweren Kämpfe dauerten bis zum 10. August, kleinere Kampfhandlungen hielten bis zum 28. August an. Das Kräfteverhältnis in dieser 2. Isonzoschlacht (18.7.-10.8.) beträgt etwa 250.000 Italiener mit 108 MG und 860 Kanonen gegen 78.000 k.u.k. Truppen mit 371 Feldgeschützen. Wie die anschließenden Untersuchungen ergeben haben, fiel bei den k.(u.)k. Truppen der Bestand an Maschinengewehrschützen von 590 (131 MG) auf 156 (34 MG), um dann wiederum auf 350 (78 MG) anzusteigen. Die entsprechenden Standesmeldungen liefern folgende Zahlen: (siehe Abb.9)

Diese Angaben lassen nur den Schluss zu, dass ausgerechnet im Bereich der Isonzofront zum Stichtag 15. Juni eine erhebliche Unterlegenheit der österreichisch-ungarischen 5. Armee an Maschinengewehren gegenüber den beiden italienischen Armeen bestand. Da die fünf Divisionen der 5. Armee am 15.5. noch etwa ihren Sollbestand an

Abb.9 MG-Bestand der 5. Armee am Isonzo (aus Beilage 17 der Mat. Sit. des Etappenkommandos der k.u.k 5. Armee)			
Termin der Meldung	Zahl der MG- Schützen	Zahl der MG	Verhältnis zu Italien
zum 15.6.1915 (OP 14894)	156	34	3,18 : 1
zum 1.7.1915	134	28	3,86 : 1
zum 15.7.1915	154	34	3,18 : 1
zum 1.8.1915	197	44	2,45 : 1
zum 15.8.1915	350	78	1,41 : 1

Quelle: Kriegsarchiv, AOK, Qu.Abtg., Mat. Sit. 2706 Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

MG-Abteilungen hatten, die 5. Armee am 15.6. aber mit allen ihr neu unterstellten Divisionen und Brigaden nur mehr über 34 MG (statt einer Sollzahl von mindestens 264 MG) verfügte, gibt es nur die Erklärung, dass

- die neu aufgestellten Divisionen über keine MGAbt verfügten³⁸⁾ und die

- 5. Armee in den heftigen Anfangskämpfen bis 15. Juni etwa 434 Maschinengewehrschützen und/oder 97 Maschinengewehre verloren hat.

Da die Summarischen Standesmeldungen Abgänge durch Abstellung von Einheiten explizit ausweisen, ist auszuschließen, dass die k.u.k. 5. Armee Maschinengewehrabteilungen am Balkan zurückgelassen hat. Es muss sich daher bei den Unterschieden vom 15.5. zum 15.6. um Verluste handeln, die aber wegen der fehlenden Summarischen Standesmeldung vom 1.6. nicht im Detail nachgewiesen werden können. Die Einheiten waren sicher wegen des hastigen Stellungsbezugs und der unmittelbar anschließenden schweren Kämpfe nicht in der Lage, den Personalstand zu melden. Das Absinken vom 15.6. zum 1.7. (auf 28 MG) ist aus der Summarischen Standesnachweisung trotz der im Gange befindlichen 1. Isonzoschlacht einwandfrei aus der Abgabe von Verbänden mit ihren MG an andere Frontabschnitte erklärbar. Die laufend durchgeführten Unterstellungen von neuen Truppen mit weit unter dem OrgPlan liegenden MG-Beständen unter das Kommando der 5. Armee verbesserten zwar das MG-Verhältnis Italien - Österreich-Ungarn, es bleibt an der Isonzofront aber immer zum Vorteil Italiens. Die Abwehrrfolge Österreich-Ungarns können daher nicht einer Überlegenheit an Maschinengewehren zugeschrieben werden.

Beispielsweise hatte die neu zugeführte 17. Infanterie Truppen Division (17. ITD) nur 18 MG-Schützen, also vier MG (Soll 24 MG), die 59 ITD 15 MG-Schützen mit vier MG (Soll 24 MG) und die 19. Landsturm-Gebirgsbrigade zehn MG-Schützen mit zwei MG (Soll zehn MG).

In der Standesmeldung vom 15. Juli, also nach der 1. Isonzoschlacht, weisen seltsamerweise die MG-Schützen der 5. Armee keine Abgänge auf, während ein Verlust von 244 Offizieren (davon 48 tot) und 9.453 Gewehrträgern (1.220 tot) ausgewiesen wird. Dasselbe wiederholt sich in der Meldung vom 1.8., also mitten in der 2. Isonzoschlacht. Der Bestand an MG-Schützen steigt sogar gegenüber dem 15. Juli um die oben angeführten 43 Mann mit zehn Maschinengewehren an, die sehr schweren Verluste betragen 10.620 „Gagisten“ und 41.899 Mann. Am 15.8., mitten in der 2. Isonzoschlacht, wird die Meldung mit dem Vorbehalt abgegeben, dass die genauen Zahlenangaben der im Kampf stehenden Verbände noch ausstehen.

Es kann nur vermutet werden, dass man nach den schweren Ausfällen an MG-Schützen in den Anfangskämpfen gelernt hatte, die für die Abwehr kostbaren Maschinengewehre während des Artilleriebeschusses in

sicheren Kavernen zu halten, um sie erst beim Beginn der italienischen Sturmangriffe, wenn die italienische Artillerie das Feuer einstellen musste, um nicht in die eigene Truppe zu schießen, in Stellung zu bringen.³⁹⁾⁴⁰⁾

Die 5. Armee umfasste nun schon zwölf Divisionen und zwei Gebirgsbrigaden, die zusammen über 350 MG-Schützen, also 78 MG verfügten. Der Sollstand wären 1.404 MG-Schützen mit 312 MG gewesen.

Ergebnis der zahlenmäßigen Untersuchungen

Als Ergebnis der Untersuchungen im Kriegsarchiv ist festzuhalten, dass im Zeitraum von der Kriegserklärung Italiens bis zum Ende der 2. Isonzoschlacht nur im Bereich des LVKdo Tirol ein Verhältnis an Maschinengewehren von 2,37:1 zugunsten Österreich-Ungarns nachzuweisen ist. In Kärnten muss (vermutlich) ein Verhältnis 1,43:1 und am Isonzo nachweisbar ein Verhältnis von zuerst 3,18:1, später⁴¹⁾ 1,4:1 zugunsten Italiens angenommen werden.

Es gibt genügend Anhaltspunkte in der Kriegsgeschichte, dass eine zahlenmäßige Überlegenheit allein nicht ausschlaggebend ist. Neben der Quantität wäre auch die Qualität der verwendeten Maschinengewehre zu betrachten und die jeweilige Einsatztaktik zu berücksichtigen.

Die eingesetzten Maschinengewehre und ihre Technik

An der Südwestfront kamen folgende Typen von Maschinengewehren zum Einsatz:

- 8 mm MG Muster 07/12, System Schwarzlose (Österreich-Ungarn),
- 6,5 mm MG M1914, System Fiat-Revelli (Italien),
- 7,92 mm MG 08 Maxim (Deutschland), wenige Beute-MG M1910 Maxim (Russland).

Österreich-Ungarn: 8 mm MG Muster 07/12 System Schwarzlose

Das MG 07/12 war bis 1938 in Österreich eingeführt. Es war relativ leicht (ca. 17,5 kg ohne Wasser, 22,4 kg mit Wasserfüllung ohne Lafette, mit Lafette 41,4 kg), vom System her ein Rückstoßlader mit mittels eines Kniegelenkverschlusses verzögerter Öffnung und wassergekühltem, aber feststehendem Lauf.⁴²⁾ Die Munitionszuführung erfolgte mit einem Webgurt zu 250 Schuss mit der Standard-Infanteriepatrone 8x50R M93 (siehe Abb. 11). Die theoretische Feuergeschwindigkeit betrug 520 Schuss/Minute. Das MG war von dem Deutschen A. W. Schwarzlose in Österreich entwickelt und 1907 eingeführt worden. Bei seiner ersten Verwendung zeigten sich einige konstruktionsbedingte Mängel, die vom Hersteller, den Österreichischen Waffenwerken in Steyr, behoben wurden. Die verbesserte Version wurde unter der Bezeichnung 8mm-MG Muster 07/12 das Standard-Maschinengewehr der k.u.k. Armee. Es zeichnete sich unter der Voraussetzung, dass die Munition, besonders das verwendete Treibpulver, von gleichmäßiger Güte war, durch eine außergewöhnlich hohe Zuverlässigkeit aus. „Solange Kühlwasser und Ölung vorhanden sind, ist die

*Feuerdauer fast unbegrenzt.*⁴³⁾ Der Verkaufsprospekt der Österreichischen Waffenfabriks-Gesellschaft in Steyr⁴⁴⁾ hob schon 1905 hervor, dass dies im Vergleich zu anderen MG-Systemen auf der Einfachheit der Konstruktion, u.a. die viel geringere Anzahl der Teile (siehe Abb.10) und nur eine einzige Feder im ganzen Gewehrmechanismus, zurückzuführen war. Diese einzige Schrauben-Feder war so überdimensioniert, dass genügend Kraftreserve vorhanden war, um auch verschmutzte Patronen in den Laderaum zu drücken. Bei Kriegsbeginn 1914 waren 1.582 MG Schwarzlose vorhanden.⁴⁵⁾

System	Masse kg	Federn	Schlossteile	Schrauben, Stifte
Maxim	27,5	14	35	52
Hotchkiss	24	7	28	13
Browning	20	10	35	36
Schwarzlose	17,5	1	11	13
Fiat-Revelli	15	7*	ca. 21*	nicht feststellbar

* Die Zahl der Federn und Schlossteile des Fiat-Revelli MG ist den TIWK 344 beiliegenden Zeichnungen entnommen.

Quelle: Autor/TIWK 329, 14 Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

Verbreitung: Neben Österreich-Ungarn in Serbien, Bulgarien, Rumänien und in der Türkei eingeführt. Im Zweiten Weltkrieg noch bei den Streitkräften von Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und den Niederlanden in Verwendung.

Italien: 6,5 mm MG Fiat-Revelli M1914

Das Standard-Maschinengewehr Italiens bis in den Zweiten Weltkrieg wurde 1908/10 von Revelli konstruiert, aber erst 1914 von General Cadorna angekauft. Die Herstellung erfolgte im Fiat-Automobilkonzern. Das MG M14 war mit 15 kg Masse und einem Gestell von 19,2 kg verhältnismäßig leicht und hatte eine theoretische Feuerfolge von 400 Schuss/min. Praktisch waren wegen einer sehr ungewöhnlichen Magazinzuführung⁴⁶⁾ für die italienische Infanteriepatrone 6,5 mm Carcano (siehe Abb. 11) nur ungefähr 150-200 Schuss/min erreichbar. Es handelte sich um einen Rückstoßlader mit Verzögerung und beweglichem Lauf. Die gesamte Konstruktion war sehr kompliziert und äußerst störanfällig.⁴⁷⁾

Das Dienstbuch über den Einsatz der Maschinengewehre der italienischen Armee legte auch die Einsatzschussweite dieser Waffe mit nur 800-1.000 Metern fest.⁴⁸⁾ Schießen auf weitere Entfernungen war wegen des leichten 6,5 mm Geschosses auch ziemlich sinnlos.

Zu Kriegsbeginn verfügte Italien über 700 MG.⁴⁹⁾ 1917 erbeuteten die Verbündeten in der 12. Isonzoschlacht über 3.000 Fiat-Revelli Maschinengewehre, die von Österreich-Ungarn als Beutewaffen eingeführt wurden.

Deutschland: 7,92 mm MG 08 System Maxim

Das MG 08 ist in die Betrachtung einzubeziehen, da das vom Mai 1915 bis etwa Oktober 1915 in Tirol eingesetzte Deutsche Alpenkorps über etwa 66 dieser MG verfügt haben muss. Deutschland führte ab 1892 Versuche mit dem Maxim-MG⁵⁰⁾ durch. Die Einführung erfolgte 1908, die Fertigung in der Waffenfabrik Spandau. Es handelte sich um einen Rückstoßlader mit kurzem Rohrrücklauf (daher

beweglicher Lauf), mit einem Rückstoßverstärker und Mündungsfeuerdämpfer. Die Masse des eigentlichen Gewehres betrug 26,3 kg, zusammen mit der Schlittenlafette wurden 66,5 kg erreicht. Webgurt mit 250 Schuss. Die Feuergeschwindigkeit lag zwischen 480 und 600 Schuss/min.

Von Bedeutung ist, dass Deutschland für die Verwendung in Maschinengewehren zusätzlich eine sS-Patrone mit schwererem Geschosß (schweres Spitzgeschosß) eingeführt hatte, die bei höherer Schussweite und engerer Garbe bis zu 3.500 m wirksam war (siehe Abb.11). Zu Kriegsbeginn besaß Deutschland 2.400 Maschinengewehre Maxim 08.⁵¹⁾

Patronenleistungen, Wirkung im Ziel

Abb.11	Technische Daten der für Maschinengewehre verwendeten Patronen			
Daten	Öst-Ung	Italien	Deutschland	Deutschland
Patrone	8x50R M93	6.5 Carcano	sS 7,92x57	S 7,92x57
Kaliber	8 mm	6,5 mm	7,92 mm	7,92 mm
Geschossmasse in [g]	15,80	10,50	12,85	10,00
Geschosßquerschnitt [mm ²]	50,24	33,30	49,30	49,30
v ₀ Mündungsgeschwindigkeit [m/s]	620	700	785	895
Mündungsenergie in Joule [J]	3036	2572	3960	4005
Querschnittsbelastung [J/cm ²]	31,00	32,00	26,20	20,40
Geschwindigkeit (2000 m) [m/s]	ca. 200*	ca. 119*	251	153
Auftreffenergie in [J], bei 2000 m	319*	75*	404	117
Spez. Auftreffenergie [J/mm ²]	6,35	2,20	8,20	2,37
Max. Schussweite [m]	2500	unter 1200	3000	2000

* Geschwindigkeitsabfall nach deutscher Schießtafel überschlagsmäßig berechnet

Quelle: Zimmerle, Waffenlehre, Berlin 1927, Tabelle 3, 20; Schießtafelwerte aus Tabelle 4, 23/24 Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

Italien hatte eine leichtere Gewehrpatrone gewählt, deren Vorteil bei der Verwendung in Repetiergewehren durchaus auf der Hand lag. Höhere Mündungsgeschwindigkeit (700 m/s) und hohe Querschnittsbelastung (33 g/cm²) (siehe Abb.11) ergeben eine gestreckte Flugbahn und ausreichende Auftreffenergie bis 450 m sowie eine Verminderung der Traglast für die Taschenmunition.⁵²⁾

Für die Verwendung in Maschinengewehren weist diese Munition aber erhebliche Nachteile auf. Grundsätzlich gilt, dass bei gleicher Form großkalibrigere und schwerere Geschosße auf ihrer Flugbahn viel weniger Geschwindigkeit verlieren als leichte Geschosße kleineren Kalibers.⁵³⁾ Sie behalten nicht nur eine höhere Durchschlagsleistung, sondern auch eine höhere Treffgenauigkeit über längere Strecken bei. In 2.000 m Entfernung betrug die Auftreffenergie des italienischen Geschosßes nur etwa ein Viertel, die spezifische Auftreffenergie ein Drittel der österreichisch-ungarischen Munition (siehe Abb. 11). Die italienischen Geschosße streuten nach kürzerer Flugzeit viel stärker, die Garbe weitete sich auf, die Zahl der Geschosße, die im beabsichtigten Zielraum einschlugen, war viel geringer. Es machte offensichtlich wenig Sinn, auf über 1.000 m Entfernung zu schießen, weil die Wirkung im Zielgebiet nicht mehr gegeben war. Die österreichisch-ungarische Patrone hatte einige Nachteile (höhere Masse, geringere Mündungsgeschwindigkeit) für die Verwendung im Repetiergewehr, war aber als MG-Munition der italienischen weit überlegen.

Deutschland hatte die Probleme, die eine leichte Patrone für Maschinengewehre darstellte, umgangen, indem für das MG 08 ein schwereres Spitzgeschosß (sS-Patrone) eingeführt wurde, was die Einsatzschussweite erheblich

erhöhte. Die spezifische Auftreffenergie des sS-Geschosßes lag mit 8,2 J/mm² über der des österreichisch-ungarischen Geschosßes und hoch über dem italienischen von nur 2,2 J/mm². Von der Konstruktion her waren die deutschen und österreichisch-ungarischen Geschosße Stahlmantelgeschosße mit Hartbleikern, während Italien einen (weicheren) Nickel-Kupfer-Mantel mit Weichbleikern verwendete. Auch daraus ist für größere Entfernungen eine geringere Wirkung der italienischen Munition im Ziel abzuleiten.

Leistungsbeurteilung des italienischen 6,5 mm MG M14

Die im Kriegsarchiv vorhandenen Unterlagen deuten darauf hin, dass es sich bei dem 6,5 mm MG Fiat-Revelli

M14 um eine ziemlich störungsanfällige Waffe handelte. Genaue Leistungsdaten (Streuung, Auftreffenergie) waren leider nicht zu finden.⁵⁴⁾ Der größte Nachteil des italienischen Maschinengewehres lag in der Verwendung eines für MG zu leichten Geschosßes, das nicht nur zu einer geringeren Einsatzschussweite führte, sondern auch hohe Streuung und geringere Auftreffenergie im Ziel mit sich brachte.

Während deutsche, russische und österreichische MG offensichtlich eine effektive Reichweite hatten, die weit über der maximal möglichen Visiereinstellung von 2.000 m lag, lag sie bei dem italienischen 6,5 mm MG M14 um einen Kilometer darunter! Die aufgefundenen Daten lassen nur den Schluss zu, dass die italienischen Maschinengewehre in Leistung und Qualität weit unter den deutschen, russischen und österreichischen rangierten.

Der taktische Einsatz der Maschinengewehre im Ersten Weltkrieg

Zu Kriegsbeginn 1915 betrug die Grundausrüstung einer italienischen Division mit Maschinengewehren ein Viertel einer österreichisch-ungarischen bzw. deutschen und weniger als ein Fünftel einer russischen Division. Der italienische Generalstab gehörte offensichtlich ebenso wie der englische und französische nicht zu den Befürwortern des Maschinengewehres. Der auf falscher Zuordnung (zur Artillerie statt zur Infanterie) und falschem taktischen Einsatz beruhende Misserfolg der französischen Mitrailleusen, der ersten in einer europäischen Armee organisatorisch eingeführten Maschinenwaffe im deutsch-französischen Krieg 1870/71, führte nicht nur in Frankreich, sondern auch in England zur Ablehnung dieses neuen Waffentyps. Und dies, obwohl Engländer und Franzosen Maschinengewehre in ihren Kolonialkriegen mehrfach mit durchschlagendem Erfolg verwendet hatten. Selbst die grauenhaften Massaker, die Maschinengewehre im Sudan (Obdurman 1898)⁵⁵⁾ und im Russisch-Japanischen Krieg unter der angreifenden Infanterie anrichteten, trugen nichts zur Meinungsänderung bei.

Der Widerstand der Militärs gegen das Maschinengewehr resultierte weniger aus seiner taktischen Einsatzfähigkeit oder Störanfälligkeit als aus seiner Masse. Die zu Beginn des Ersten Weltkriegs üblichen 40-65 kg schweren MG brauchten vier bis sechs Mann Bedienung und dazu ein Tragtier zum Transport. Sie wurden weithin als für den Angriff als ungeeignet und nur als Verteidigungswaffe, besonders für Festungen, angesehen. Da ganz offensichtlich die Engländer selbst im Jahr 1916 ihre Lektion noch nicht gelernt hatten,⁵⁶⁾ kann dies eigentlich vom italienischen Generalstab Anfang 1915 nicht verlangt werden. Es ist durchaus anzunehmen, dass den Maschinengewehren 1915 keine besondere Rolle im italienischen Angriffskrieg zugewiesen wurde.

Eine nach dem Ersten Weltkrieg geschriebene Waffenlehre⁵⁷⁾ führt im Kapitel E „Die Verwendung der Infanteriewaffen“ aus: „*Das s.M.G. ist die mächtigste infanteristische Feuerwaffe. Seine Stärke liegt in dem leicht zu lenkenden Dauerfeuer, der großen Schussweite (sS), der dichten, bei richtigem Visier auch auf weiter Entfernung noch wirksamen Garbe, der großen Beweglichkeit und geringen Trefffläche. Feste Lafette mit guten Richtmitteln, mechanische Festlegung der Garbe durch Höhen- und Seitenbegrenzung erleichtern das Überschießen eigener Truppen und das Durchschießen von Lücken und gestatten indirektes Richten, die große Schussweite begünstigt die Verwendung aus der Flanke und aus der Tiefe.*“⁵⁸⁾

Den Großteil dieser Vorgaben kann das italienische 6,5 mm MG M14 wegen seiner beschränkten Leistungsfähigkeit nicht erfüllen, selbst wenn zu Ende des Krieges die oben angeführten Erkenntnisse auch in Italien zum Allgemeingut geworden waren.

Zusammenfassung

Die Ansicht, dass der Abwehrerfolg der österreichisch-ungarischen Truppen an der Südwestfront einer höheren Zahl an Maschinengewehren gegenüber den italienischen, in allen anderen Belangen zahlenmäßig hoch überlegenen, Angreifern zuzuschreiben wäre, ist nach dieser Untersuchung nicht haltbar. Gerade an der kritischen Isonzofront kann einwandfrei für die österreichisch-ungarischen Truppen eine viel geringere MG-Zahl nachgewiesen werden. Die veraltete italienische Taktik,⁵⁹⁾ die organisatorische Zuordnung der italienischen Maschinengewehre zu einem ungeeigneten Truppenkörper (Regiment) und ihre geringe mechanische und ballistische Leistungsfähigkeit ließen möglicherweise die zahlenmäßige Überlegenheit nicht zum Tragen kommen. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) John Ellis: The Social History of the Machine Gun, London 1975, S.111.
- 2) Das Maschinengewehr wird maßlos überschätzt, zwei pro Bataillon sind mehr als genug.
- 3) Die Feuerkraft eines Maschinengewehres wird im amerikanischen Bürgerkrieg jener eines Bataillons, im Ersten Weltkrieg jener eines Infanteriezugendes von 40-50 Mann gleichgesetzt. Eine Überlegenheit an Maschinengewehren hätte die permanente zahlenmäßige Unterlegenheit der österreichisch-ungarischen Truppen zumindest teilweise ausgleichen können.
- 4) Manfred Rauchensteiner: Der Tod des Doppeladlers, Graz, 2. Aufl., 1994, S. 246.
- 5) Diese Untersuchung entstand während des Forschungspraktikums „Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg“ der Universität Wien unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt, die Quellen des österreichischen Kriegsarchivs auswertete.
- 6) Graf Cadorna scheint mit diesen Angriffen eher eine Absicherung seiner

langen linken Flanke beabsichtigt zu haben. Man spricht von einem „Bergführerkrieg“, in dem Maschinengewehre eine eher untergeordnete Rolle spielten.

7) Aus dem Laibacher Becken führen leicht gangbare und schlecht zu sperrende Täler nach Wien und Budapest, dies sind die ältesten und klassischen Durchzugswege nach und von Italien.

8) Bei der Unterzeichnung des bis zum Kriegsende geheim gehaltenen Londoner Vertrages erhielt Italien u.a. sofort 50 Millionen Pfund, anschließend daran monatliche Zahlungen, Kohle-, Munitions-, Waffen-, Flugzeug- und Geschützzlieferungen.

9) Die tatsächliche Frontlänge wird unter Berücksichtigung der Höhenunterschiede auf über 3.000 km geschätzt.

10) In Beilage Nr. 6 Waffen und Munition zur Meldung der materiellen Situation des EtappenKdos der 5. Armees (Kriegsarchiv AOK, Qu-Abt, Mat. Sit 2706) wird beantragt, dass „die Marschkompanien ihre Gewehre noch vor Abgehen vom Ersatzkörper gründlich instandsetzen und außerdem einen Vorrat von Gewehrreserve-Bestandteilen zur Ergänzung der Vorräte des F. Baons mitnehmen“.

11) Die am Isonzo liegenden 93., 94., 57., 58., 59. ITD werden in der Mel-dungsbeilage „Veränderungs Skizze über die Situation der Armeekorper vom 15.8.“ farblich hervorgehoben und ausdrücklich als Marschformationen (mit dem Zusatz „XII“ als ältere und „XIII“ als jüngere Marschformationen) bezeichnet.

12) Dies, obwohl Deutschland sich nicht im Kriegszustand mit Italien befand. Das Alpenkorps durfte daher auch nur verteidigen und nicht vorgehen.

13) Die Kriegserfahrung, über die die Russen aus dem Russisch-Japanischen Krieg verfügten, bewirkte, dass russische Infanterie-Divisionen 1914 bereits 32 MG besaßen. Um 1917 hatte dann eine deutsche Division 108 sMG und 216 IMG, eine österreichisch-ungarische Division 80 MG.

14) Das k.u.k. Landesverteidigungskommando Tirol meldet für seinen Bereich am 15.6.1915 181.952 Mann einschließlich den 22.039 Mann des Alpenkorps (Kriegsarchiv, AOK, Qu-Abteilung, Mat.Situationen 2743).

15) Abkürzungsverzeichnis: Abt. - Abteilung, MaSchwd - Marschschwadron, FsAB. - Festungsartilleriebataillon, Baon. - Bataillon, StSch - Standschützen, GBrig. - Gebirgsbrigade, Div. - Division, IR. - Infanterieregiment, FHbt. - Feldhaubitzbatterie, LMaBt. - Landwehrmarschbatterie, Frw. RdfKomp. - Freiwillige Radfahrer-Kompanie, MaSchwd - Marschschwadron, FrwSchBaon - Freiwilliges Schützen-Bataillon, StSch - Standschützen.

16) David Nicolle: The Italian Army in World War I, Oxford 2003, S.14.

17) Ebenda, S.33 gibt einen Bestand von 700 MG zu Kriegsbeginn an.

18) Dies hätte nach der Rechnung, dass ein MG 40-50 Mann gleichwertig ist, etwa 10.880 Mann oder 44 zusätzlichen Bataillonen entsprochen, wodurch sich die Relation auf 1 zu 1,49 angehoben hätte.

19) Erst im März 1915 konnten 10.000 in Steyr für Mexiko gefertigte 7 mm Mausegewehre angekauft und an die Freiwilligenverbände ausgegeben werden. Zahlreiche Schützen erhielten aber alte Wemdl-Gewehre.

20) Der Begriff Standschützen leitet sich von den k.k. Schießständen her, die in Tirol und Vorarlberg von den Hauptstädten bis zu den Dörfern eingerichtet waren. Die Schützen wurden viermal im Jahr zu Schießübungen zusammengezogen. Da die wehrpflichtigen Jahrgänge eingezogen waren, bestanden die Standschützenbataillone aus den 16- bis 17-Jährigen, also den noch nicht und den Männern über 45, also den nicht mehr Wehrpflichtigen.

21) Lichem: Krieg in den Alpen Band 3, S.156 führt allerdings aus: „Die Überlegenheit der Italiener bezüglich Artillerie und Maschinenwaffen gegenüber der Kärnten- und Isonzo-Front war im ersten Kriegsjahr 1915 zwischen 1:1000 und 1:800“. Hier können nur sehr grobe Rechenfehler angenommen werden.

22) Taktisch wird im Ersten (und Zweiten) Weltkrieg in der Regel eine Überlegenheit an Soldaten und Material von 3:1 als ausreichend für eine Erfolg versprechende Angriffsoperation angesehen. Meist genügte ein Verhältnis von 2:1.

23) Aus den Kronländern Kärnten, Steiermark, Oberösterreich, Salzburg und Küstenland.

24) Wagner: Der Erste Weltkrieg (Truppen dienst Taschenbuch, 7), Wien 2. Aufl. 1982, S.24: Landstumm infanteriebrigaden verfügen über nur eine Batterie und keine MG, Marschformationen haben weder Artillerie noch MG.

25) Die aus dem Balkan abgezogenen österreichisch-ungarischen Verbände wurden durch deutsche Divisionen ersetzt.

26) Auf ein öst-ung Bataillon kommen drei italienische.

27) Man könnte eventuell höhere MG-Zahlen errechnen, wenn der Abteilungs-kommandant aus der Rechnung genommen würde (Division der Meldung durch 8 Mann). Da dies aber der erfahrenste Soldat des Trupps war, der über die Position der MG- Stellungen entschied, habe ich mich entschlossen, bei der Zahl 9 zu bleiben. Die Anlage 6 (Waffen und Munition) weist keinerlei Angaben über Maschinengewehre auf. Am 1.7. werden bereits 525 Mann MG-Bedienungen gemeldet.

28) Im Verlauf des Krieges werden sechs MG-Scharfschützen Baone, 17 unabhängige MG-Kompanien und 79 MG-Abteilungen (Züge), zu denen vermutlich die Tiroler MGAbt zu zählen sind, aufgestellt. Vgl.: Edmund Glaise-Horstenaus: Österreich-Ungarns Letzter Krieg 1914-1918, Bd. 2, Wien 1931, Anhang.

29) Für die Tiroler Front aufgestellte Marschkompanien wurden dem LVA Kdo Tirol laufend als Ersatz für die Ausfälle an der Ostfront weggenommen.

30) Lichem, a.a.O., S.133.

31) Die entsprechenden Feldakten sind offensichtlich in Verlust geraten.

32) Dies kann als Beweis für die grundsätzliche Richtigkeit des Rechenansatzes gewertet werden.

33) Die Abkürzung ITD bedeutet Infanterie Truppen Division, später auf ID Infanterie Division verkürzt.

34) Die ID der 5. Armee haben zehn Ibaone. Die Zahl der MG bei den Kav. Schwadronen ist schwer bestimmbar.

35) Zeitgenössische Autoren vertreten fast geschlossen die Ansicht, dass ein sofortiger italienischer Großangriff von den schwachen österreichisch-ungarischen Verbänden nicht aufzuhalten gewesen wäre. Ein Durchbruch nach Wien wäre möglich gewesen.

36) Die fürchterliche Wirkung der italienischen Granaten in den Kalkfelsen des Karst ließ die Heeresleitung das Schlimmste befürchten. Der Oberstleutnant des Artilleriestabes Richard von Körner wurde sofort nach Görz geschickt, um die gesamte Artillerie des Abschnittes zur Abwehr zu organisieren.

37) Obstlt Richard von Körner zieht dazu eine 30,5 cm Mörserbatterie unmittelbar hinter die Stellungen der Infanterie vor. Italien verliert 4.000 Soldaten, Österreich 500, davon 65 Tote.

38) Die Verlustlisten und Frühberichte der neu aufgestellten 57. ID weisen keine oder so wenige (2 Mann) MG-Schützen auf, sodass diese Annahme berechtigt erscheint. Am 14.6. meldet die 57. ID im Frühbericht 36 MG-Schützen, dies wären acht Maschinengewehre, für die Division nur ein Viertel des Soll-Bestandes.

39) Die Maschinengewehrbedienungen der deutschen Divisionen an der Somme sollen angesichts der nicht zu übersehenden Angriffsvorbereitungen der englischen 3. und 4. Armee geübt haben, in drei Minuten aus ihren in etwa 10 m Tiefe liegenden „Grubenunterständen“ herauszuklettern und ihr MG in einem Granattrichter schussbereit zu machen.

40) Die italienische Dienstvorschrift führt dazu klar aus: „Die Aufstellung der Maschinengewehre muss es ermöglichen, sie während des feindlichen Bombardements ausreichend zu schützen und die Möglichkeit einer prompten Verwendung im Momente des feindlichen Angriffes zu sichern. Hiezu gehört ein widerstandsfähiger Unterstand für Maschinengewehr und Bedienung und eine Feuerstellung in dessen unmittelbarer Nähe. Nichts aber darf die Feuerstellung verraten.“ ÖStA. NFA. 58.ITD. KartNr. 3260. KNr. 431 des XVI. KK vom 12. November 1916.

41) Nach Abzug des Deutschen Alpenkorps im September 1915.

42) Durch den feststehenden Lauf konnte auf alle Dichtungen und Stopfbüchsen verzichtet werden, die bei den Maxim- und Revelli-Maschinengewehren das Ausfließen des Kühlwassers um den beweglichen Lauf verhinderten. Es war auch kein Rückstoßverstärker (wie bei den Maxim-MG) oder eine Gasentnahmebohrung (wie bei den Hotchkiss- oder Browning-MG) nötig. Der feststehende Lauf vermied alle Fehler, wie zu fest angezogenen Stopfbüchsen oder Probleme beim Einfrieren des Kühlwassers, war aber, wenn er ausgeschossen war, schwieriger zu wechseln.

43) Zimmerle: Waffenlehre, Berlin 1927, S.141.

44) Technik im Weltkrieg, Manuscriptesammlung gekennzeichnet TIWK 329, S.5

45) Wagner: Der Erste Weltkrieg, S.24.

46) Ein störanfälliges Kastenmagazin mit zehn Patronen in fünf Fächern. Zu Ende des Krieges kamen 100-Schuß-Magazine zum Einsatz.

47) Die österreichisch-ungarische Bedienungs-Instruktion für das MG M14 listet auf 5 Seiten „Anstände beim Schießen und deren Behebung auf“, wobei Klemmungen, Versager, Hülsenreißer, beschädigte Magazine und deren mangelhaft wirkende Federn aufgezählt werden. Verschmutzung des Laderumes, der beweglichen Verschlusssteile, des Zubringers, der Abfeuerungsrichtung führen zu Hemmungen und bringen ebenso das „Feuer zum Stocken“ wie Ausbrennungen und Erweiterungen im Laderaum oder Ausbrennungen der Bohrung im rückwärtigen Teil des Laufes. Kriegsarchiv Technik im Weltkrieg, TIWK, Heeresgruppe FM. v. Boroevic, Artillerie-Beutesektion, Provisorische Vorschrift über die Einrichtung des ital. M.G. System Fiat-Revelli, o.O. 1918, und (TIWK) Manuskripte, Nr. 344 Instruktion über die Einrichtung und Verwendung der Fiat-Revelli-Maschinengewehre 1918.

48) ÖStA. NFA. 58.ITD. KartNr. 3260. KNr. 431 des XVI. KK vom 12. November 1916.

49) Nicolle: The Italian Army of World War I, 2003, S.33. Diese Menge umfasst hauptsächlich MG M14, aber auch einige 6,5 mm Maxim MG der Modelle M1906 und M1911, 6,5 mm Colt-MG. Eine größere Zahl französischer 8 mm

MG M1907 St. Etienne sowie geringe Mengen englische 8 mm Hotchkiss-MG waren ebenfalls vorhanden.

50) TIWK 356 Unterricht über das 8 mm Maschinengewehr M 89/4 und deutsches Modell.

51) Brühl (Hrsg.): Wörterbuch der Deutschen Militärgeschichte, Berlin 1985, Stichwort Maschinengewehre.

52) 100 Schuss wiegen fast 0,6 kg weniger als beim österreichisch-ungarischen 8 mm Mannlicher-Gewehr.

53) Es sollte in Erinnerung gerufen werden, dass bei schweren Schiffsgeschützen eine Schussweitenerhöhung nur über eine Kalibervergrößerung möglich ist. Dasselbe trifft natürlich auch für Infanteriewaffen zu.

54) Die Skala des aufklappbaren Rahmenaufsatzes, dessen beweglicher Schieber „auf Distanzen von 200 Meter, dann von 500-2.000 m einstellbar ist“, ergibt keinen wirklichen Hinweis auf die tatsächliche Einsatzschussweite. Es ist anzumerken, dass Ziele über 1.200 Meter mit bloßem Auge kaum aufzufassen sind. Auswertungen am Ende des Zweiten Weltkrieges haben gezeigt, dass Maschinengewehre maximal auf 800 bis 1.000 Meter Entfernung eingesetzt wurden. Auffällig ist, dass die kriegserfahrenen Russen bei ihrem MG die höchsten Skalierungen (2.350 m) verwenden. Im Vergleich zu den „normalen europäischen Landschaften“ sind die Verhältnisse im Gebirgskrieg völlig anders. Ziele sind auf Gegenhängen und Gipfeln auf weite Entfernung sichtbar, und zu ihrer Bekämpfung sind sehr hohe Schussweiten (mehrere 1.000 Meter) nötig.

55) In der Schlacht von Omdurman 1898 mähten zwanzig englische Maxim-Maschinengewehre, etwa ein MG pro Bataillon, die mit fanatischem Mut angreifenden Sudanesen des Mahdi in Massen nieder. Ihre Verluste betragen das 100-fache der anglo-ägyptischen Truppen unter General Kitchener. (ca. 25.000 zu 250).

56) Am 1. Juli 1916 verlieren die Engländer bei einem als Entlastungsangriff für Verdun an der Somme geplanten Unternehmen an diesem einen Tag ca. 60.000 Mann, davon 21.000 Tote, die von deutschen Maschinengewehren niedergemäht wurden.

57) Zimmerle: Waffenlehre, S.156.

58) Zimmerle, Waffenlehre: Das s.M.G. Ziffer 506.

59) Alliierte Quelle, u.a. Nicolle The Italian Army in World War I, Oxford 2003, S.9 „changing the army's outmoded tactics“, und S.17, S.18 weisen darauf hin, dass nach der schweren italienischen Niederlage in der 12. Isonzoschlacht die italienischen Truppen in der letzten Widerstandslinie an der Piave einer gründlichen taktischen Ausbildung und Reorganisation unterzogen werden mussten, bevor sie wieder eingesetzt werden konnten.



**Mag. Dr. phil. Dr. mont.
DI Franz Felberbauer,
MSc**

Geb. 1936; Bgdr i.R.; Studium an der Montanuniversität Leoben; 1960 Eintritt in das BMLV; 1961 Fulbright Stipendium an der Northwestern University, Chicago, bei gleichzeitiger Arbeit als Forschungsassistent für das U. S. Air Force Office for Scientific Research; 1963 Abschluss mit Master of Science; nach Ableistung des Präsenzdienstes Offiziersausbildung an der TherMilAk (Jahrgang ISONZO); 1971 Promotion an der Montanuniversität Leoben; von 1977 bis 1991 Werksdirektor der Werke Wien der Steyr Daimler Puch AG; u.a. in dieser Zeit verantwortlich für die Produktion und Entwicklung aller Steyr-Panzerfahrzeuge; 1991 Wiedereintritt in das BMLV als Projektleiter für die Kampfwertsteigerung des JaPzA1 Kürassier und der Panzerhaubitze M109A50e sowie für die Entwicklung des Rechenstellen- und Fahrschulpanzers M109; ab 2001 Studium an der Universität Wien, Fachrichtung Geschichte; 2004 Sponsion zum Magister; 2007 Promotion zum Doktor der Philosophie; ab 2008 Lehrauftrag an der Universität Wien.